

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Winter 2007/2008
Nr. 158, 36. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Niedergang der Gewerkschaften

„Nur nicht den Bogen überspannen“

Der Konjunkturtrend des vergangenen Jahres hat sich 2007 bestätigt. Die Wirtschaft brummt, die Arbeitslosenzahlen gehen zurück, ja es wird sogar über Fachkräftemangel geklagt. Die Bourgeoisie und ihre Medien überschlagen sich fast vor Jubel und die Regierung vor Selbstlob. Selbst der Außenminister mischt sich ein, schließlich will er Stellvertretender Parteivorsitzender werden und meint deshalb wirtschaftspolitische Kompetenz zeigen zu müssen. Im Spiegel gibt er seine Erkenntnisse zum Besten: „Ich würde es das dritte deutsche Wirtschaftswunder nennen“. Wiederaufbau und die deutsche Wiedervereinigung waren für ihn die beiden ersten. Für das dritte ist die Politik Gerhard Schröders und dessen Agenda-Politik verantwortlich. „Darauf kann die SPD bis heute stolz sein“, meint deshalb Steinmeier.

Auch Merkel liegt stolz in der Konjunktursonne. Obwohl für sie noch vor einem Jahr Deutschland ein „Sanierungsfall“ war, ist die Welt jetzt wieder in Ordnung. Natürlich führt sie und der ganze schwarze Verein, die brummende Konjunktur auf das segensreiche Wirken ihrer Kanzlerschaft zurück. Unisono wird jetzt bei den bürgerlich-politischen Akteuren die Auffassung verlautbart, dass nun auch bei den Arbeitnehmern der Aufschwung ankommen müsse.

Offensichtlich spürt man in diesen Kreisen, dass es zwischen der realen ökonomischen Entwicklung und der realen Lage der abhängig beschäftigten Klasse einen Widerspruch gibt, der keinen geringen sozialen Sprengstoff beinhaltet. Den Kapitalisten und Reichen geht es immer besser, während es dem Rest der Bevöl-

kerung immer schlechter, aber auf jeden Fall nicht besser geht. Auf Dauer lässt sich dieser Widerspruch weder durch die Blöd-Zeitung noch durch andere Verdummungsmedien verkleistern. Sollte es aber zu größeren sozialen Konflikten kommen, müssen diese für die Herrschenden steuerbar sein. Nicht zuletzt dazu dient jetzt die Show, die abgezogen wird. Man versucht sich auf kommenden sozialen Konflikten einzurichten und stellt sich deshalb jetzt formal an die Seite der „kleinen Leute“, um zu einem notwendigen Zeitpunkt Einfluss auf sie zu haben. Und sollte das nicht genügen, baut man die demokratischen Grundrechte noch weiter ab und stärkt den staatlichen Repressionsapparat, wie es zurzeit von Schäuble und Konsorten geplant und betrieben wird. Für die Öffentlichkeit tut die Bourgeoisie so, als wäre das jetzige Wirtschaftshoch eine nicht enden wollende Erscheinung; ein Wirtschaftswunder eben,



wie Steinmeier sagt. Aber sie wissen sehr wohl, dass die momentane Konjunktur nichts anderes ist, als ein zyklisches Hoch, eine Gesetzmäßigkeit also, die in der Natur der kapitalistischen Ökonomie liegt. Und wie jedem Hochdruckgebiet ein Tief folgt, folgt der jetzigen Hochkonjunktur die Krise, unabhängig der möglichen Gefahr eines großen Crashes, ausgelöst durch die US-Immobilien- und Finanzkrise.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- Niedergang der Gewerkschaften	Seite 1
- 36. Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme	Seite 9
- Privatisierung: Es geht weiter!	Seite 12
- Ständiger Abbau von Grundrechten	Seite 15
- England: Die Zeit nach Blair	Seite 18
- Israel: Arbeitslosigkeit und Migration	Seite 20
- Für die Entfernungspauschale!	Seite 29
- Helmut Fleischer zum achtzigsten Geburtstag	Seite 31
Der rote Oktober 1917:	
- Völker hört die Signale	Seite 33
- Die Russische Revolution in der Sicht Rosa Luxemburgs	Seite 35
Rezensionen	
- Prekarität ist überall	Seite 23
- Bebel: Die moderne Kultur ist eine antichristliche Kultur	Seite 24
Leser-Zuschriften	Seite 26

In eigener Sache

Bei Redaktionsschluß war der Ausgang des Lokführerstreiks der GDL noch nicht abzusehen; wir werden im nächsten Heft darauf zurückkommen. Es gilt aber jetzt schon, das schmähliche Verhalten aller Gewerkschaften in diesem Konflikt anzuprangern. Sie waren nicht bereit, angesichts des zeitweiligen Streikverbots durch deutsche Gerichte, ernsthaft und massenhaft gegen diesen Bruch des Grundgesetzes zu mobilisieren! Heute betrifft es nur die GDL, morgen vielleicht nur die Gewerkschaftslinken mit einer Abschaffung des 1. Mai – übermorgen könnte es auf tarifliche Auseinandersetzungen begrenztes Streikrecht sein, das in Frage gestellt wird. Das politische Streikrecht ist dem deutschen Arbeiterklasse in dieser Art von Demokratie eh schon versagt. Ebenso wird auch das Demonstrationsrecht immer mehr unterlaufen.

Zu all dem paßt, mit welchem Eifer die Große Koalition aus Union und SPD „mit Volldampf in den Überwachungsstaat“ fährt. Das war der Titel eines der Referate auf unserer Jahreskonferenz, die wir in dieser Nummer abdrucken. Kürzlich wurde im „Freitag“ über die Zunahme der §129a-Verfahren berichtet und über brachiale Gewalt der Polizei. In einem anderen Artikel der selben Zeitung wird aufgedeckt: „Jetzt ist uns bekannt geworden, dass das BKA - unter dem Vorwand, gegen eine 'terroristische Vereinigung, zu ermitteln - nicht nur Wohnungen und Autos von Globalisierungskritikern mit Wanzen und Peilsendern ausstattete, sondern auch Journalisten abhör-

te. Zwar bietet Art. 5 des Grundgesetzes Journalisten im Namen der Pressefreiheit einen besonderen Quellen- und Informantenschutz, aber darüber setzte sich die Bundesanwaltschaft einfach hinweg.“

Es ist auch aufschlußreich, zu erfahren, was sich in der Vergangenheit, im Zwielficht westlicher Geheimdienste und der Justiz, abgespielt hat. So stand in der „Berliner Zeitung“ vom 25.9.07 in einem Bericht über die Rolle des Bundesnachrichtendienstes in der Zeit des Kalten Krieges von 1949 bis 1989, daß damals über 10.000 ostdeutsche Spitzel und mehrere tausend westdeutsche DDR-Reisende für den BND Zuträgerdienste geleistet haben. Es ging vor allem um Militärsplionage gegen Bezahlung, manchmal auch mittels Erpressung. Über diese trübe Rolle westdeutscher „Organe“ wird heute freilich der Mantel des Schweigens gebreitet, während andererseits immer wieder versucht wird, politische Gegner zu kriminalisieren.

Die Themen unserer Jahreskonferenz nehmen den größten Teil dieses Heftes ein: Die Lage der Gruppe und unser Selbstverständnis, der Niedergang der Gewerkschaften, die Auswirkungen der Privatisierung und Berichte aus Großbritannien und Israel. (Letzterer ist ein Nachdruck aus der „Arbeiterpolitik“)

Der 90. Jahrestag der Russischen Revolution ist Grund genug für ein geschichtliches Hinterfragen. Dazu haben wir geeignete Artikel aus dem „Freitag“ und aus „Leipzigs Neue“ übernommen. Ältere Genossen erinnern

sich an eine Veranstaltung unserer Gruppe zum 50. Jahrestag, bei der unser Genosse Helmut Insinger sprach. Dabei versuchten Funktionäre der illegalen KPD, uns zu verunglimpfen („Agenten der CIA“). Auch zwei Beamte der Politischen Polizei wollten „teilnehmen“, wurden von uns aber des Raumes verwiesen mit dem Hinweis, dies sei „geschlossene Veranstaltung“.

Mit der sozialen Bedeutung der „Entfernungspauschale“ befaßt sich ein Artikel. Mit einem Artikel zu Helmut Fleischer liefern wie einen Beitrag zur kommunistischen Bewegung in Deutschland und zum umstrittenen Verständnis des Marxismus. Zwei Rezensionen, eine zum zunehmenden Problem der Prekarität, der andere zur Religionskritik des Arbeiterführers Bebel und zwei Leserbriefe runden diese Nummer ab.

Im März finden in Bayern Kommunalwahlen statt. Für diesen Zweck hat sich die neue Partei „Die Linke“ in Nürnberg mit anderen Gruppierungen zur „Linken Liste Nürnberg“ zusammengetan. Wir haben uns für eine kritische Unterstützung dieser Kandidatur ausgesprochen, auch wenn uns klar ist, dass es sich dabei nicht durchwegs um sozialistische Kandidaten handelt. So legen wir jenem Teil unserer Winter-Ausgabe, der an Nürnberger Leser geht, einen Wahlaufdruck der „Linken Liste“ bei.

An dieser Stelle danken wir allen Spendern und Abo-Zahlern und hoffen auf weitere Unterstützung. Alle, die uns geschrieben haben, bitten wir um Nachsicht, wenn wir nicht gleich antworten – wir nehmen alles genau zur Kenntnis!

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstraße 20, 90408 Nürnberg
 Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg
 e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
 Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung:

Hans Steiger, Postbank München
 BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808
 Für Überweisungen aus dem Ausland:
 I ban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit

anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Es ist deshalb für uns erforderlich, die ideologischen Nebelschwaden zur Seite zu schieben und die Wirtschafts-, Job- und Konjunkturunwunder einer genaueren Betrachtung zu unterziehen.

In der BRD gibt es heute, je nachdem welche Statistik zu Grunde gelegt wird, rund eine Million Arbeitslose weniger als vor einem Jahr. Und Ökonomen, sowie die Arbeitsagentur in Nürnberg, gehen davon aus, dass es noch zu einer weiteren Verringerung kommt.

Allerdings bedeutet das nicht, dass in diesem Zeitraum eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze entstanden ist. Nach der Statistik der Nürnberger Arbeitsagentur stieg die Zahl der tatsächlichen Erwerbstätigen lediglich um 550 tausend. Der Grund: viele Arbeitslose werden aus der Statistik herausgerechnet. So werden z. B. alle Menschen, die in einer Maßnahme der Agentur sind, in der Statistik nicht berücksichtigt.

Außerdem spielt die demographische Entwicklung eine Rolle. Viele ältere Arbeitslose wurden mit 60 Lebensjahren, mit den entsprechenden Abschlägen in die Rente gezwungen.

Unterzieht man aber die tatsächlich neu entstandenen Arbeitsplätze einer näheren Betrachtung, stellt man fest, dass rund die Hälfte davon als prekär bezeichnet werden muss. Der Löwenanteil der prekären Arbeitsplätze fällt auf Leiharbeiter-Jobs. Sie sind für die Unternehmer billiger (Leiharbeiter erhalten 20 bis 40 Prozent weniger) und können bei nachlassender Konjunktur problemlos „entsorgt“ werden.

Verantwortlich für diese Entwicklung ist die Politik. Durch die sogenannten Reformen der Neoliberalen, werden heute immer mehr Menschen gezwungen, unter den miesesten Bedingungen zu arbeiten: als Leiharbeiter, befristete Beschäftigte, Scheinselbstständige, Niedriglöhner und Minijobber.

Es gibt heute bereits sieben Millionen Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten. Dabei sind das nicht, wie es der Öffentlichkeit immer vorgegaukelt wird, Geringqualifizierte. Zwei Drittel haben eine abgeschlossene berufliche Ausbildung und zehn Prozent sind sogar Akademiker. Eine

hohe Qualifikation ist heute also kein Schutz mehr vor der Arbeitslosigkeit. Ist diese und Hartz IV erst einmal Realität, entsteht der Zwang schlecht bezahlte Jobs anzunehmen, mit dem Effekt, dass die wirklich gering Qualifizierten noch weniger eine Chance haben, jemals wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Von den beschworenen Wundern kommt bei diesen Menschen also gar nichts an und bei dem Rest der Arbeiterklasse nur wenig. So sa-



gen 36 Prozent, es gehe ihnen schlechter als im Vorjahr und rund 50 Prozent können keine Verbesserung ihrer Lage feststellen. Lediglich 12 Prozent geht es 2007 besser. Und nur ein ganz kleiner Kreis von Reichen und Superreichen fühlt sich wie im Wirtschaftswunder. Dazu gehören nicht zuletzt die Chefs der großen Aktiengesellschaften. Sie haben in den letzten fünf Jahren ihre Vorstandsbezüge verdoppelt. Ihr Jahreseinkommen liegt bei rund vier Millionen € – im Durchschnitt. Dafür müsste eine gut verdienende Verkäuferin 150 Jahre lang arbeiten!

Diese Entwicklung zeigt, wem der Aufschwung nützt und wem nicht. Trotz Superprofiten in den vergangenen Jahren, stagnieren und sinken die Realeinkommen der Arbeiterklasse. So hatte 1996 ein Beschäftigter im Durchschnitt netto ein Entgelt von 1.367 € zur Verfügung. Heute sind es nur noch 1.320 €. Das, obwohl der jährlich zu verteilende gesellschaftliche Reichtum in diesem Zeitraum um 85 Milliarden Euro gestiegen ist. In die Staatskasse ist dieser Betrag nicht geflossen. Im Gegenteil! Die Steuerquote ist in dem Zeitraum deutlich gesunken, was mit die Ursache dafür ist, dass die Sozialsysteme ins Wanken kommen.

Kassiert haben alleine die Kapitalisten. Sie haben den gesamten Zuwachs der vergangenen Jahre in die eigene Tasche gesteckt und zusätzlich zu den 85 Milliarden Euro auch noch 12 Milliarden Euro von den abhängig Beschäftigten kassiert. Trotzdem sind sie immer noch nicht zufrieden. „Steuern und Sozialabgaben runter“ fordern die Unternehmerverbände und ihre Ökonomen. Tatkräftig unterstützt werden sie dabei von der Blöd-Zeitung die im September den „Nettolohn-Skandal“ entdeckte und den Versuch startete, sich mit der Forderung nach Steuersenkungen und Senkung der Sozialabgaben bei den Beschäftigten einzuschleimen. Es werden leider nicht wenige abhängig Beschäftigte der Argumentation ihrer eigentlichen Gegner folgen, weil sie nicht erkennen, dass die Senkung der Sozialbeiträge eine Lohnsenkung ist, und die Senkung der Einkommenssteuer den weiteren

Abbau der Sozialleistungen bedeutet.

Die einzige Möglichkeit die Lohnstagnation und den Lohnabbau zu beenden ist, dass die Arbeiterklasse tatsächliche Entgelterhöhungen durchsetzt und für den Dumpinglohnbereich ein flächendeckender Mindestlohn eingeführt wird. Doch das ist leichter gesagt als getan. Für beides braucht man organisierte Kraft. Und diese ist im Moment nur bedingt vorhanden. Dafür gibt es objektive und subjektive Gründe. In den zurückliegenden Jahren wurden die Gewerkschaften von der Kapitaloffensive regelrecht überrollt. Massenentlassungen, Produktionsverlagerungen, Tariffucht, Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit standen und stehen noch auf der Tagesordnung. Zusätzlich kam in den letzten Jahren, trotz der Export-Weltmeisterschaft der Industrie, eine unzureichende Binnenkonjunktur hinzu, was bei einer sinkenden, bzw. stagnierenden Lohnquote nicht verwunderlich ist.

Die Gewerkschaften sahen das Problem durchaus. Ihre Argumentation ging deshalb die ganzen Jahre immer in die Richtung der Notwendigkeit deutlicher Lohnerhöhungen. Argumentiert wurde dabei weniger mit der Interessenslage der Mitgliedschaft, sondern vielmehr mit der

volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, die Binnenkaufkraft zu stärken und damit die Konjunktur zum Laufen zu bringen. In der gewerkschaftlichen Praxis entstand dabei eine Diskrepanz zwischen der theoretischen Einsicht nach kräftigen Lohnerhöhungen und der konkret aufgestellten Tarifforderung. Diese blieb immer unter der theoretischen Notwendigkeit. Das führte zu dem Resultat, dass die Tarifabschlüsse schließlich brutto auf dem Niveau der Inflationsquote, bestenfalls geringfügig darüber lagen.

Dass es gegen diese Politik an der Basis nicht zu massenhafter Empörung kam, ist darauf zurückzuführen, dass die Massenarbeitslosigkeit, aber auch betrieblicher Druck auf Entgelte, Arbeitszeiten und die Arbeitsplätze selbst, ein riesiges, individuelles Bedrohungspotential darstellen, das außerordentlich disziplinierend wirkt. Die Stimmung in den Betrieben und der Mitgliedschaft war deshalb schon recht mies und wurde durch unzureichende Tarifabschlüsse natürlich nicht besser. Um dem aber entgegenzuwirken, wurden die Abschlüsse immer schön geredet und gerechnet. Das gilt auch aktuell. Der Tarifabschluss in der ME-Industrie in diesem Jahr ist ein anschauliches Beispiel dafür. Doch dazu später.

Als die Blöd-Zeitung im Auftrag der Kapitalisten den „Nettolohnskandal“ aufdeckte und die Forderung nach weiteren Steuersenkungen platzierte, um innerhalb der Arbeiterklasse Unterstützung dafür zu bekommen, fühlte sich besonders Müntefering ungerecht behandelt. Empört wies er die Anschuldigungen zurück. Die Löhne seien auch real deutlich gestiegen, zwar nicht so stark wie die Produktivität, aber sie seien gestiegen. Das würde die heutige Konjunktur beweisen, meinte Müntefering. Insbesondere die Tarifrunden 2006 und 2007 hätten deutliche Kaufkraftzuwächse gebracht, was man an der Binnenkonjunktur feststellen könne. Diese These wird so auch weithin von der bürgerlichen Politik, ihren Medien und Ökonomen vertreten. Sie ist aber bei näherer Betrachtung nicht mehr als eine Legende.

In den vergangenen zwei Jahren konnte nur die IG Metall und die IG BCE Entgelterhöhungen durchsetzen, die über der Inflationsquote lagen. Im Jahr 2006 lag die Steigerung

im Zuständigkeitsbereich dieser beiden Gewerkschaften bei ungefähr drei Prozent. Die Steigerung der Einkommen in allen Branchen, also inklusive des Metall- und Chemiebereichs, lag bei 2 Prozent. Das heißt, dass die Entgeltzuwächse bei der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten zum Teil deutlich unter der Inflationsrate lagen und dadurch die Reallohne gesunken sind. Lediglich in den exportorientierten Branchen kam es zu Bruttoerhöhungen, die über der Inflationsquote lagen. Aber auch hier kam es nicht zu einer realen Verbesserung. Das „Mehr“ im Geldbeutel wurde und wird durch die so genannten Reformen und Steuererhöhungen wieder aufgefressen, z. B. durch die MWSt-Erhöhung, durch die Gesundheitsreform, oder den Wegfall der Pendlerpauschale.

Trotzdem sprechen nicht nur bürgerliche, sondern auch gewerkschaftsnahe Ökonomen von einer Trendwende. Das hört und glaubt man in den Gewerkschaftsvorständen natürlich gerne. Und man will dort subjektiv auch eine solche Trendwende. Man weiß dort, dass nur durch materielle gewerkschaftliche Erfolge der rapide Mitgliederchwund gestoppt und damit die Organisationen stabilisiert werden können. „Jetzt sind die Arbeitnehmer dran“, meint im Frühjahr dieses Jahres Jürgen Peters von der IG Metall. Und DGB-Sommer hat wegen der guten Konjunktur das Jahr 2007 zum „Jahr der Arbeitnehmer“ ausgerufen.

Der IG Metall-Vorstand hat dann Anfang Februar den Tarifkommissionen empfohlen eine Forderung von 6,5 Prozent mehr Geld bei einer 12monatigen Laufzeit des Tarifvertrags aufzustellen. Der IG Metall-Vize Bertold Huber begründete in der Metallzeitung die Forderung so: „Wir bewerten, wie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist und wir bewerten, wie es der Branche geht. Beides ist hervorragend. Wir haben eine stabile wirtschaftliche Aufwärtsbewegung. Die Produktivität der Metall- und Elektrobranche soll in 2007 um etwa 4,5 bis 5,5 Prozent steigen. Das sind gute Bedingungen für eine angemessene Entgeltforderung: nämlich 6,5 Prozent“. Geht man von einer durchschnittlichen Produktivitätssteigerung von 5,5 Prozent und einer Inflationsrate von 2,5 Prozent aus, hätte die IG Metall in diesem Jahr eine

Entgelterhöhung von 8,5 Prozent durchsetzen(!) müssen. Das wäre dann noch immer eine so genannte verteilungspolitisch neutrale Erhöhung gewesen. Das heißt, bei einer solchen Erhöhung, wäre für die Kapitalisten der einbehaltene Mehrwert aus der Arbeit der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Es wäre also zu keiner, wie das in den Gewerkschaften zu früheren Zeiten immer genannt wurde, Umverteilung zugunsten der Werktätigen gekommen. Huber hat in seiner Begründung ein solches Element stillschweigend fallen lassen. Dabei war in der Vergangenheit ganzen Generationen von Gewerkschaftsfunktionären beigebracht worden, wie Forderungen aufgestellt werden: nämlich aus der Berücksichtigung der Inflationsrate plus der Produktivitätssteigerung und einem Umverteilungsbeitrag. Dass dieser Umverteilungsbeitrag von Huber nicht erwähnt wurde, ist kein Zufall. Es entspricht der Praxis aller Gewerkschaften in den vergangenen Jahren, mit der man die Behauptung der Kapitalisten stillschweigend anerkennt, wonach die deutsche Industrie aufgrund der hohen Löhne ein „Wettbewerbsproblem“ habe.

Sicher ist es so, dass in den zurückliegenden Jahren, hohe, an der Interessenslage der Mitgliedschaft ausgerichtete Forderungen, aufgrund der gewerkschaftspolitischen Kräfteverhältnisse schwierig durchzusetzen gewesen wären.

Aber es muss schon die Frage gestellt werden, warum bei der jetzigen Konjunkturlage selbst die Forderung unter dem verteilungsneutralen Rahmen bleibt. Wann, wenn nicht jetzt können von den Kapitalisten erzwungene Lohneinbußen ausgeglichen werden?

In „Metall“ wird dann Huber gefragt: „Will die IG Metall dieses Jahr auch einen Ausgleich für die höhere MWSt. fordern?“. Darauf Huber: „Nein, politische Entscheidungen haben auf die Höhe unserer Tarifforderung keinen Einfluss“. Welche Naivität, oder vielleicht besser gesagt, welche Durchtriebenheit! Gerade von den Gewerkschaften, auch von Huber, wird die Umverteilungspolitik der Bundesregierung zugunsten der Kapitalisten angeprangert. Und dann sollen politische Entscheidungen, bei

denen die Arbeiterklasse zur Kasse gebeten wird, keine Rolle spielen?

20 Milliarden € werden durch die MWSt.-Erhöhung, hauptsächlich den abhängig Beschäftigten abgeklopft. Gleichzeitig ist für neue Steuergeschenke an die Unternehmer Geld da. Mit der so genannten Unternehmenssteuerreform werden den Kapitalisten 10 Milliarden Euro, das ist die Hälfte dieser Steuereinnahmen, hinten rein geblasen. Aber für Huber spielt das keine Rolle!

8,5 Prozent bräuchten die Beschäftigten also, um alleine den Status Quo zu halten. 6,5 Prozent wurden gefordert und 4,1 Prozent standen schließlich auf dem Papier. Und das, obwohl die Konzerne geradezu im Geld schwimmen.

Am 3. Mai kam es zum Abschluss im IG Metall Bezirk Stuttgart. Es ist ein verschachtelter Abschluss, der der Mitgliedschaft die eigene Begrenztheit verschleierte, und der Führung ermöglicht, voll des Lobes darüber zu sein. „Geschafft! Jetzt kommt dickes Plus in die Tüte“, betitelten die *metallnachrichten* das Tarifergebnis. Aber so dick ist das Ergebnis bei Leibe nicht! Es sind nur optisch 4,1 Prozent.

Der Abschluss setzt sich im Wesentlichen folgendermaßen zusammen: Die Monate April und Mai sind Nullmonate, für sie wird ein Einmalbetrag von 400.- € gezahlt. Ab Juni erhöhen sich die Entgelte um 4,1 Prozent und im nächsten Jahr ab Juni um weitere 1,7 Prozent (tabellenwirksam). Hinzu kommt im nächsten Jahr eine Einmalzahlung von 3,98 Prozent für die fünf Monate Juni bis Oktober, die aber ebenfalls nicht in die Tabelle eingehen. Die Gesamtlaufzeit beträgt 19 Monate. Lässt man also den Konjunkturbonus von diesem und dem nächsten Jahr beiseite, so muss man in Übereinstimmung mit Gesamtme-

tall folgende Rechnung aufmachen: Für die ersten 14 Monate sind es auf's Jahr umgerechnet 3,51 Prozent. Hierauf addieren sich dann die 1,7 Prozent und wir sind somit bei 5,21 Prozent für die 19 Monate. Auf's Jahr umgerechnet sind das also 3,29 Prozent (Gesamtmetall erklärt seine Rechnung nicht, kommt aber offiziell auf 3,3 Prozent).

Angesichts der wirtschaftlichen Lage in der ME-Branche also ein äußerst bescheidener Abschluss. Dabei



waren, wie schon bemerkt, die gesamten Rahmenbedingungen für die IG Metall so gut, wie schon lange nicht mehr. Schon vor dem Auslaufen der Friedenspflicht gab es Bewegung in den Betrieben. Es kam zu diversen Kundgebungen und die Stimmung war gut. Das spürten auch die Vertreter von Südwestmetall und Hessenmetall, die sich den Demonstranten vor den Verhandlungslokalen stellten. Die ab dem 29. April angelaufene Warnstreikwelle machte dann ausreichend deutlich, dass gehörig Dampf im Kessel war.

Aber schon am Mittwoch, dem 2. Mai, wurde in Funktionärskreisen bekannt, dass sowohl Kannegießer von Gesamtmetall, wie auch Peters und Huber vom IGM-Vorstand zum Verhandlungsort nach Stuttgart reisen würden, um hinter den Kulissen den Abschluss zu erleichtern. Genau

genommen hatte es bis zur Entscheidung, dass man sich einigen will, also nur drei Warnstreiktage gegeben. So schnell ist seit vielen Jahren nicht mehr abgeschlossen worden. Es muss daher gefragt werden, warum die IGM-Führung trotz der hervorragenden Voraussetzungen, den vorhandenen Rahmen nicht ausgeschöpft hat. Was waren aus ihrer Sicht die Gründe, auf die Kapitalisten Rücksicht zu nehmen? Das Wissen über die ökonomische Lage lag schließlich vor, die Kenntnis über die Mobilisierungsfähigkeit der Mitgliedschaft ebenfalls.

Der Grund des Zauderns und der Zurückhaltung ist vermutlich in der zunehmenden Schwäche der IGM, wie auch aller anderen Gewerkschaften zu suchen. Die seit Jahren rückläufige Tarifbindung hat inzwischen deutliche Spuren hinterlassen. 1995 wurden nach einer Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung noch 66,5 Prozent der Beschäftigten von Tarifverträgen erfasst. 2004 waren es nur noch 52,1 Prozent, bei weiter abnehmender Tendenz. Bei Arbeitern sank die Bindung besonders stark. Von 87,4 auf 71,7 Prozent. Während der Tarifrunde drohte der Verbandschef von Gesamtmetall, Kannegießer, offen mit der Verbandsflucht seiner Mitgliedsbetriebe. Er wollte die Möglichkeit zur Lohnsenkung durch tarifliche Öffnungsklauseln. Komme es dazu nicht, und die IG Metall streike, so Kannegießer, so hätte das erodierende Folgen, sowohl für die Tarifmacht der IG Metall, als auch für seinen Verband. Ihm würden dann die Mitglieder davon laufen (und der IGM der Verhandlungspartner). Das war glatte Erpressung. Bei Gesamtmetall weiß man natürlich, dass abnehmende Tarifbindung direkten Einfluss auf die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaft hat. Und

Materialien des Leverkusener Marxismus Dialogs

Herausgegeben von: Gruppe Arbeiterpolitik, Gruppe Arbeiterstimme, Internationale Sozialistische Linke (ISL), Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal), den Redaktionen Sozialistische Zeitung (SoZ), junge Welt, Marxistische Blätter, Unsere Zeit.

Erschienen im Neue Impulse Verlag GmbH, Essen 2005, DIN-A4, 32 Seiten bzw. 40 Seiten („Leverkusen-III“)

Die Broschüren können über unsere Redaktionsadresse gegen eine Schutzgebühr von jeweils 2,50 Euro bestellt werden.



zu Recht fürchtet man in den Gewerkschaftsvorständen nichts mehr als das. In ihrer sozialpartnerschaftlichen Beschränktheit, sind die Gewerkschaften deshalb für solche Erpressungen offen. Besonders im Osten haben hier alle Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren einschneidende Erfahrungen gemacht. So sind beispielsweise in Sachsen heute nur noch wenige Betriebe tarifgebunden. Dabei handelt es sich nicht nur um kleinere Betriebe (dort gibt es fast ausnahmslos keine Tarifbindung mehr), sondern auch um Großbetriebe. So hat die Dresdner Halbleiterindustrie, AMD und Infineon, mit rund 7000 Beschäftigten keine Tarifbindung.

Am Anfang dieser Entwicklung, die auf 1993 datiert werden kann, kündigte die IG Metall noch vollmundig den Häuserkampf an. Aber nirgendwo konnte der erfolgreich geführt werden. Dort, wo es trotzdem zu einem Anerkennungs-, oder Haustarifvertrag kam, lag das nicht an der Kampfkraft der Belegschaft, sondern vielmehr an dem „guten Willen“ des Unternehmers, der aus welchen Gründen auch immer, eine Tarifbindung wollte.

In dieser Konstellation ist letzten Endes auch die Streikniederlage der IG Metall, beim Kampf um die 35-Stunden-Woche im Jahr 2003 zu suchen. Es gab nicht genügend Betriebe, die hätten in die Auseinandersetzung geführt werden können.

Die generell abnehmende Tarifbindung ist keine zufällige Erscheinung, sondern das Ergebnis des taktischen Vorgehens der Unternehmerverbände zur Schwächung der Gewerkschaften. So gibt es heute im Metallbereich fast überall, neben den Tarifverbänden, so genannte OT-Verbände (ohne Tarifvertrag), die nicht selten in Personalunion geführt werden. Damit Unternehmen noch während einer Tarifbewegung sich der Wirkung eines Tarifvertrags entziehen können, haben die Tarifverbände durch Satzungsänderungen ihren Mitgliedern ermöglicht, von Heute auf Morgen den Verband zu wechseln.

„Nur nicht den Bogen überspannen“, scheint deshalb die Devise der IGM-Führung, aber nicht nur der, zu sein. Die Erfolge der Gewerkschaften nach 1945 sind weniger in Klassenausgleich, als vielmehr in der Klassenkooperation

zustande gekommen. Die Gewerkschaften verstehen sich deshalb heute noch immer als „Gestalter“. Gestalter der Arbeitswelt sowie der Wirtschaft. Dieses deutsche Modell hat auch lange funktioniert. Seit der neoliberalen Umgestaltung der BRD, halten sich die Kapitalisten aber immer weniger an die alten Spielregeln.

In den Gewerkschaftsvorständen will man aber krampfhaft an diesen festhalten, weil man sich durch-



aus der Konsequenzen, die sich aus der Realität ergeben bewusst ist.

Damit aber kommen sie in eine schwierige Lage, denn der Spagat zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie gelingt nicht. Der Versuch geht immer mehr zu Lasten einer Partei. Und die Bourgeoisie ist das nicht!

Die Politik der Rücksichtnahme wird scheitern. Die Hoffnung von dem Gegner akzeptiert und geschont zu werden, ist illusionär. Die Gewerkschaften verlieren mit dieser Politik an Respekt und werden für die Kapitalisten kalkulierbar. Sie sägen sich letzten Endes den Ast ab, auf dem sie sitzen. Die Folgen zeigen sich schon heute: Das Ansehen in den Betrieben sinkt und durch die ungenügende Interessenwahrnehmung baut sich nachhaltig ein Frust auf, der langfristig zur Handlungsunfähigkeit der IG Metall in ihrem wichtigsten Bereich, der ME-Industrie, führen kann, wie das in anderen Segmenten bereits heute schon der Fall ist.

Spätestens im kommenden Jahr, wenn es nur eine Entgelterhöhung von 1,7 Prozent gibt, die Profite der Konzerne aber überborden, werden viele Belegschaften erkennen, dass der Trend der vergangenen Jahre auch in Zeiten der angeblichen Trendwende fortgesetzt wird. Nämlich weiterer Reallohnabbau!

In der ME-Industrie erhält dieser Trend für viele Beschäftigten einen zusätzlichen Schub. Zurzeit wird in den Betrieben nämlich der in den vergangenen Jahren abgeschlossene Entgeltrahmen-Tarifvertrag (ERA) eingeführt und besonders in den gut organisierten Großbetrieben gibt es unter den Belegschaften viel Ärger, Wut und Frust. Schuld daran ist ERA. Der ERA geht auf das Jahr 2002 zurück. Die IG Metall schloss damals in der ME-Industrie diesen Vertrag ab und erreichte, dass dadurch Arbeiter und Angestellte gleichgestellt sind, d.h. die Eingruppierungen erfolgen für alle nach den gleichen Kriterien.

Der Vertrag wurde gelobt über den grünen Klee. So meinte Huber: Vor allem sei endlich die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten gelungen. Damit sei „die Korrektur einer seit der Bismarck’schen Sozialgesetzgebung prägenden Unterscheidung der Klassen und Schichten der Gesellschaft“ erreicht. Der ERA-Tarifvertrag sei folglich „nicht nur ein tarifpolitisches, sondern ein gesellschaftspolitisches Reformwerk“. Dass ERA Geld kostet, war der IG Metall klar. Die Unternehmer waren nur bereit über einen solchen Vertrag zu verhandeln, wenn er für sie kostenneutral sei. Das hatte die IG Metall akzeptiert. Damit Spielraum für neue Auf- und Abgruppierungen entstand, musste man von der Gesamtlohnsumme für die Unternehmer etwas abziehen und in einem ERA-Topf belassen. Das wurde durch eine Entgeltabsenkung erreicht, d.h. 2,79 Prozent wurden nach mehreren Tarifrunden nicht tabellenwirksam. Seit dem 1. Januar 2007 ist die Entgeltlinie 2,79 Prozent niedriger, als sie es wäre, gäbe es keinen ERA.

Die IG Metall hat von ERA erwartet, dass es insgesamt zu einer deutlichen Anhebung der Entgelte kommt. Und man kann es jetzt gar nicht fassen, was die Unternehmer daraus machen. In einem Schreiben an seine Mitglieder bezeichnet der Unternehmerverband Südwestmetall

den ERA als „*einmalige, geradezu historische Chance*“, denn in der Regel würden die Unternehmen heute viel zu hohe Tariflöhne zahlen. So „*beruhen mehr als zehn Prozent der Tarifentgelte auf Fehlanwendungen der Tarifverträge*“. Mit dem ERA könnten also die zu hohen Löhne gesenkt werden und die „*verloren gegangene Personalkostenflexibilität*“ zurückgewonnen werden. Und das wird jetzt massiv getan.

So wird berichtet, dass beispielsweise in Betrieben wie Siemens, Daimler und Alstom, Arbeiter und Angestellte in Einzelfällen zwischen 300 und 1500 Euro im Monat verlieren. Vor allem die Angestellten in den Verwaltungen trifft es hart.

In Arbeiterkreisen wird das manchmal durchaus mit Sympathie gesehen. Waren es doch in der Vergangenheit die Angestellten, die sich in Tarifbewegungen vornehm zurück hielten und die Arbeiter für sich kämpfen ließen. Doch diese Sympathie hält sich in Grenzen, denn es trifft auch sehr viele Arbeiter. Hauptsächlich in den großen Konzernbetrieben wird zurzeit massiv abgruppiert. Also ausgerechnet in den Betrieben, wo die IG Metall mitgliederstark und damit auch kampfstark ist.

Dort wurde in der Vergangenheit besser eingruppiert als in vielen mittleren und kleinen Betrieben. Aufgrund der gewerkschaftlichen Kampfkraft und Stärke mussten die Unternehmer in Eingruppierungsfragen häufig „Zugeständnisse“ machen, beziehungsweise waren sie das Ergebnis sozialpartnerschaftlicher Mausechelen. Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hat sich aber inzwischen verschoben. Die Kapitalisten müssen heute keine Zugeständnisse mehr machen. So wird der ERA-Tarifvertrag zum idealen Hebel mit diesen Zugeständnissen aufzuräumen. Ein Tarifvertrag ist bindend und in der Lohnfindungsregelung nur schwer revidierbar. Schon gar nicht auf die Schnelle!

Die Belegschaften in der Branche sind allerdings nicht gleichermaßen betroffen. Dort nämlich, wo in der Vergangenheit aufgrund gewerkschaftlicher Schwäche und inkonsequenter BR-Arbeit schlecht eingruppiert worden war, verändert sich durch die Neueingruppierungen

weniger zum Negativen. Im Gegenteil! In manchen Bereichen kommt es, vor allem bei den Arbeitern, zu deutlichen Entgelterhöhungen.

Aber stärker werden solche Belegschaften durch das gewerkschaftliche „Geschenk“ auch nicht. Eintritte aufgrund des gestiegenen Einkommens sind selten. In den kampfstarken Betrieben aber verliert die Gewerkschaft weiter an Ansehen und die Mitgliederbindung nimmt ab. Eine verhängnisvolle Entwicklung,



die leider alle Gewerkschaften betrifft. Die Zahl der Mitglieder der DGB-Gewerkschaften ist seit 1990 um fast 45 Prozent geschrumpft. In manchen Gewerkschaften äußerst drastisch: so hat beispielsweise Ver.di rund die Hälfte seiner Mitglieder verloren. Die Verluste in der Krisenbranche Bau sind sogar noch höher. Manche Einzelgewerkschaften sind inzwischen so schwach, dass ihre Handlungsfähigkeit nur noch bedingt vorhanden ist. Nicht weniger verhängnisvoll ist die Reaktion der Gewerkschaften auf diese Entwicklung. In der UZ schreibt im September Hans-Jürgen Urban von der Grundsatzabteilung der IG Metall: „*Zunehmende Mitgliederbindung und Ansätze einer wieder erfolgreichen Interessenpolitik scheinen eher mit offensiven, konfliktbereiten und auf Mitglieder-mobilisierung setzende Strategien einherzugehen*“.

Welche Erkenntnis! Aber sie ist richtig und die Praxis beweist, dass sie stimmt.

Trotz der Kenntnis verfolgt man in den Gewerkschaften die gegenteilige Linie. Klassenkooperation statt Klassenkampf steht auf der Tagesordnung und die Mitgliedschaft versucht man mit kleinen zusätzlichen Vorteilen (Urlaubs- u. Einkaufsmöglichkeiten und anderem „Dienstlei-

ster“-Schnickschnack) an die Organisation zu binden. Augenfällig wurde das bei den Aktionen gegen die Rente mit 67. Immerhin hatten die IG Metall und Ver.di zu politischen Warnstreiks dagegen aufgerufen. Bis Ende Januar nahmen sich mehr als 300.000 das Recht auf politischen Streik. Bei allen anderen Gewerkschaften herrschte Funkstille. Offensichtlich wollte man nicht, aber vielfach konnte man auch nicht. Und was folgte dann? Nachdem der Bundestag das Gesetz beschlossen hatte, war es aus mit den Protesten. Allerdings war schon vorher Sommer zurückgerudert: „*Reine Oppositionspolitik bringt uns nicht weiter*“. Und der zukünftige IG Metall Vorsitzende Huber meinte, dass man „*nicht grundsätzlich gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters opponieren kann*“, nur müssten es die Arbeitnehmer gesund erreichen können.

Wie mögen solche Äußerungen in den Ohren der Streikenden wohl geklungen haben? Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung lehnt die Rente mit 67 ab. Und führende Gewerkschaftsfunktionäre schwenken auf Regierungskurs ein. Eine verantwortungslose Politik gegenüber der eigenen Mitgliedschaft und der Arbeiterklasse! Doch neu ist diese Verhaltensweise der Gewerkschaften nicht. Der Widerstand gegen die Agenda-Politik und Sozialabbau ist ähnlich kläglich verlaufen. Trotz der Ankündigung von weiteren Aktionen und Widerstand wurden sowohl 2004 als auch 2006 die Fahnen sang- und klanglos eingerollt. Das, obwohl man auch hier die Bevölkerung und die Beschäftigten hinter sich hatte.

Nicht anders läuft es bei der Bahnprivatisierung. Eine breite Bevölkerungsmehrheit (72%) und die Bahnbelegschaft sowieso, ist dagegen, dass das Bahnvermögen an das Privatkapital verscherbelt wird. Offiziell auch der DGB. Doch die zuständige Gewerkschaft Transnet schert aus, kungelt mit dem Bahn-Vorstand und treibt mit diesem gemeinsam die Privatisierung voran. Ein Paradebeispiel „*gewerkschaftlicher Interessenvertretung*“! Alleine die GDL stört mit ihren Forderungen die Harmonie. Abgesehen davon, dass die Arbeitskampfführung der GDL äußerst dilettantistisch ist, führt sie vor, welche Macht durch

das organisierte Vorgehen der Bahnbeschäftigten entwickelt werden könnte. Mit der Rückendeckung der Bevölkerung wäre es Transnet möglich, diese Privatisierung die letztendlich zu weiterem Arbeitsplatzabbau führt, zu verhindern. Aber auch hier trotzdem Kooperation statt Konfrontation.

Die Gewerkschaften werden durch diese Politik der Anpassung und Kooperation mit dem Klassengegner immer stärker in die Defensive gedrängt. Die Folge ist, dass sie eine Niederlage nach der anderen erleiden. Besonders Ver.di trifft es hart. Der Streik im öffentlichen Dienst 2006 war eine Niederlage. Ihm folgte der Telekom-Streik. Zwar konnten dort einige Zumutungen der Telekom-Geschäftsführung abgemildert werden, aber in der Hauptsache hat sich der Konzern durchgesetzt. Ausgliederungen,

Entgeltkürzungen, Verlängerung der Wochen-Arbeitszeit sind jetzt tariflich vereinbart. Niederlagen gibt es auch im Organisationsbereich der IG Metall. Eine zeichnet sich aktuell im Kfz-Handwerk ab. Dort haben die Unternehmer keine Lust mehr auf Tarifverträge. Der Zentralverband des Kfz-Gewerbes hat seinen Landesinnungsbetrieben empfohlen aus der Tarifpolitik auszusteigen. Auf einer Konferenz zu dem Thema meinte Huber: „Zu einem stabilen Flächentarifvertrag gibt es keine Alternative“. Hier irrt sich der Kollege Huber. Für die Kapitalisten gibt es eine: nämlich gar keinen TV. Und diese Strategie wird aufgehen. Aufgrund der organisatorischen Schwäche in dem Handwerksbereich wird es kaum möglich sein, kampfwise den Flächentarifvertrag durchzusetzen. Damit reiht sich dann das Kfz-Handwerk in die anderen Handwerksbereiche ein, für die schon lange nicht mehr Tarifierhöhungen durchgesetzt werden konnten (z.B. Elektrohandwerk, Metallhandwerk).

Auch die Auseinandersetzungen um die so genannten Sozialta-

rifverträge, wie bei der AEG in Nürnberg, bei CNH und BSH in Berlin und anderen, endeten trotz dem mutigen und fantasievollen Kampf der Belegschaften objektiv in Niederlagen. Nirgends ist es gelungen eine Betriebsschließung zu verhindern. Es wurden zwar hohe Abfindungen und soziale Regelungen vereinbart, aber in der Hauptsache setzten sich auch dort die Kapitaleigner durch.

Es ist schwer zu sagen, wo diese Entwicklung endet. Die Werktä-



tigen machen täglich negative Erfahrungen. Sie werden vom Kapital mit Arbeitsplatzverlust und damit mit dem Verlust ihrer Existenzgrundlage bedroht. Sie werden erpresst und zu Mehrarbeit und Lohnverzicht gezwungen. Ihre soziale Lage verschlechtert sich immer mehr durch die Politik der Regierung. Gleichzeitig werden die Konzerne immer fetter und mächtiger und die Reichen wissen nicht mehr, wohin mit ihrem Geld. Scheinbar kann man nichts gegen diese Entwicklung tun. Wie einer Naturgewalt steht man ohnmächtig dieser gegenüber. Da stellt sich Frust und auch Resignation ein, was Auswirkungen auf die Organisationen hat, die ihre Schutzmacht sind. Es herrscht eine allgemeine Orientierungslosigkeit, welche die Gewerkschaftsführung mit ihrer zaudernden und inkonsequenten Politik noch verstärkt. Der weitere Niedergang scheint vorprogrammiert.

Auf der anderen Seite entsteht aber auch Wut und eine Stimmung, dagegen etwas tun zu wollen. Der Unmut in den Betrieben über die an-

haltenden Angriffe und Verschlechterungen auf allen Gebieten ist gewaltig. In den industriellen Kernbereichen folgen deshalb – trotz des sinkenden Ansehens der Gewerkschaften – die Werkstätigen noch immer deren Aufrufen zu Aktionen. Gezeigt hat sich das bei den Streiks gegen die Rente mit 67, den Warnstreiks im Zusammenhang mit Tarifverhandlungen und anderen betrieblichen Aktionen. Das Potenzial zum Widerstand ist also da.

Dass generell eine Stimmung in der Bevölkerung vorhanden ist, die Einwirkungsmöglichkeiten für linke Politik bietet, zeigen auch diverse Meinungsumfragen. So sind nach einer Umfrage der „ZEIT“ 68 Prozent für die Einführung von Mindestlöhnen; 72 Prozent meinen, die Regierung mache zu wenig für die soziale Gerechtigkeit; 82 Prozent wollen die Rente mit 67 wieder

abgeschafft sehen; 70 Prozent sind gegen die Privatisierung von Staatsbesitz und immerhin meinen 46 Prozent, die Macht der Gewerkschaften sei eher zu klein als zu groß.

Nun sind Meinungsumfragen das Eine, das aktive politische Handeln der Menschen das Andere. Trotzdem zeigt das Bild, dass ein weiterer Niedergang der Gewerkschaften und sozialen Errungenschaften nicht sein muss. Die Voraussetzungen für Widerstand sind vorhanden. Es ist allerdings nicht zu erwarten, dass sie aktuell von den Gewerkschaftsspitzen im Sinne eines politischen Richtungswechsels genutzt werden. Eingeleitet werden kann ein solcher Prozess nur von unten. Zwar sind Anfänge einer Vernetzung der Gewerkschaftslinken gemacht. Aber sie ist im Moment noch nicht stark genug, um tatsächlich Einfluss auf die Politikrichtung der Gewerkschaften zu nehmen. Allenfalls gelingt das punktuell.

Es ist deshalb leider davon auszugehen, dass der Verfallsprozess der Gewerkschaften vorerst weitergeht.

Die Jahreskonferenz der Gruppe

Die Jahreskonferenz der Gruppe fand am 20. und 21. Oktober wie schon seit vielen Jahren in Nürnberg statt. Die Teilnehmerzahl entsprach der der vergangenen Jahre. Wir konnten unsere Kräfte also nicht spürbar vermehren. Ein Genosse, mit dem wir schon seit längerem in brieflichem Kontakt stehen, nahm zum ersten Mal an einer Jahreskonferenz teil und war vom Ablauf, von den Themen und dem Diskussionsstil sichtlich angetan. Die Genossinnen und Genossen hatten teilweise eine weite Anreise in Kauf genommen. Auch unser langjähriger Freund und Genosse aus England hatte sich heuer wieder auf den Weg nach Nürnberg gemacht und trug seinen Teil zum Gelingen unserer Konferenz bei.

Erfreulich war auch, dass, wie schon in den letzten Jahren, zwei Vertreter der Gruppe Arbeiterpolitik und ein Vertreter der Gruppe International Dorfen an unserer Jahreskonferenz teilnahmen.

Wir hatten erst vor kurzer Zeit den Tod unseres Genossen und Freundes Hubert Schütz hinnehmen müssen, was für uns einen weiteren schmerzlichen Verlust bedeutete.

Die Tagung begann am Samstagvormittag mit einem Referat zur Lage der Gruppe. Daran schloss sich eine Darstellung zur Lage der Gewerkschaften an. Nach der Diskussion folgte ein Referat mit dem Titel „Die Privatisierung geht weiter“. Den Abschluss des Samstag machte ein Vortrag über den schier ungebremsten Ausbau des Überwachungsstaats

und dem damit verbundenen Abbau der bürgerlichen Grundrechte.

Am Sonntag gab uns unser Genosse aus England einen Bericht über die Zeit nach Blair auf der Insel.

Anschließend stellte ein Genosse der Gruppe Arbeiterpolitik die Erfahrungen und Erlebnisse einer Delegiertenreise nach Israel vor. Dazu drucken wir den Artikel „Arbeitslosigkeit und Migration“ aus der Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ vom 25. Juli 2007 nach.

Als Geste der Internationalen Solidarität führten wir wie jedes Jahr eine Sammlung für Cuba durch. Wir konnten das stattliche Ergebnis von 750 € an die Deutsch-Cubanische Freundschaftsgesellschaft überweisen.

Im Anschluss (das Referat zur Lage der Gewerkschaften ab Seite 1) werden die Referate der Jahreskonferenz in leicht überarbeiteter Form abgedruckt.

36. Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme

Zur organisatorischen und politischen Lage der Gruppe

Der letzte ausführliche Bericht erfolgte – wie abgesprochen – vor zwei Jahren. Am organisatorischen Zustand hat sich eigentlich wenig verändert. Was die politische Lage der Gruppe innerhalb der sozialistischen Linke angeht, hatte die Entstehung der Linkspartei auf unser Umfeld einigen Einfluss. Wie weit sich das auch organisatorisch auswirkt, bezüglich Abonnenten, Kontakten usw., ist noch nicht ganz zu übersehen. Doch das wesentliche ist, der innere Kern der Gruppe ist wie schon viele Jahre vorher, zusammengeblieben und arbeitet zusammen in solidarischer Verbundenheit. So konnten wir unsere selbstgestellten Aufgaben erfüllen. Freilich, nach Lage der Kräfte konnten die nur bescheiden sein und es ist weiterhin nicht zu verkennen, dass diese Aufgaben von den wenigen, zudem unterschiedlich Aktiven, oft nur unter großen Anstrengungen bewältigt werden konnten.

Ich meine, dass dies alles, dieser Zusammenhalt über Jahrzehnte hin-

weg, nicht selbstverständlich ist in einer für uns immer schwieriger werdenden politischen Zeit, in der Kommunisten weithin isoliert sind und eine sozialistische Alternative noch nicht einmal vorstellbar ist. Unter solchen Verhältnissen kann es kaum Erfolgserlebnisse geben, bzw. nur auf niedrigster Stufe. Das verarbeiten mental nur jene, die große Ausdauer und fundierte Überzeugung auszeichnet; die trotz eigener Mängel und Mängel der Gruppe noch in der Lage sind, sich auf das Wichtigste zu konzentrieren; die sich nicht von den gegenwärtigen Verhältnissen zu sehr deprimieren lassen – die auf lange Frist wissen, so wie es ist, wird es nicht bleiben.

Strategisch sind die sozialistischen Kräfte in unserem Land und auch in vielen anderen europäischen Staaten immer mehr in die Defensive geraten. Solange sie von keinen relevanten sozialen Bewegungen getragen werden, kämpfen sie ums Überleben. Das ist wie ein gesellschaftliches Gesetz. Dazu kommt: Da der kapitalistische Staat um die Krisenträchtigkeit

seines Systems weiß, sorgt er durch Medienmanipulationen vor, und baut sein Repressionssystem aus. Der islamistische Terror ist dafür Vorwand, hauptsächlich hat diese Regierung jedoch die potentiellen Feinde ihrer Ausbeuterordnung im Visier. Das alles erschwert eine Aktivierung und Reaktivierung für die Sache des Sozialismus, deren Ziel in weiter Ferne liegt und um zu dem zu gelangen langwierige Mühen durchlaufen werden müssen. Doch auch die verbliebenen revolutionären Gruppen geben nicht immer ein anziehendes Bild. Die Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte, der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung, wäre eine der Voraussetzungen für eine Renaissance des Marxismus. Neben guten Bemühungen hierzu gab es auch vieles halberziges, vereinfachendes. Im Großen und Ganzen erfolgte die Aufarbeitung nicht im ausreichenden Maße. So kann sich die Vergangenheit mit all dem Schrecken, der weithin mit dem Begriff Stalinismus verbunden wird, wie eine Barriere vor den Köpfen jener wenigen aufbauen, die heute schon auf

der Suche nach einem Ausweg sind, jenseits des praktizierten Raubtier-Kapitalismus. Natürlich kostet Selbstkritik Überwindung, doch wie sollen sonst Menschen aus der Geschichte lernen und vor allem selbst entsprechende Konsequenzen ziehen?

Die Oktoberrevolution, die später als „Weltenwende“ gefeiert wurde, ereignete sich vor 90 Jahren. Unter großen Opfern wurden ungeheuerere Leistungen seitdem dort vollbracht, aber es geschahen auch große Fehler, Irrungen und Verbrechen, die letztlich zur Implosion beitrugen. Es waren Kommunisten, eine kleine Zahl, die von den offiziellen KPs als Außenseiter verfemt und verfolgt wurden, die gewarnt hatten und die falsche Politik bekämpften hatten. In Deutschland waren es die KPO und nach dem Krieg die Gruppe Arbeiterpolitik, die Gruppe Arbeiterstimme und einige wenige andere marxistische Kreise.

Wenn wir heute 18 Jahre nach der Wende Bilanz ziehen, so müssen wir leider feststellen, dass die Gruppierungen, die sich so ausdauernd gegen die Verzerrung und Verfälschung des Marxismus zur Wehr setzten, die daran festhielten, dass Marxismus unlösbar mit kritischem Denken verbunden ist, von den übrig gebliebenen sozialistischen Kreisen dafür wenig Anerkennung oder gar Zugang erhielten. Das offenbart die Oberflächlichkeit und Ignoranz, die dort immer noch vorherrscht. Wir sollten z.B. auch zur Genüge gelernt haben, dass nicht alle, die sich Kommunisten nannten oder nennen, welche sind, ob in China, Vietnam, Russland oder Serbien. Nicht wenige sozialistische Gruppen glorifizieren alles was sich bewegt und verfallen in neue Illusionen. Wenn es auch richtig ist, dass sich nur etwas verändern kann, wenn sich etwas bewegt, so kommt es doch auf die spezifische Art solcher Bewegungen an, ob sie die Herausbildung von Klassenbewusstsein oder gar von sozialistischem Bewusstsein voranbringen. Die wenigen Bewegungen der letzten Jahre endeten jeweils in Sackgassen oder in Teilerfolgen ohne politische Systeminfragestellung. Es war nicht so, dass wir in den letzten Jahren politische Friedhofsruhe gehabt hätten. Es gab die Antikriegsdemonstrationen, die Proteste gegen den Sozialabbau, die Montagsdemonstra-

tionen im Osten und es gab und gibt eine Antifa-Bewegung in der Jugend und eine globalisierungskritische Bewegung, wenn auch abflachend. Als Einpunktbewegungen hatten sie mit Klassenkampf aber nichts gemein.

Die sich häufenden sozialen Kämpfe haben immer mehr den Charakter gewerkschaftlicher und betrieblicher Abwehrkämpfe. Es waren auch harte und großartige Kämpfe darunter, wie z.B. bei der AEG in Nürnberg und bei BSH, die aber meistens die Niederlage nicht verhindern konnten. Leider wurden von den Betroffenen in der Regel keine politischen Lehren daraus gezogen, war es nicht der Anfang der Herausbildung von Klassenbewusstsein, oder von politischer Neuorientierung auch nicht von einer Minderheit. Es ist nun schon seit vielen Jahren zu erkennen, dass anders als früher, aus solchen Streiks und Auseinandersetzungen die verbliebenen revolutionären Gruppen fast keinen Neuzugang erwarten können. Wenn damit Gewerkschaftsbewusstsein gestärkt wird, ist schon einiges erreicht, vielleicht noch etwas zu Gunsten der Aktivierung für die nicht-revolutionäre Linke. Unter dem noch weithin bestehenden sozialen Standard wäre es eine Illusion zu glauben, aus den Auseinandersetzungen in den Betrieben könnte auch nur in Mikroform ein Umschlag in revolutionäres Denken und Handeln entstehen oder gar ein relevanter Zuwachs für kommunistische Gruppen die Folge sein. Dazu gehören ganz andere Dimensionen sozialen und politischen Niedergangs, besonders nach dem Verlust des Klassenbewusstseins in der Bundesrepublik durch den Wiederaufstieg des Kapitalismus nach Krieg und Naziherrschaft. Der Niedergang des Kapitalismus selbst muss erst wieder die Voraussetzung schaffen für eine Veränderung der objektiven Bedingungen. Deshalb sind wir in subjektiver Hinsicht erst in einem Vorstadium. Es muss aber auch klar sein, dass nichts ohne Vorarbeit kommen kann. Das heißt, sind dann keine marxistischen Kerne mehr vorhanden, wenn sich Entscheidendes bewegt, können solche Bewegungen ins Leere oder auch in die falsche Richtung gehen, auch nach rechts. Darin besteht die Notwendigkeit des Weiterbestehens marxistischer Gruppen, auch unserer, auch wenn auf absehbare Zeit fest-

steht, dass unser Ziel vorerst unerreichbar ist. Wir müssen trotzdem die Kraft aufbringen durchzuhalten, selbst wenn es so aussieht, dass wir selbst die Verwirklichung unserer Ziele nicht mehr erleben werden. Denn unsere Aufgabe ist es, den Funken nicht erlöschen zu lassen. Es muss unbedingt gelingen die sozialistische Idee und die marxistische Methode an jene wenigen Jüngeren weiterzureichen, die, entgegen den Strom, schon aufnahmebereit sind. Dazu gehört, auch innerhalb der Linken unseren Standpunkt zu verbreiten, um entweder inhaltlich Einfluss zu gewinnen, oder im besten Fall die Gruppe zu vergrößern. Das ist unsere Hauptaufgabe, die wir vor allem mit dem Mittel der Zeitung zu bewältigen haben, weil dies unseren bescheidenen Verhältnissen entspricht. Die andere Schiene ist die persönliche Einflussnahme, beides ergänzt sich. Das ist die Arbeit an der Basis, in Betrieb und Gewerkschaften und in entsprechenden Organisationen. Können wir dort auch meist nicht direkt für die Gruppe werben, so gilt es den Widerstandsgeist aufrecht zu erhalten, ihn zu fördern und solidarisch zu sein mit Kolleginnen und Kollegen, die sich gegen die Übermacht der Kapitalisten zu wehren beginnen. Warum wir die Selbständigkeit einer so kleinen Gruppe immer noch für richtig halten, liegt am Selbstverständnis der Gruppe. Es liegt am Festhalten an revolutionären Zielen, am Dialektischen Materialismus, an der kritischen Denkweise, als einem Kern des Marxismus, an der Unverzichtbarkeit eines demokratischen und solidarischen Umgangs in der eigenen Gruppe und daran, dass kommunistische Politik alle Bereiche einzuschließen hat, wie sie einst Karl Marx benannte: Philosophie, Ökonomie und Politik. Auf das Ganze kommt es dabei an, auch wenn eventuell konkrete Ereignisse zeitweilig erfordern die Gewichtigkeit zu verlagern. Eine eindimensionale Aufgabenstellung z.B. in Bezug auf Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, halten wir nicht für ausreichend, so wichtig dieser Bereich auch immer sein wird. Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass nicht nur die SPD, sondern auch die deutsche Arbeiterbewegung am Boden liegt. Das liegt nicht nur am Gewerkschaftsapparat oder an den Vorständen. Diese verschlimmern die

Lage nur. Die Massen haben in einem langen Prozess ihr politisches Bewusstsein verloren und es kann im günstigsten Fall erst wieder in langen Kämpfen entstehen.

Zurück zur Gruppe: Die Gruppe *Arbeiterstimme* ist über alle Unterschiede hinweg bemüht mit anderen linken Gruppen besser zusammen zu arbeiten, in Diskussion zu bleiben. Ein enges Verhältnis haben wir mit der Gruppe International Dorfen. Hervorzuheben sind unsere Wochenendseminare 2006 in Landshut und 2007 in München, die von beiden Seiten bestritten wurden. Leider sind sie, im Unterschied zu früher, ohne Beteiligung der IG Landshut geblieben, was auf dortige Widrigkeiten zurückzuführen ist. Die Tagungen waren erfolgreich und brachten auch neue Interessenten.

Es gibt die Zusammenarbeit mit der Gruppe Arbeiterpolitik, einmal bezüglich der der KPO-Literatur und des Austausches von politischen Papieren auf dem e-mail-Weg, wobei letzteres aus Zeitgründen nicht voll ausgeschöpft werden konnte.

Auch der Austausch von Zeitungsartikeln konnte bisher nicht im erwarteten Ausmaß erfolgen. Zum anderen gab es Begegnungen und Diskussionen zwischen den Vertretern beider Gruppen. Arpo-Genossen waren auf unseren Jahreskonferenzen, ich war anlässlich der Trauerfeier für Manfred in Berlin. Im Rahmen der Berliner Arpo-Gruppe wurde dann über den AEG-Streik und anderes diskutiert. Im Frühjahr nahmen zwei Genossen von uns am so genannten Arbeitstreffen der Gruppe Arbeiterpolitik in Berlin teil.

Unsere Gruppe hat voriges Jahr zusammen mit der Arpo am Leverkusener Treffen der Linken teilgenommen, dieses Jahr hatten wir nicht die Kraft dazu. Wir begrüßen grundsätzlich den Austausch zwischen kommunistischen Gruppen und möchten, soweit wir dazu in der Lage sind, einen Beitrag zur Annäherung leisten.

Anfang des Jahres hatten Nürnberger und Münchner Genossen eine erste Begegnung mit der DKP-Nordbayern. Sie galt dem näheren Kennenlernen und es gab eine sachliche Diskussion.

An der linken Literaturmesse nehmen wir nach wie vor teil.

Neben unserer Verbindung nach England und Österreich haben wir

ständigen Kontakt zu Genossen in der Schweiz und in Prag.

Was die Entwicklung der Leser- und Anhängerschaft anbelangt, so sind wir denselben Abnutzungsgesetzen wie andere Gruppen und Zeitschriften unterworfen. Die Menschen werden nun mal älter und fallen wegen Tod oder Krankheit aus; die Bedingungen in den Betrieben werden schlechter, die Kolleginnen und Kollegen geraten noch mehr unter Druck. Der Zugang zu Jüngeren ist nahezu verschüttet. So bleiben Leser weg, Abonnenten stellen einfach Zahlungen ein. Auf Grund eines großzügigen Werbeversands können doch hin und wieder neue Kontakte geknüpft werden, auch aus der ehemaligen DDR.

Wir konnten im Berichtsjahr, wie geplant, wieder im Quartal eine *Arbeiterstimme* herausgeben; also acht Nummern mit meist 32 Seiten. Inhaltlich beteiligten sich 22 Autoren. Erfreulicherweise konnten einige neu gewonnen werden. Wir hatten 27 Seiten Nachdrucke, das entspricht ungefähr 3 ½ Seiten je Heft. Das steht in tragbarem Verhältnis.

Dass die Zeitungsherausgabe unter den gegebenen Bedingungen unsere Hauptaufgabe bleibt, gilt weiterhin. Die *Arbeiterstimme* dient der Verbreitung unserer politischen Auffassungen und soll vor allem unter den Linken den marxistischen Einfluss stärken. Nach Innen erhoffen wir uns damit eine Festigung der Vereinheitlichung der Gruppe, wie das auch unsere Diskussionen tun sollen, z.B. auf den Monatstreffen.

Die finanzielle Grundlage für unsere Arbeit war in den letzten zwei Jahren gegeben und wie es aussieht, können wir auch zukünftig darauf bauen. Das verdanken wir in erster Linie

der Opferbereitschaft und dem Wirken unserer Mitglieder und Sympathisanten. Wir werden später noch einmal auf die finanzielle Lage zurückkommen.

Die Tatsache, dass die Hälfte der Abozahler mehr als den Satz von 13 € überweist, manchmal beträchtlich mehr, zeigt ihr Engagement und das politische Einverständnis mit unserer politischen Linie, die eine Absage an Voluntarismus, Phrasendrescherei und Übertreibungen darstellt und das Bemühen in den Mittelpunkt stellt, den Klassenstandpunkt zu entwickeln. Es gibt eine Resonanz auf unsere Arbeit, sowohl schriftlich wie mündlich, doch ist sie immer noch gering. Bei den fehlenden Zukunftsperspektiven für einen revolutionären Umbruch bleibt freilich ein Umschlag von Sympathie zur tatkräftigen Unterstützung eine Ausnahme. Doch die Spaltung der Gesellschaft könnte einst auch in Deutschland zu Verhältnissen führen, bei denen der Kampf um den Sozialismus neu aufgenommen werden kann. Bis dahin gilt es geduldig und ausdauernd weiterzuarbeiten.

Ich möchte mit einem Gedicht von Bert Brecht schließen.

An den Schwankenden
Svendborger Gedichte, 1933-1938

Du sagst:

Es steht schlecht um unsere Sache.
Die Finsternis nimmt zu. Die Kräfte nehmen ab.
Jetzt, nachdem wir so viele Jahre gearbeitet haben
Sind wir in schwierigerer Lage als am Anfang.

Der Feind aber steht stärker da denn jemals.
Seine Kräfte scheinen gewachsen. Er hat ein unbesiegliches
Aussehen angenommen.

Wir aber haben Fehler gemacht, es ist nicht zu leugnen.
Unsere Zahl schwindet hin.
Unsere Parolen sind in Unordnung. Einen Teil unserer Wörter
Hat der Feind verdreht bis zur Unkenntlichkeit.

Was ist falsch von dem, was wir gesagt haben
Einiges oder alles?
Auf wen rechnen wir noch? Sind wir übriggebliebene,
herausgeschleudert
Aus dem lebendigen Fluß? Werden wir zurückbleiben
Keinen mehr verstehend und von keinem verstanden?

Müssen wir Glück haben?

So fragst du. Erwarte
Keine andere Antwort als die deine!

Privatisierung: Es geht weiter!

Unter dem globalen Regime der Gedankenlosigkeit, das McKinsey und Co errichtet haben, ist es zur nicht mehr hinterfragten Selbstverständlichkeit geworden, daß alles besser wird, wenn nicht nur Daimler und Siemens, sondern auch Caritas, Goethe-Institut, Schulen und Universitäten nicht als ‚Behörden‘ sondern als Unternehmen geführt werden.“

Richard Münch in DIE ZEIT v. 27. 9. 2007

Zur Privatisierung haben wir bereits Stellung genommen in Arbeiterstimme Nr. 154 *Ausverkauf des Staates* im Winter 2007. Wir müssen das Thema – wohl kaum zum letzten mal – jetzt wieder aufgreifen, da sich heute manche Privatisierung zumindest in den Konturen schärfer herausarbeiten läßt, weil sich das Tempo beschleunigt und der Druck des Finanzkapitals stärker wurde. Die Ursache dafür hat sich im Grundsatz nicht verändert. Anlage suchendes Finanzkapital drängt auf profitable Verwertung. Akkumulation bezieht Bereiche, „Dritte Personen“ (Luxemburg) mit ein, die bisher nicht **direkt** der Mehrwertproduktion – also dem Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital – unterworfen waren. Dafür muß der Staat interessante Verwertungsgebiete nicht nur räumen sondern diese auch so umformen, daß sie dem Finanzkapital profitabel, also zur Anlage geeignet erscheinen.

Bisherige Privatisierungen zeigen wie das auszusehen hat. Im Prinzip gibt es zwei Möglichkeiten zur Profitsteigerung nach der Übernahme durch Investoren:

- Drastische Senkung der Lohnkosten, wie sie die Telekom gerade exekutiert. Für weniger Geld länger arbeiten auch wenn sich dadurch der Service für die Kunden weiter verschlechtert. Der Beamtenstatus wird, so schnell es das Beamtenrecht zuläßt, abgeschafft. Alimentation auf Lebenszeit wird zur normalen Lohnarbeit. Ökonomisch waren Beamtengehälter auch nichts anderes als Lohn, doch die jetzige Umstellung z.B. bei der Bahn oder der Telekom führen zu Lohnverlust und Arbeits-

zeitverlängerung. Bei allen mir bekannten Privatisierungen wurde außerdem deutlich Personal abgebaut. Die Gegenwehr der Beschäftigten ist im wesentlichen gescheitert. Sie bringt meist, wie bei Telecom Service, lediglich zeitlichen Aufschub und Zusagen zur Beschäftigungssicherung, die nicht viel wert sind.

- Vernachlässigung der Erhaltungsinvestitionen und/oder Verminderungen des Umfangs in bisher öffentlich finanzierten, d. h. aus Steuermitteln bezahlten Transportwegen und Produktionsanlagen. Der Shareholder value orientiert auf hohe „Rendite“, d.h. hohe Profitraten und dies schnell. Dafür stehen als Musterbeispiele die Energiekonzerne. Die Deutsche Bahn AG wird folgen.

Finanzkapital

Auf die möglichen Quellen zerschüssigen Geldkapitals sind wir im letzten Heft der *Arsti* eingegangen. Die reale Produktion kann die Massen an Geldkapital nicht aufnehmen, da dies zu beträchtlichen Erweiterungen der Kapazitäten und mangels kaufkräftiger Massennachfrage zu weiterer Überproduktion führen würde. Die „Hypothekenkrise“ hat gezeigt, welch gewaltige Mengen an Geldkapital in Spekulationen „angelegt“ werden, um eine Rendite zu erbringen.

Dem Kapital bietet sich an, Produktionsgebiete, die bisher nicht direkt zur kapitalistischen Verwertungssphäre gehörten, in die Warenwirtschaft einzugliedern. Dazu gehört auch heute noch Eroberung von Rohstoffproduktion wie etwa im Irak. In erster Linie ist heute aber die Privatisierung von Staatsbetrieben, die zwar im Kapitalismus existierten und von diesem beeinflusst sind, die aber nicht direkt der Mehrwertproduktion unterworfen waren, das geeignete Mittel. Dies umfaßt die Bereiche Transport und Kommunikation, Energieversorgung, aber auch öffentliche Dienste wie Kranken- und Pflegeeinrichtungen, Renten, Wohnungsgesellschaften, Sicherheit, Schulen

und Hochschulen u.a. Viele beeinflussen die Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung erheblich. Meist handelt es sich um Monopole bzw. Gebietsmonopole. Das ermöglicht weitgehende Freiheit der Preisgestaltung und damit die Aussicht auf Surplus-Gewinne; das führt direkt oder indirekt zu Preiserhöhungen der angebotenen Dienste und damit zur Minderung bisher frei verfügbarer Masseneinkommen z.B. durch die Fahrpreise für Pendler.

Die Verwertungsinteressen des Kapitals werden im Überbau durch eine Ideologie legitimiert, die Freiheit durch Eigeninitiative, Bürokratieabbau, Kundenfreundlichkeit usw. verspricht. Vor allem letzteres fand und findet Akzeptanz bei Teilen der Bevölkerung und auch der Arbeiterklasse – nicht ganz ohne Grund: Überflüssige Bürokratie und wenig Verständnis für die Bedürfnisse der „Antragsteller“ zeichneten manche Bereiche des öffentlichen Dienstes negativ aus. Es ist in der Tat nicht einleuchtend, weshalb Briefmarken- oder Fahrkartenverkauf hoheitliche Aufgaben sein müssen und vor allem nicht, weshalb damit Beschäftigte sich auch noch als Hoheitsträger aufführen. Mit der Privatisierung allerdings kommen – um nur **ein** Beispiel zu nennen – frustrierte Postnutzer vom Regen in die Traufe, wenn sie zwar etwas höflicher bedient(?) werden aber viel länger zur Postfiliale oder zum Briefkasten laufen müssen. Ähnliches gibt es nicht nur bei der Post.

Im folgenden will ich vor allem auf die Privatisierung der Bahn AG und bei Hochschulen eingehen. Dies scheinen mir zur Zeit die Schwerpunkte zu sein.

Die Bahn will an die Börse

„Privatisiert die Gewinne, sozialisiert die Verluste!“ (Globales Sprichwort)

Es ist erstaunlich, denn die Deutsche Bahn AG ist (im Ganzen) defizitär und es besteht wenig Aussicht, daß sich trotz Personalabbau und Lohndrückerei in absehbarer Zeit daran viel ändern wird. Allein die Kosten für Verzinsung und Instandhaltung (von Erweiterung will ich gar nicht reden) des Netzes, also der Gleisanlagen, Signalsysteme, Bahnhöfe usw. stehen in keinem pro-

fitabel gestaltbaren Verhältnis zu den Erlösen aus dem Personenfern- und Güterverkehr. Dr. Winfried Wolf gibt den „Wert“ des Verkehrswegs mit 126 Mrd. Euro an (vgl. isw-spezial Nr. 21, S. 4). Das steht im Widerspruch zu Verlautbarungen der Bahn AG, zur Propaganda der Regierung und zur veröffentlichten Meinung. Danach sei die Bahn AG profitabel und eine gute Kapitalanlage. In Teilen (Personen- und Güterfernverkehr) mag das sogar stimmen. Aber eben nur in diesen Teilen. Die Transportleistungen im Personen-Fernverkehr und Güterverkehr müssen mit Straßen- und Luftverkehr sowie der Binnenschifffahrt konkurrieren, was die Durchsetzung von Preiserhöhungen schwer bis unmöglich macht.

In Zeiten des ungebremsten Finanzkapitalismus ist das kein Problem. Man filetiert. Aus einem zusammenhängenden Betriebs- und Verwertungsfluß werden Teile begrifflich und/oder juristisch herausgetrennt. Das Prinzip (in großen Zügen): Einige Teile (z. B. Nahverkehr, Schienennetz) werden zu „Verlustträgern“ ernannt; andere zu profitablen Betriebsteilen. Letztere sollen den Investoren angemessene Gewinne liefern, die Kosten der anderen übernimmt der Staat, d.h. der Steuerzahler.

Wer profitabel und wer Verlustträger wird, ist sachlich kaum zu begründen. Bei solchen konkreten Zusammenhängen z. B. von Schiene und Lokomotive gibt es keine sachlichen Gesichtspunkte wonach Kosten aufgeteilt werden. Die eine ist ohne die andere nutzlos. Den Anfang in höherer Größenordnung machte der Nahverkehr. Er wurde den Ländern übertragen aber mit z.Zt. rd. 2,5 Mrd. €/Jahr vom Bund subventioniert. Die Länder kaufen der Bahn AG Leistungen im Nahverkehr ab. Sie unterstützen damit Berufspendler oder Shopping-Fahrer in die größeren Städte – oder auch nicht, wenn sie nicht bereit sind, die Subvention vom Bund im nötigen Maße aufzustocken. Das ist natürlich von Land zu Land unterschiedlich je nach Bereitschaft und finanziellen Möglichkeiten der Länder, unrentable Verbindungen in der Fläche ausreichend zu finanzieren.

In Bayern zum Beispiel wird nicht zu Unrecht befürchtet, daß die

Magnetschwebbahnverbindung vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen Erding einen guten Teil der Bundes- und Landesetats für den Nahverkehr auffressen wird. Die Folgen dieser, nur für die einschlägige Industrie sinnvollen Investition hätten Pendler auch in weit entfernten Nahverkehrsregionen zu tragen.

Die Bahn AG macht ein gutes Geschäft, da sie angemessene Preise bei den Ländern durchsetzen kann. Wenn sich Länder nicht darauf einlas-



sen, kann sie die Leistungen reduzieren und die Schuld den jeweiligen Landesregierungen zuweisen. „Unrentable“ Strecken werden nicht mehr nachgefragt und deshalb aufgegeben – oder noch mehr subventioniert.

Noch deutlichere Folgen hat die Trennung von Fahrverkehr und Netz (Schienen, Signalanlagen und Bahnhöfen). Der Fahrverkehr wird mit Intercity-Zügen neuester Technik, neuerdings auch mit Strecken nach Frankreich attraktiv gemacht. Allerdings zu erhöhten Preisen. Dieser Teil wird (nach jetzigen Verlautbarungen zu 49%) privatisiert. Der Erlös aus den Aktienverkäufen für dieses Spektrum (Schätzungen liegen bei 5 bis 7 Milliarden Euro) soll zum Ausbau der Bahn AG zum international tätigen Logistikkonzern verwandt werden.

Das ebenfalls modernisierte bzw. neu gebaute Gleisnetz einschließlich Tunnelbauten soll in einer rechtlich anfechtbaren juristischen Kon-

struktion zwar zur Bahn AG gehören aber als eine Art Sondervermögen. Die Bahn AG fungiert als Holding. Die EVU (Eisenbahn Verkehrsunternehmen) sollen zu (vorerst) 49% privatisiert werden. Die EIU (Eisenbahn Infrastruktur Unternehmen) bleiben bei der Holding – und damit zu 100% staatlich. Die genaue Form dieses Konstrukts steht noch nicht fest. Die bisher bekannt gewordenen Pläne sind verfassungsrechtlich wie wirtschaftsrechtlich zweifelhaft.

Die von der SPD auf ihrem Parteitag beschlossene Version, nach der 25% der Bahn als stimmrechtslose „Volksaktien“ privatisiert werden sollten, ist damit eines schnellen Todes gestorben. Derartige Aktien ohne Stimmrecht sind für große Investoren, die die Geschäftspolitik beeinflussen wollen, uninteressant. Ob man mit „Volksaktien“ viel Geld bei Kleinanlegern hätte lockermachen können, scheint mir äußerst fraglich. Die Erinnerung an die Massen-Abzocke bei den T-Aktien ist wohl noch zu frisch.

Sinn macht die jetzige Konstruktion (siehe Grafik nächste Seite) für Investoren, die aus den profitablen Teilen der Bahn – Fernverkehr von Personen und Gütern – Dividenden und Kursgewinne herausholen, die Kosten des Netzes aber soweit wie möglich dem Staat überlassen wollen. Einflußnahme der Autolobby, die ihren potentiellen Konkurrenten, die private Bahn, nicht hoch kommen lassen will, ist zumindest wahrscheinlich.

Die Kosten des Netzes werden in Form von internen Verrechnungspreisen zwar in die Kalkulation der Fahrpreise für Personen und Güter eingerechnet. Die Höhe dieser Preise kann in dieser Konstruktion aber ziemlich frei festgelegt werden. Kosten und Erlöse werden zwischen EVU und EIU verteilt. Man muß kein Hellseher sein um vorherzusagen, daß große Investoren die Verteilung zu Gunsten ihrer Dividenden bzw. Kursgewinne beeinflussen werden.

Dann kann die börsengängige Bahn AG Instandhaltungsmaßnahmen weitgehend unterlassen oder zumindest verringern – der Staat bezahlt die Generalsanierung nach dem Rückkauf der Anlagen wie in Großbritannien.

Der Charme solcher „Lösungen“, wie immer sie im Einzelnen gestaltet werden, wird sein, daß die dividendenwirksame Vernachlässigung von Investitionen in das Netz erst nach Übernahme durch den Staat oder bei einer Häufung von Unfällen auffällt. Erhaltungsinvestitionen können zumindest zu großen Teilen über Jahre unterlassen werden, ohne daß die Unfallgefahr sofort erheblich steigen würde. Die negative öffentliche Aufmerksamkeit – wie bei British Rail in Großbritannien – wo die Verlotterung des Schienen- und Signalnetzes durch die Privatbesitzer zu einer Serie von Unfällen mit Toten und vielen Verletzten führte, könnte damit eine Zeit lang vermieden werden.

Ein weiterer Charme dieser Umstrukturierung besteht darin, daß Änderungen innerhalb der Bahn AG nicht durch Bundestag oder Bundesrat beschlossen werden müssen, sondern durch die Hauptversammlung der Bahn AG. Da der Bund z.Zt. noch 100% des Kapitals besitzt, kann Finanzminister Steinbrück im Auftrag des Kabinetts eine Hauptversammlung mit sich selbst abhalten und wird dabei sicher die notwendige Mehrheit bekommen. Die SPD-Abgeordneten, soweit sie auch Delegierte auf dem Parteitag waren, sind der Peinlichkeit enthoben, erst für „Volksaktien“ und dann für ein Modell ohne so was stimmen zu müssen.

Unabhängig von diesem oder auch noch folgenden Modellen: Ökonomisch gesehen ist das eine zeitweilige Desinvestition (Vernachlässigung der einfachen Reproduktion), da verbrauchtes konstantes Kapital nicht ersetzt, sondern als „Gewinn“ ausgewiesen wird. Außerdem liefen und laufen Lohnrückerei und Personalabbau zügig weiter. Ob es den Lokführern gelingt, diese Entwicklung in ihrem Bereich aufzuhalten, bleibt abzuwarten. In etwas verschleierte Form wird die Bahn-Privatisierung auf die altbekannte, eingangszitierte, Formel hinauslaufen.

Hochschulen

„Es ist ein Umsturz, aber keiner schaut hin: Universitäten werden in Unternehmen verwandelt und auf Marktfähigkeit getrimmt. Der Preis dafür ist hoch – wir zerstören die Vielfalt des Wissens“
Richard Münch in DIE ZEIT v. 27. 9. 2007

Auch hier müssen wir bereits dargestellte Entwicklungen (vgl. **Arsti** 153, Herbst 2006, *Bildung als Ware*) weiterführen. Die Änderungen des Hochschulrechts bedeuten stärkeren Ein-



verwertung unwichtig sind oder kurzfristig so erscheinen, sitzen zu bleiben.

Das jetzt abgeschlossene Ranking der deutschen Universitäten um den Titel „Elite-Universität“ berücksichtigt ausschließlich die Leistungen auf dem Gebiet Forschung. Lehre spielt beim Ranking eine untergeordnete Rolle. Der Titel verschafft nicht nur Prestige sondern auch Geld: 21 Mill. Euro/Jahr für einen Zeitraum von 5 Jahren. Dann wird neu bewertet. Es ist leicht vorstellbar, wie sich die Konkurrenz unter den Universitäten auf die Gewichtung zwischen Forschung und Lehre auswirken wird.

Auch hier werden staatliche Investitionen durch Vernachlässigung von Instandhaltung vernichtet; obwohl hohe Studentenzahlen in einigen Fachrichtungen eigentlich einen Ausbau notwendig machen würden. Doch hier zeigt sich mangelndes vorausschauendes Denken im Kapitalismus und besonders in seiner Erscheinungsform als shareholder value. Auch das Kapital müßte an guter Ausbildung interessiert sein. Aber dieses Interesse wirkt sich allenfalls kurzfristig und ohne ausreichende Konsequenzen in der Praxis aus.

Gegenwärtig jammern die Eigentümer der Maschinenbauindustrie über den Mangel an Fachkräften. Soweit es sich um fehlende Facharbeiter/innen handelt, haben sie sich diesen selbst zuzuschreiben. Jahrelang ging die Zahl der Ausbildungsplätze in den Unternehmen zurück.

Bei Ingenieuren ist der Zusammenhang nicht so deutlich zu sehen, aber trotzdem vorhanden. Wer keine Ingenieure einstellt bzw. akademische Fachkräfte abbaut, also die Berufsaussichten für Studienanfänger für die Zeit nach ihrem Examen verschlechtert, braucht sich über mangelnden Nachwuchs nicht zu beschweren.

Natürlich dauert die Ausbildung mehrere Jahre – je qualifizierter um so länger – und für so lange Zeiträume sind Konjunkturschwän-

DB AG Heute und das mögliche Privatisierungsmodell
Gewinn 2006 nach Segmenten in Mio. Euro

Personenverkehr		EVU (Eisenbahnverkehrsunternehmen)
Regionalverkehr	690	private Investoren 49%
Stadtverkehr	154	
Fernverkehr	124	
gesamt	968	
Transport und Logistik		Holding 51% (100% in Bundesbesitz)
Schenker	367	Holding 100% (100% in Bundesbesitz)
Railion	226	
Stinnes	16	
gesamt	609	
Infrastruktur und Dienstleistungen		
Personenbahnhöfe	136	EVU (Eisenbahninfrastrukturunternehmen)
Netz	100	
Dienstleistungen	31	
gesamt	267	
Sonstige Aktivitäten		
Energie	166	EVU (Eisenbahninfrastrukturunternehmen)
Sonstiges/Konsolidierungen	467	
gesamt	633	

fluß der Wirtschaft in den Hochschulräten. Das Kapital vergibt „Drittmittel“ an Institute oder Lehrstühle – natürlich nur, wenn die dort betriebenen Forschungen für die jeweiligen Unternehmen interessant sind. Der Staat scheint nach bisherigem Stand auf den Kosten für die Lehre und für Forschung, die für Kapital-

verwertung unwichtig sind oder kurzfristig so erscheinen, sitzen zu bleiben.

Natürlich dauert die Ausbildung mehrere Jahre – je qualifizierter um so länger – und für so lange Zeiträume sind Konjunkturschwän-

kungen nicht vorhersehbar. Das kurzfristige Profitstreben steht einer unvermeidlich langfristigen Bildungsplanung im Wege. Der chaotische Charakter des Kapitalismus setzt sich durch. Dafür strebt das Kapital den ungehinderten Zugang für qualifizierte Lohnarbeit aus dem Ausland an. Damit übernehmen die jeweiligen Herkunftsländer die Ausbildungskosten; das Kapital in Deutschland steigert die Mehrwertproduktion.

Die gesellschaftlichen Folgen sind beträchtlich. Was vom bürgerlichen Bildungsideal, das die umfassend und allgemein gebildete Persönlichkeit (einschließlich Akademikerdünkel) vorsah, noch übrig ist, geht endgültig zum Teufel. Dieses liberale Bild galt zwar fast ausschließlich für

Angehörige der Bourgeoisie; doch Studiengebühren, Kinderarmut, schlechte Schulen und Vorschuleinrichtungen sorgen dafür, daß sich zumindest weitgehend an dieser klassenmäßigen Auswahl nichts ändert.

Gesellschaftlich geht diese Entwicklung mit weiterer Vernachlässigung der Geisteswissenschaften einher. An diesen ist das Kapital nur sehr teilweise interessiert. Auch hier gibt es keine vorausschauende Bildungsplanung. Sinologie z. B. galt lange als „Orchideenfach“. Heute sind Sinologen als Berater begehrt. Das gilt sicher nicht für alle Fächer. Die Breite und Vielfalt des Wissens wird durch die teilweise Privatisierung aber mit Sicherheit Schaden nehmen. Das ist nicht allein ein Problem für die Bourgeoisie, sondern auch für die Kinder

aus der Arbeiterklasse, denen so Aufstiegsmöglichkeiten verbaut werden.

Die Auswirkungen einer Ideologie, die im freien Spiel der Kapitalinteressen Freiheit und Demokratie verwirklicht sieht, beeinflusst nicht allein die Ökonomie sondern auch Kultur und allgemein gesellschaftliche Entwicklung. Das mag durch die veröffentlichte Meinung und vor allem von der Politik der Regierungsparteien geleugnet und teilweise wohl auch überdeckt werden. Doch die Fassade wird löchrig.

Es gehört m.E. zu den Aufgaben der Kommunisten, die zum Teil etwas komplizierten Zusammenhänge aufzudecken und dies zu verbreiten soweit unsere geringen Kräfte dazu reichen.

Stand: 28. 11. 2007

Ständiger Abbau von Grundrechten

Das einzige, vor dem die herrschende Klasse in der Geschichte immer Angst hatte und noch heute hat, ist es, diese Herrschaft zu verlieren. Sobald fortschrittliche Kräfte in der Gesellschaft sich erheben, sobald die Unterdrückten sich nicht mehr unterdrücken lassen, sobald sich der kleinste emanzipatorische Widerstand erhebt, setzen sie jedes Mittel und jede Waffe ein um ihre Ordnung aufrechtzuerhalten. So war es bei der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburg, so war es 1918 bei der blutigen Niederschlagung der Räterepublik oder 1933 bei der Machtübertragung an die NSDAP. Doch auch heute noch fürchtet sich die herrschende Klasse davor, dass die Auswirkungen ihrer Politik doch einmal auf sie zurückfällt (ob diese Angst begründet ist, bleibt offen) und so versucht sie schon so früh wie möglich sämtlichen Protest und sei es auch nur ein kleines Widerwort im Keim zu ersticken. Ein Mittel, das sich hierzu in der Geschichte bewährt hat, ist der Aufbau eines totalen Überwachungs- und Kontrollapparates und der Militäreinsatz gegen unliebsame Gegner. Die Regierung hat erkannt, dass sie ihre Politik des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten

nach oben langfristig nur aufrechterhalten kann, wenn sie gleichzeitig demokratische Rechte auf Protest abbaut und sich auf eventuellen Widerstand vorbereitet. Seit einigen Jahren erlässt sie Gesetze oder Maßnahmen die gegen das Grundgesetz verstoßen und die Grundlagen der demokratischen Republik außer Kraft setzen.

Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltenapparate

Eine wichtige Maßnahme zur Schaffung des totalen Überwachungsstaats ist die Zentralisierung und Zusammenlegung von Geheimdiensten und Polizei. Aufgrund der Erfahrungen des deutschen Faschismus wurde von den Alliierten auf die strikte Trennung zwischen Geheimdienst und Polizei gepocht um eine erneute undemokratische staatliche Machtkonzentration zu verhindern: „Keine Bundespolizei darf Befehlsgewalt über Landes oder Ortspolizeibehörden besitzen. Der Verfassungsschutz soll keine Polizeibefugnisse haben“

Polizeibrief der alliierten Militärgouverneure, 1949.

Auch im Bundesverfassungsschutzgesetz ist die Trennung der Dienste von der Polizei klar festgelegt:

„Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu; es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist“

„Dies gilt analog auch für den BND und MAD“

„Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern unterhält der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesministerium des Inneren. Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.“

Bundesverfassungsschutzgesetz, §2

Das Bundesverfassungsgericht hat sich ebenfalls klar zur Trennung zwischen Geheimdiensten und Polizei geäußert:

„Das Rechtsstaatsprinzip, das Bundesstaatsprinzip und der Schutz der Grundrechte können es verbieten, bestimmte Behörden miteinander zu verschmelzen oder sie mit Aufgaben zu beauftragen, die mit ihrer verfassungsrechtlichen Aufgabenstellung nicht vereinbar sind. So werden die Zentralstellen für Zwecke des Verfassungsschutzes oder des Nachrichtendienstes – angesichts dessen andersartiger Befugnisse – nicht mit einer Vollzugspolizeibehörde zusammengelegt werden dürfen.“

GTAZ - Gemeinsames Terrorabwehrzentrum

Diese Zentralstelle wurde 2005 in Betrieb genommen. In ihr sind folgende Behörden – trotz Trennungsgebotes – vereint:

- Bundeskriminalamt
- Bundesamt für Verfassungsschutz
- Bundesnachrichtendienst
- die Kriminal- und Verfassungsschutzämter der Länder
- die Bundespolizei
- Zollkriminalamt
- der Militärische Abschirmdienst
- das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Entgegen dem gesetzlichen Trennungsgebot tauschen sich dort rund 190 Personen über die aktuellen politischen und nachrichtendienstlichen Erkenntnisse aus und beschließen operative Maßnahmen von Fahndungen bis Gesetzesgrundlagen für die Regierung.

BfV-Präsident Heinz Fromm macht deutlich, wie eng die Zusammenarbeit ist: „*Noch nie hat es in Deutschland einen so engen Informationsaustausch zwischen derart vielen Behörden gegeben. Hier ist bürokratiefreies Arbeiten möglich*“

Er hat Recht. Nicht einmal im faschistischen Reichssicherheitshauptamt arbeiteten so viele Behörden Hand in Hand. Im Reichssicherheitshauptamt wurden der millionenfache Massenmord und die Verfolgung politischer Gegner nicht nur geplant sondern auch durchgeführt. Das GTAZ tut dies nicht, doch auch hier wird nicht nur ermittelt sondern auch geplant und operativ durchgeführt. Und genau wegen der Erfahrungen mit dem Reichssicherheitshauptamt wurde der BRD eine Zentralisierung und Zusammenlegung ihrer Behörden von den Alliierten streng untersagt.

Nationales Lage- und Führungszentrum für Sicherheit im Luftraum

Dieses Zentrum gewährleistet die Beobachtung sämtlicher Luftbewegungen im deutschen Luftraum. Obwohl es auch den zivilen Luftraum überwacht, besteht der 64-köpfige Mitarbeiterstab nur aus einem Vertreter der zivilen Luftfahrt und 56 Bundeswehrsoldaten. Auch die Überwa-

chung des Luftraums der Nachbarländer liegt in den Händen dieses Zentrums. Dies ist durch die quasimilitärische Ausrichtung des Zentrums von strategischer Bedeutung für kommende Kriege.

Die Arbeit eines solchen Führungszentrums ist ebenso wie die des GTAZ nicht kontrollierbar, da sie geheim geschieht. Polizeibehörden müssen sämtliche Vorgänge schriftlich festhalten, und man kann juristisch gegen ihre Handlungen vorgehen. Die Arbeit von Geheimdiensten und Führungszentren dagegen läuft im dunklen ab und entzieht sich der juristischen und parlamentarischen Kontrolle.

Gemeinsames Analyse und Strategiezentrum illegale Migration

Es ist eine gemeinsame Einrichtung von BKA, BND, Zoll, Bundespolizei, Auswärtiges Amt, Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Diese Behörde koordiniert alle Maßnahmen gegen ausländische Mitbürger, wobei man in diesem Zusammenhang nicht mehr von Bürgern sprechen kann, da ihnen aufgrund ihrer Herkunft sämtliche Bürgerrechte abgesprochen werden. Schon bei dem Ziel der Behörde „*die Verhinderung der illegalen Migration und der damit verbundenen Kriminalität*“ wird die rassistische Benachteiligung ausländischer Mitbürger klar. Im Weltbild der Regierung führt illegale Migration automatisch zu Kriminalität.

Umfassende Dateien

Damit dieser neue geschaffene zentrale Gewaltapparat arbeiten kann; braucht er entsprechende Dateien. In den letzten Jahren wurden einige Maßnahmen und Gesetze verabschiedet; um eine Kontrolle und Speicherung jedes Bürgers von der Kindheit bis zum Tod zu gewährleisten.

Schülerdatei

Die Kultusministerkonferenz hat beschlossen, alle 12 Millionen Schüler in einer Zentraldatei zu erfassen, die vom Lehrer zu erstellen ist. Diese Schülerdatei beinhaltet Anga-

ben über: Besuchte Schulen, besuchten Unterricht, Geschlecht, Geburtsmonat- und -jahr, Ersteinschulung, Staatsangehörigkeit, nichtdeutsche Verkehrssprache, Art der Wiederholungen, Schwerpunkte der Unterrichtsarbeit.

Im Anschluss erfolgen nachschulische Angaben über: Ausbildungsberuf oder Studium, Fachrichtung und „Stellung in Beruf“ und Wohnort.

Diese Datenerhebung erfüllt zum einen den Zweck, schon Erstein-geschulte daran zu erinnern, dass der Staat alles sieht und Widerstand zwecklos ist, dient aber auch dazu, der Wirtschaft sämtliche Daten über ihre zukünftigen Beschäftigten zu liefern. Man kann sich vorstellen, dass man als kritisch denkender oder in irgendeiner Form aufmüpfiger Schüler bei den Unternehmen, die auf diese Dateien Zugriff haben, keine Chance auf Beschäftigung hat.

Jobcard

Ähnlich wie die Schülerdatei enthält die Jobcard die Dateien über die Schul- und Ausbildungszeit. Auf ihr sind außerdem Beschäftigungszeiten, monatliche Gehälter, aber auch Grund einer Kündigung usw. gespeichert. Die Jobcard wurde im Zuge der Hartz-Gesetze für 40 Millionen Menschen eingeführt.

Anti-Terror-Datei

Die neue Anti-Terror-Datei wurde am 30.03.2007 in Betrieb genommen und dient hauptsächlich dem GTAZ als Arbeitsgrundlage. Offiziell wird die Datei vom BKA geführt, allerdings sind fast 40 Sicherheitsbehörden eingabe- und zugriffsberechtigt. Durch den Informationsaustausch von BKA, Bundesamt für Verfassungsschutz, den jeweils 16 Landesämtern für Verfassungsschutz und Landeskriminalämter, dem BND, dem MAD, dem Zollkriminalamt und der Bundespolizeidirektion wird das Trennungsgebot auf elektronischem Wege ausgehebelt. Die Anti-Terror-Datei beinhaltet Name, Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Adressen, körperliche Merkmale und Fotos.

Zu den gespeicherten Personen gehören folgende „Fallgruppen“:

- Mitglieder oder Unterstützer einer terroristischen Vereinigung
- Mitglieder oder Unterstützer, einer Gruppierung, die eine terroristische Vereinigung unterstützt
- Ausübende, Unterstützer, Vorbereiter oder Befürworter terroristischer Gewalt.

Zu den Gespeicherten gehören ebenso „Kontaktpersonen“, also jeder der mit einer Person aus den Fallgruppen in Verbindung steht. Es kann also jedem passieren, in diese Datei zu kommen, doch wie man wieder daraus gelöscht wird, weiß keiner.

Zu den erweiterten Daten, die gespeichert werden, gehören u. a. Telefonnummer, Bankverbindung, zugelassene Fahrzeuge, Familienstand, Volks- und Religionszugehörigkeit, „besondere Fähigkeiten“, Gefährlichkeit, Treffpunkte, sowie besondere Bemerkungen oder Hinweise.

Um an diese Informationen zu kommen, wird die akustische Wohnraumüberwachung, die Überwachung von privaten Computern, die Überwachung von E-Mails, die Überwachung von Telefongesprächen, die Handy-Ortung usw. eingesetzt.

Die Aufzählung der verschiedenen Maßnahmen zur Sammlung neuer Daten ließe sich noch seitenweise fortsetzen, z.B. die geplante Volkszählung, die Zentralisierung der Meldeämter, die Nutzung von Mautdaten, die Online-Durchsuchung aller Computer, die langfristige Speicherung sämtlicher Telefon-, Internet- und Handyverbindungen usw.

Das Ziel all dieser Maßnahmen und Gesetze ist es, jeden Menschen auf Schritt und Tritt überwachen zu können. Jeder gilt als verdächtig. Die Unschuldsvermutung, die Grundlage jeder bürgerlichen Demokratie, wird mit diesen Maßnahmen einfach über Bord geworfen. Im Wesentlichen dienen diese Daten und neu geschaffenen Behörden dazu, jeden Widerstand gegen die herrschende Ordnung und jede Unmutsäußerung im Keim zu ersticken.

Bundeswehreininsatz im Inneren

Die Mächtigen wissen jedoch, dass die Bevölkerung sich mit reinen Überwachungsmitteln nicht immer

ruhig stellen lässt. Nur wenn man auch die Möglichkeit hat, aus dieser Überwachung heraus gegen eventuelle Aufstände und Unruhen vorzugehen, können die Herrschenden ruhig schlafen.

Die Geschichte belegt uns, dass der Einsatz der Armee im Inneren immer gegen die Arbeiterklasse gerichtet war. Die Armee ist auch heute noch ein Instrument der herrschenden Klasse, dessen Aufgabe es ist, die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten.

In den letzten Jahren wurde die Bundeswehr schon oft im Inneren eingesetzt. Zumeist wurde dies mit der Hilfe bei Naturkatastrophen begründet, z.B. bei der Oderflut oder dem Schneechaos in Bayern. Diese Einsätze dienten vornehmlich dazu, die Bevölkerung an die Normalität der Bundeswehr im Inneren zu gewöhnen. Die Bundeswehr wird inzwischen auch zur Unterstützung für die normale Polizeikräfte eingesetzt, z.B. bei der Fußball WM 2006. Der bisher massivste Militäreinsatz fand während des G8 Gipfels in Heiligendamm statt. Obwohl laut Grundgesetz ganz klar illegal, wurden dort Bundeswehreinheiten aus allen Waffengattungen eingesetzt; von den illegalen Tornadoaufklärungsflügen über Protestcamps bis zum Einsatz der Marine an der Küste. Das Heer übernahm Aufgaben, die eigentlich nur die Polizei ausüben darf, wie das Begleiten von Demonstrationen usw. Dies alles ist ein klarer Verstoß gegen das Grundgesetz.

Zu den Aufgaben der Bundeswehr im Inneren soll in Zukunft unter anderem der „Schutz kritischer Infrastruktur“ vor „asymmetrischer Bedrohung“ gehören.

Zur kritischen Infrastruktur gehören neben rüstungswichtigen Betrieben auch die Post, die Telekom, die Bahn, Automobilhersteller, Straßen, Kraftwerke usw. In einem hoch entwickelten Industrieland wie der BRD kann man sagen, dass so gut wie alles zur kritischen Infrastruktur gehört. Als asymmetrische Bedrohung wird ein Konflikt beschrieben, bei der sich Staaten oder Gesellschaften seitens staatlicher oder nichtstaatlicher Akteure, z.B. Computerhacker, Befreiungskämpfer oder Terroristen, einer Gefährdung durch zumeist nichtkonventionelle Mittel ausgesetzt sehen.

Dies kann man aber auch auf soziale Unruhen anwenden bei denen z.B. Straßen besetzt werden. Oder was ist z.B. wenn ein Streik in der Energiewirtschaft oder der Telekom verboten wird (siehe Einschränkung des Streikrechts bei der Bahn), sich die Arbeiter ihr Recht auf Streik aber nicht nehmen lassen? Werden streikende Arbeiter sich schon bald gutbewaffneten Feldjägern gegenüberstehen?

Fazit

Der Umbau des Staates in der BRD hat in den letzten Jahren eine neue Qualität erreicht. Es werden nicht nur Gesetze beschlossen, die gegen das Grundgesetz verstoßen. Es werden auch einfach Maßnahmen unter Ausschluss der Öffentlichkeit erlassen, die ganz klar nicht mehr auf den Boden einer republikanischen Ordnung stehen. Auch wenn das Grundgesetz nur ein bürgerliches ist, so gibt es uns als demokratischen Sozialisten doch die Möglichkeit der Kritik und des Leben und Überlebens in der bestehenden Ordnung. Aus diesem Grund müssen wir die im Grundgesetz enthaltenen demokratischen Rechte verteidigen.

Der Staatsumbau richtet sich hauptsächlich nicht gegen irgendwelche Terroristen, sondern zu allererst gegen alle aufgeklärten und emanzipatorischen Kräfte in der BRD. Gegen all jene, die nach einem besseren Leben und System streben. Die Regierenden wissen, dass ihr Sozialabbau und die damit verbundene immer weitere Verarmung großer Teile der Bevölkerung irgendwann zu Unmut und zur Äußerung des selbigen führen. Allein dies ist der Grund für den Aufbau dieses Sicherheits- und Überwachungsapparates. Die Herrschenden haben die Möglichkeit, mit Hilfe der erfolgten Gesetzesänderung und der für die nächsten Jahre geplanten Maßnahmen, jederzeit den Hebel umzulegen, um von einer parlamentarischen Demokratie mit grundlegenden bürgerlichen Rechten auf eine autoritäre Diktatur, die mit Notstandsgesetzen und -maßnahmen regiert, umzuschalten. Zurzeit haben die Herrschenden aufgrund der Schwäche der Arbeiterbewegung keinen Grund und kein Interesse daran. Doch sie wie wir wissen, dass sich das jederzeit ändern kann.

Sf.

Die Zeit nach Blair

Gordon Brown verkündete, seine Regierung werde eine Regierung „aller Talente“. Manche weniger lautstarke Blair-Anhänger wurden in seiner Regierung wieder eingesetzt sowie auch einige neue Gesichter aus seinen eigenen Reihen. Was aber viele Labour-Abgeordnete, Parteimitglieder und insbesondere die Gewerkschaftsführer verärgerte war, dass er Sir Digby Jones, den ehemaligen Vorsitzenden des Verbands der britischen Industrie, der größten Arbeitgeberorganisation, und einen Mann, der für seine Feindseligkeit gegenüber den Rechten der Gewerkschaften und einem von Blair eingeführten Mindestlohn bekannt war, mit hineinbrachte. Auch an führende Liberaldemokraten ging man heran, aber die Partei verhinderte, dass einer von ihnen als Minister in die Regierung käme, wohingegen einige von ihnen, zusammen mit einigen Tories, Ratgeberposten bekamen.

Vor dem Wahlsieg der New Labour im Jahre 1997 hatte Blair geheime Gespräche über eine Koalition mit dem damaligen Vorsitzenden der Liberaldemokraten und dem ehemaligen Mitglied der britischen Geheimdiensts, Paddy Ashdown, geführt. Blair dachte in der Tat, die Abspaltung der Labour Partei von den Liberalen vor einem Jahrhundert sei ein Fehler gewesen. 1997 fiel der Sieg so großartig aus, dass Blair seinen Plan nicht weiter verfolgen wollte. Aber er holte sich die Bill-Clinton-Taktik nach Großbritannien, die darin bestand der rivalisierenden Partei die Politik zu stehlen, um sie gegenstandslos zu machen. Brown scheint fest entschlossen zu sein, die anderen Parteien zu untergraben, indem er die Taktik entwickelt den anderen Parteien ebenfalls die besten Ideen zu stehlen.

Brown musste sich im Sommer mit einer Reihe von größeren Problemen beschäftigen. Schwere Regenfälle führten zur Überflutung ganzer Grafschaften, die Maul- und Klauenseuche brach bei den Rinder wieder aus (sie brach aus einem Labor aus) dann verkündete die Northern Rock Bank, sie könne keine Geld mehr auf-

bringen um ihren Verpflichtungen nachzukommen und sie sei im Begriff Pleite zu gehen. Die Bank of England musste einschreiten, um die Ersparnisse, zuallererst der Kleinanleger, dann aller Anleger sicher zu stellen, da sie sich entlang den Hauptstraßen in langen Schlangen anstapelten, um ihre Ersparnisse abzuheben - Szenen, die man 140 Jahre lang nicht mehr gesehen hatte. Die Northern Rock war die fünftgrößte Bank für Hausfinanzierungen. Ihr Problem wurde durch den Zusammenbruch im Immobilienmarkt der USA verursacht. Mit dem massiven Anstieg der Kredite in den letzteren Jahren, wurden günstige Darlehen zur Verfügung gestellt, oft Darlehensnehmern, die Probleme mit der Rückzahlung hatten. Die britischen und US-amerikanischen Banken haben ihre „Schuldenpakete“ an andere Banken verkauft, um das Risiko zu streuen. Northern Rock ist mehr oder weniger verstaatlicht worden und bekommt massive Zuschüsse, damit sie in Gang gehalten werden kann.

Zwei Streiks fanden vor der Jahreskonferenz des Gewerkschaftskongresses im September statt: Wartungsarbeiter bei der Londoner U-Bahn streikten für ihre Arbeitsplätze und Renten, als die Metronet, eine Gesellschaft halb in öffentlicher, halb in privater Hand, welche den Fahrbetrieb unbedingt aufrecht erhalten wollte, bankrott ging (Balfour Batty war einer der Teile von Metronet, die Firma, deren Nachlässigkeit zu schweren Unfällen und Todesfällen im Bahnnetz geführt hatte, ein weiterer Teil war Thames Water, der immer noch 1/3 seines Wassers durch Leckage verliert). Die Streikenden bekamen Garantien, der andere Streik betraf Gefängniswärter in sämtlichen öffentlichen Gefängnissen, deren Löhne unterhalb der Inflationsrate schrittweise erhöht werden sollte. Auch sie haben offensichtlich Zugeständnisse erhalten.

Trotz seiner Ankündigung einer 2%igen Lohngrenze für die öffentlichen Sektor und obwohl er Margaret Thatcher in die Downing Street 10 eingeladen hatte, indem er gleich

Blair behauptete, dass er sie bewunderte, wandelte Brown an diesem Punkt auf dem Meer, da die Leute so glücklich waren, Blair von hinten zu sehen. Man nahm an, dass die nächsten Parlamentswahlen innerhalb der nächsten Monate stattfinden würden. Brown gab einige unbeliebte politische Praktiken auf, die mit Blair in Verbindung gebracht wurden, und distanzierte sich selbst von ihm. Der Abzug der britischen Truppen aus dem Irak wurde beschleunigt. Browns Team distanzierte sich von George W. Bush und deutete an, dass die Außenpolitik unabhängiger wäre. Im Übrigen berichtete die *Tribune*, das Wochenmagazins des linken Flügels der Labour Party in ihrer Ausgabe vom 10.8.07, dass Blair vorübergehend auf der Lohnliste des Innenministeriums der Vereinigten Staaten stand, bis die anderen Mitglieder des Quartetts (UN, EU & Russland) überredet werden konnten ihn zu finanzieren, um Friedensverhandlungen mit dem Nahen Osten zu führen – allerdings darf er nicht mit der Hamas sprechen!

Andere Gewerkschaften waren in die lang andauernden Streitigkeiten mit gelegentlichen eintägigen Streiks einige Monate lang involviert gewesen: Der PCS (Public & Commercial Services), welche Arbeiter mit niedrigen Löhnen im öffentlichen Dienst im ganzen Land organisiert, ging es um Bezahlung, Privatisierung, Arbeitsplatzverluste und staatliche Vereinbarungen anstelle von lokalen Abkommen. Der CWU (Communications Workers Union) in den Postdiensten ging es um Bezahlung, Arbeitsplatzgarantien, Arbeitsbedingungen; sie tritt ein für Renten und vertritt die Zustellungsdienste. Ein allgemeiner Angriff ist auf die Arbeiter im öffentlichen Dienst auf der ganzen Linie im Gange.

Tony Woodly mit Derek Simpson, dem stellvertretenden Vorsitzenden von UNITE, der neuen Gewerkschaft mit 2 1/2 Millionen Mitgliedern, beschuldigte die Labour-Führung sie anzulügen, indem sie ihr Zusicherung der vollen Schutzrechte für Aushilfskräfte und Leiharbeiter in Großbritannien nicht gehalten hat. Die Verweigerung einer festen Anstellung trieb nicht nur die Löhne nach unten, sondern schaffte Feindseligkeit gegenüber Einwanderern, was wiederum den

rassistischen Parteien Aufwind gab. Beim Politikforum der Labour Partei in Warwick im Jahre 2004, im Probeauf für die Parlamentswahlen 2004, wo die Unterstützung der Gewerkschaft und deren Geld gebraucht wurde, wurden in etwas 50 Versprechungen gegeben. Dazu gehörten Beschäftigungs- und Rentenschutz, eine Kontrolle auf gleiche Bezahlung, ein Gesetz, mit welchem die Arbeitgeber für Todesfälle bei der Arbeit auf Grund von Fahrlässigkeit zur Verantwortung gezogen und einzelne Direktoren strafrechtlich verfolgt und ihres Postens enthoben werden. Gesetze werden derzeit zu verschiedenen Punkten in Kraft gesetzt, allerdings nicht so strikt wie die Gewerkschaften das gerne hätten. Woodley sagte, es stelle sich heraus, dass sich gerade Großbritannien der Gewährung von Schutzrechten für Aushilfs- und Leiharbeiter in ganz Europa entgegenstelle.

Die Jahreskonferenz der TUC fand in dieser Atmosphäre statt und Gordon Browns Rede, die für die Delegierten mehr nach einer Vorlesung klang, wurde mit mäßigem Applaus aufgenommen – 23 Sekunden Applaus. Der Beschluss gegen eine 2%ige Lohngrenze zu streiken wurde einstimmig angenommen. Die Unterstützung für ein Referendum über den neuen EU-Vertrag war überwältigend, obwohl ein Aufruf zur Ablehnung zurückgewiesen wurde. Die Regierung hatte darauf bestanden Gewerkschaftsrechte herauszunehmen und fügte einen Zusatz ein, mit dem eine Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte verhindert werden sollte.

Bei der Jahreskonferenz der Labour Party wurde über einen neuen Plan von Gordon Brown, die demokratische Debatte und den Input der Mitglieder noch weiter einzuschränken beraten. Themenbeschlüsse sollten nicht in die Jahreskonferenz aufgenommen werden, wo man eher die Regierung überstimmen konnte, stattdessen hat man sie in Politikforen verbannt. Diese Politikforen, gegründet von New Labour, haben sich als zahnlos erwiesen, da sie von Anhängern der Führungsebene dominiert sind. Sie sind daher zu Worthülse verkommen. Am Anfang haben sich die Gewerkschaftsführer gegen den Plan gestellt, aber dann kapituliert, nachdem ihnen persönlicher

Zugang zu den Ministern und eine Überprüfung der Vorgehensweise nach zwei Jahren zugesagt worden waren. Eine Atmosphäre von bevorstehenden Parlamentswahlen war zu spüren, was Druck auf die Gewerkschaftsführer ausübte. Insbesondere sollte Browns Vorschlag nicht niedergestimmt und damit der Eindruck erweckt werden, man sei sich innerhalb der Labour Party nicht einig. Die Tories und die Liberaldemokraten steckten zu der Zeit in der Krise. Ersterer haben immer noch rechtsgerichtete Thatcher-Elemente, mit welchen David Camerons Ziel zu Ausdruck kommt und damit verhindert wird, dass er als der neue Tony Blair mit einem weicherer Image gesehen wird, während der Anführer der letzteren als undynamisch und zu alt galt (im Moment wählen sie einen neuen). Jedoch berief Brown keine Parlamentswahlen ein, und bei Meinungsfragen ist er in seiner Bewertung drastisch abgesunken.

David Miliband, jetzt Außenminister, sagte in seiner Schlüsselrede: „Wir müssen fragen, warum Interventionen mit der besten Absicht Millionen von Moslems entfremdet haben. Sie glauben, dass wir sie beherrschen, aber nicht befreien wollen. Keine militärische Lösung kann die Probleme im Irak und in Afghanistan lösen. Syrien und der Iran müssen bei der Suche nach einer Lösung mit einbezogen werden. In Zukunft müssen wir multilateral handeln.“ Das stellte eine größeres Abrücken von Blairs Ansichten dar. Miliband hatte mit jungen Moslems im indischen Subkontinent gesprochen, wobei er betonte, dass dies Gebildete und nicht des Lesens unkundige Bauern gewesen seien.

Diejenigen unter uns, welche diese nicht so gut gemeinten Eingriffe als von Natur aus imperialistisch anprangerten, erhielten kürzlich Rückendeckung aus einer unerwarteten Quelle, nämlich von Alan Greenspan, dem ehemaligen Vorsitzenden des US Federal Reserve der in seiner Autobiographie „Das Zeitalter der Turbulenzen“, zugab, dass es bei der Invasion des Irak nur um die Sicherung der Ölreserven im Nahen Osten gehe. Die Al-Maliki Regierung im Irak wurde von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und dem Internationalen Währungsfonds unter Druck

gesetzt, um das Gesetz über die Privatisierung des irakischen Öls durchzubringen, gegen das sich das Parlament gestellt hatte. Es ist offensichtlich, dass die Regierung unter Brown ihre liberal-imperialistische Außenpolitik weiterführen will, dabei aber versucht wird weniger rücksichtslos zu sein als Blair.

Sowohl Ed als auch David Miliband sind Minister in Browns Kabinett. Ihr Vater war Ralph Miliband, der Marxistische Theoretiker und Dozent an der London School of Economics, und Autor von verschiedenen Werken, wie z. B. „Parliamentary Socialism“, eine rigorose Kritik an der regierenden Labour Party. Ein anonymer Parlamentarier der Labour Partei bemerkte dazu witzig, Ralph Miliband habe gesagt, die Labour Party unternehme nichts für die Arbeiterklasse und seine zwei Söhne seien fest entschlossen das zu beweisen.

Großbritanniens erster muslimischer Minister Shahid Malik wurde kürzlich in Washington DC Airport von Sicherheitsleuten des Heimatschutzministeriums aufgehalten und nach Sprengstoff durchsucht. Er war in Washington gewesen um mit dem Heimatschutzministerium über Terrorismus zu sprechen. Das ist nun schon das zweite Mal, das erste Mal ist es in New York passiert.

Hintergrund für die Auseinandersetzung der Postarbeiter sind die EU-Richtlinien über Wettbewerb und Privatisierung von Postdiensten in ganz Europa. Ein 13-seitiges Dokument wurde den CWU-Beamten während Verhandlungen im September vorgelegt. Die Gesellschaft will sämtliche lokale und nationale Vereinbarungen auseinandernehmen. Flexibilität ist gefragt: Man wird von den Arbeitern verlangen, sie sollen 2 Stunden früher mit der Arbeit beginnen oder 2 Stunden länger bleiben, ohne dass dies erwähnt wird und ohne Bezahlung der Überstunden. Postzustellungen sind auszuführen, ganz gleich wie viele Stunden vorher schon gearbeitet worden sind; ebenso laufende Änderungen der Verfahren, die eine Woche nach Bekanntgabe ohne Verhandlung eingeführt werden sollen; von den Beschäftigten wird erwartet, dass sie an ihrem Arbeitsplatz jede Beschäftigung im Ermessen der Unternehmensleitung ausüben; mit anderen Worten, totale

Flexibilität und Überstundenbezahlung soll durch ein System von Jahresgesamtstunden ersetzt werden. Zum Beispiel, weniger Stunden in ruhigen Monaten und bis zu 13 Stunden am Tag in Zeiten, wenn besonders viel los ist. Die CWU glaubt, dass dadurch 40 000 Arbeitsstellen verloren gehen. Neben der Flexibilität will das Management das Rentensystem ändern: es wird Neueinsteigern verschlossen bleiben; das Rentenalter

wird auf 65 Jahre hinaufgesetzt; die Renten errechnen sich aus den Durchschnittslöhnen und ergeben sich nicht mehr wie bisher aus dem Verdienst des letzten Jahres. Das stellt nicht nur einen massiven Angriff auf die Arbeiterschaft dar, sondern eine Entmannung der Gewerkschaft. Daher rühren die inoffiziellen Streiks und die Arbeitsverweigerungen in vielen Schlüsselzentren der Post während der Herbstmonate. Während

dies niedergeschrieben wird, finden immer noch Verhandlungen statt.

Es ist auffällig, dass Blairs Name nur dreimal bei der Konferenz der Labour Party erwähnt wurde, und in einem weiteren Witz wurde bemerkt, dass er erfolgreicher aus der Geschichte getilgt wurde als die alten Bolschewiken im stalinistischen Russland.

M.J. (7.11.07)

Aus Arbeiterpolitik, 3/2007

Eindrücke von einem Besuch in Israel Arbeitslosigkeit und Migration

Ende April 2007 hatte das Workers Advice Center (WAC), eine gewerkschaftliche Vereinigung jüdischer und arabischer Israelis zu einer Delegationsreise eingeladen: Die Situation der Beschäftigten in der israelischen Landwirtschaft wollte die WAC ihren ausländischen Gästen

und Entlohnungsbedingungen der nicht-jüdischen Beschäftigten auf den Farmen in Israel. Da aber deren soziale Situation nicht losgelöst von den Lebensverhältnissen der palästinensischen ArbeiterInnen in den besetzten Gebieten betrachtet werden kann, spielte auch die Auseinandersetzung mit deren Lage eine wichtige Rolle.

Die Delegierten hörten während der achttägigen Reise mehrere Referate zur Situation der Beschäftigten in Israel, wobei der Schwerpunkt jeweils die Lage in der Landwirtschaft war. Sie sprachen mit Vertretern zweier Ministerien (Landwirtschaft, Industrie, Arbeit und Handel) und debattierten mit dem



Arabische Landarbeiterinnen bei der Avocado-Ernte. Die Früchte werden nach Europa exportiert.



Schwerbewaffnete Soldaten kontrollieren die Ein- und Ausreise aus der palästinensischen Stadt Nablus. Sie ist vollständig vom Umland abgeriegelt. Jeder, der die Stadt verlassen oder besuchen will, wird streng kontrolliert.

zeigen. Gewerkschafter aus den USA, Spanien, Thailand, Deutschland und den besetzten palästinensischen Gebieten nahmen als Delegierte an der Rundreise teil. Es war die zweite Reise dieser Art. Die erste hatte 2004 stattgefunden und sich mit den Arbeitsverhältnissen im israelischen Bauwesen beschäftigt.

Im Zentrum der Konferenz 2007 standen die Arbeitsverhältnisse

Umfangreiches Programm

Die Organisatoren hatten die Konferenz gut vorbereitet. Die Delegierten bekamen so einen tiefen Einblick in die israelische wie die palästinensische Gesellschaft, der ihnen erlaubte, die komplizierten Verhältnisse der Region ein Stückweit besser als bisher zu verstehen.

Vorsitzenden des Knessetausschusses für Migration. Ferner bekamen sie von Vertretern verschiedener NGOs Hintergrundinformationen zur Lage der Arbeitsmigranten in Israel. Sie hörten Vorträge über die wirtschaftliche Entwicklung Israels, das in den letzten Jahren zu einem Musterland neoliberaler Strategien

geworden ist, und über die geschichtliche Entwicklung der Region und die Etappen der Landnahme Israels, das war wichtiges Hintergrundwissen für die Kontakte und Besichtigungen.

Während des Besuches auf einer israelischen Farm konnten die Tagungsteilnehmer mit dem Eigentümer des Betriebes und den bei ihm beschäftigten jüdischen, thailändischen und arabischen ArbeiterInnen sprechen. Letztere sind beim WAC organisiert. Bei dem Botschafter Thailands informierten sich die Delegierten über dessen Aktivitäten zur Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation seiner in Israel beschäftigten Landsleute. Mit Funktionären der Gewerkschaft Histadrut sprachen sie über deren Arbeit in der Agrarwirtschaft.

Im WAC Center der arabischen Stadt Kufr Kara erfuhren die Delegierten etwas über die Frauenkooperative Syndyanna und erhielten in der anschließenden Diskussion interessante Informationen über die Arbeits- und Einkommenssituation der arabischen Familien in Israel. In Jerusalem bekamen die Tagungsteilnehmer Anschauungsunterricht über die Folgen des Mauerbaus, die vom Staat forcierte Zerstörung von Häusern im arabischen Teil der Stadt und die offensive Siedlungspolitik. Im Jerusalemer Vorort Abu Dis wie auch in Ramallah und Nablus sprachen sie mit palästinensischen Gewerkschaftern und nahmen am Ende des Kongresses an der einzigen Maidemonstration Israels in Tel Aviv teil.

Die wichtigsten Ergebnisse und Eindrücke der Reise sollen hier kurz dargestellt werden.

Zur Lage der Beschäftigten in der Landwirtschaft Israels

Während des Golfkrieges 1991 und dann wieder im April 1993 riegelte Israel die besetzten Gebiete vollständig ab. Die Regierung rechtfertigt ihr Vorgehen mit der Behauptung, die Sicherheit Israels sei gefährdet. In einigen Bereichen der Wirtschaft kam es daraufhin zu einem Mangel an Arbeitskräften, besonders in der Landwirtschaft und im Bauwesen. Die Regierung deckte diesen Bedarf, indem sie ohne Plan und Kontrolle Migranten ins Land

holte. 2001 hatte die Zahl der Migranten die 300.000 Marke erreicht. Das waren 12,5 Prozent der gesamten Arbeiterschaft Israels. In anderen industrialisierten Ländern des Westens beträgt der Anteil knapp die Hälfte. Heute sind in der israelischen Landwirtschaft etwa 26.000 Migranten beschäftigt, im Bauwesen sind es 10.000, ebenso viele in der Tourismusbranche und etwa 44.000 in der Hauspflege.

In den Agrarbetrieben Israels werden vornehmlich Arbeitskräfte aus Thailand eingesetzt. Sie bekommen bei Vertragsabschluss eine Arbeitsgenehmigung für fünf Jahre. Um an dieses begehrte Dokument zu kommen, müssen sie an den thailändischen Arbeitsvermittler bis zu 10.000 Dollar Provision zahlen. Dieser behält davon nach Einschätzung des thailändischen Botschafters etwa 30 Prozent, bezahlt den Flug und die Visa-Gebühren. Der Rest geht an den israelischen Arbeitsvermittler sowie an den Farmer, der die Arbeitserlaubnis besorgt hat. In Israel wird die Gewichtung umgekehrt gesehen.

Da die bitterarmen Thailänder das Geld für die Arbeitserlaubnis nicht haben, müssen sie es sich entweder auf dem schwarzen Markt besorgen (hier sind etwa 5 Prozent Zinsen pro Monat zu zahlen) oder aber, sofern sie Grund und Boden besitzen, ihr kleines Stück Land bei Banken als Sicherheit verpfänden. Wegen der hohen Schulden sind die thailändischen Arbeiter leicht erpressbar. Sie haben panische Angst, ihre Arbeitsstelle zu verlieren und so ihre Familie in den finanziellen Ruin zu stürzen. Die Farmer nutzen diese Abhängigkeit aus. Sie zahlen den Migranten nur knapp 60 Prozent des Mindestlohnes und übergeben den verbliebenen Betrag oft verspätet, manchmal erst nach mehreren Monaten; sie unterschlagen Überstunden, verlängern nahezu beliebig den Arbeitstag, vermieten die bei ihnen Beschäftigten in Zeiten geringen Arbeitsanfalls an andere Unternehmer, kassieren ihre Pässe und versuchen sowohl beim Gesundheitsschutz wie bei den Unterkunftsbedingungen legitime Ansprüche der Arbeitsmigranten zu unterlaufen.

Auch wenn für die thailändischen Beschäftigten formal die gleichen Rechte gelten wie für die israelischen

Arbeitskräfte, so können sie diese kaum in Anspruch nehmen. Sie sprechen die Sprache des Landes nur unzulänglich und haben kein Geld, in die Städte zu fahren, um sich bei Rechtsanwälten beraten zu lassen. Außerdem würde jede längere Abwesenheit von den Farmern schnell bemerkt werden. Die Migranten fürchten, dass eine öffentliche Beschwerde oder gar ein Gerichtsverfahren sie den Arbeitsplatz kostet. Denn ihre Arbeitserlaubnis ist fest an einen Arbeitgeber gekoppelt. Verlieren sie ihre Stelle, ohne dass ein anderer Farmer sie anstellt, sind sie „illegal“ im Lande und können leicht in ihr Heimatland abgeschoben werden. WAC bezeichnet diesen Zustand zu Recht als moderne Sklaverei.

Eine Änderung der faktischen Rechtlosigkeit der Arbeitsmigranten wird nach Auffassung von WAC nur möglich sein, wenn insbesondere die Unternehmen, die Arbeitskräfte vermitteln, verpflichtet werden, den LandarbeiterInnen die vollen sozialen Rechte zu gewähren. Dies wird nur gelingen, wenn dieser Prozess unter der Kontrolle von gewerkschaftlichen Organisationen stattfindet.

Grundsätzlich muss, so heißt es in der abschließenden Resolution der Teilnehmer, den arabischen Arbeitskräften wieder uneingeschränkter Zugang zu den Arbeitsstellen in der Landwirtschaft gewährt werden. Derzeit sind sie nur befristet auf den Farmen beschäftigt. Sie werden nur eingestellt, wenn der einzelne Farmer nicht genügend thailändische Arbeitskräfte vom Staat zugewiesen bekommen hat oder wenn saisonale Spitzen, wie sie während der Erntezeit bestehen, abgedeckt werden müssen. WAC versucht, diese Arbeitskräfte zu organisieren.

Gewerkschaftliche Organisierung durch WAC

Die Arbeit des WAC beschränkt sich nicht darauf, freie Stellen mit arabischen ArbeiterInnen besetzen zu wollen. Es knüpft die Vermittlung von Arbeitskräften an elementare rechtliche Bedingungen. So müssen die Farmer den Mindestlohn zahlen (er liegt umgerechnet bei etwa 4,00 EUR), die gesetzliche Überstunden-

vergütung entrichten, bestehende Tarifverträge anerkennen und sonstige rechtliche Regelungen, die in Israel nur in geringem Maße bestehen, beachten.

Die Farmer haben zwar zusätzliche Kosten, wenn sie bei WAC organisierte ArbeiterInnen einstellen. Doch sie haben den Vorteil, hoch motivierte Arbeitskräfte zu bekommen, die pünktlich ihre Arbeit antreten, Interesse an ihrem Job haben und zuverlässig arbeiten. Sie sind engagiert, weil sie den Lohn erhalten, den der Farmer auszahlt. Ihre nicht bei WAC organisierten KollegInnen bekommen nur einen Teil des Gehaltes. Die Differenz behält ihr Vermittler. In der israelischen Landwirtschaft ist es nicht üblich, dass Beschäftigte auf der Grundlage von Einzelarbeitsverträgen angestellt werden. Die Farmer beauftragen einen Subunternehmer, zu einem Festpreis eine bestimmte Arbeit zu verrichten, etwa die Früchte der Avocado-Bäume zu ernten. Letzterer organisiert für diesen Auftrag Arbeitskräfte. Deren Lohn hängt u.a. davon ab, ob der Subunternehmer die Arbeit gut organisiert und einen vernünftigen Preis ausgehandelt hat. Häufig schwankt der Lohn der Beschäftigten von Monat zu Monat. Deshalb kommt es immer wieder zu Konflikten mit den Vermittlern. Unter diesen Bedingungen ist es verständlich, dass das Interesse der FarmerInnen an ihrer Arbeit nicht sonderlich groß ist.

Teile der israelischen Gesellschaft, denen diese Zustände bisher gleichgültig waren, zeigen sich mittlerweile aufgeschlossen gegenüber einer Änderung der Beschäftigungssituation in der Landwirtschaft. Wie die Delegierten in ihren Gesprächen erfahren konnten, reicht die Liste derjenigen, die den einheimischen ArbeiterInnen in der Landwirtschaft Vorrang geben wollen, bis in einzelne Ministerien. Zur Begründung ihrer Auffassung führen sie allein ökonomische Erwägungen an. Eine Beendigung der Arbeitsmigration oder doch wenigstens ihre Begrenzung hätte den Vorteil, dass der Staat Sozialhilfe und sonstige Leistungen sparen würde und Kaufkraft im Land bliebe. Auch könnte der Staat sich so vor der zunehmenden Schwarzarbeit von Arbeitsmigranten

schützen: Auf einen Beschäftigten mit Arbeitserlaubnis kommt derzeit einer, der ohne Papiere arbeitet.

In der Landwirtschaft sind diese Argumente bisher nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Nicht zuletzt durch die konzentrierte Lobbyarbeit der Farmer und der Zeitarbeitsfirmen, die an der Vermittlung und Ausbeutung der Arbeitsmigranten gut verdienen, ist deren Zahl im April 2007 sogar noch um 3.000 aufgestockt worden. Lediglich im Bau- und Tourismussektor hat es in der letzten Jahren einen Rückgang des Einsatzes von ausländischen Arbeitskräften gegeben.

Zur Lage in der Westbank

Während der arabische Teil der Bevölkerung Israels noch Anspruch auf staatliche Unterstützung bei Arbeitslosigkeit besitzt, erhalten die Bewohner der Westbank und des Gaza-Streifens im Falle der Arbeitslosigkeit nahezu nichts. Die palästinensische Autonomiebehörde hat kaum Einnahmen. Zuwendungen aus dem Ausland resp. den USA und Europa sind nach dem Sieg der Hamas bei den letzten Wahlen weitgehend gestrichen worden. Und die wenigen Beträge, die aus diesen Quellen noch ins Land fließen, gehen an diejenigen, die den Geldgebern politisch nahe stehen.

Jahrzehntelang haben viele Palästinenser ihre kärgliche Existenz mit Jobs in Jerusalem oder anderen grenznahen Gebieten aufgebessert. Mit dem Bau der Mauer Anfang 2000 und der Errichtung eines unerbittlichen Kontrollsystems an den Checkpoints wurden quasi von Heute auf Morgen mehrere zehntausend Palästinenser aus den umliegenden Städten und Dörfern arbeitslos. Arbeit in Israel ist kaum noch zu bekommen und wenn, dann nur unter entwürdigenden Bedingungen. Die israelischen Unternehmen in den Siedlungen der Westbank, aber auch die palästinensischen Unternehmer, nutzen dies brutal aus. Sie versuchen die eh schon miserablen Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern und die Löhne noch abzusenken.

Die Arbeitgeber in den Siedlungen agieren dabei in einem rechtsfreien Raum: Israelisches Arbeitsrecht gilt formell in den besetzten Gebie-

ten nicht und in der Westbank gelten das Recht ist von den Beschäftigten und den Gewerkschaften nicht durchsetzbar, weil die Arbeitgeber israelische Staatsbürger sind.

Fatah und Hamas haben bisher die Lage der Palästinenser im Gaza-Streifen und in der Westbank nicht verbessern können. Beiden ist gemein, dass ihre politischen Vorstellungen über eine nationalistische Perspektive nicht hinausreichen. Denn allein die Gründung eines Staates, so sie denn überhaupt möglich sein wird, wird die zentralen Probleme der palästinensischen ArbeiterInnen nicht lösen können, wenn sie nicht mit einer grundlegenden Änderung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse verbunden ist.

Eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den besetzten Gebieten wird aber nicht durchführbar sein, wenn nicht auch in Israel eine Kraft wächst, die einen solchen Prozess aktiv unterstützt. Insofern kann die von einem Teil der arabischen ArbeiterInnen Israels und Palästinas erhobene Forderung nach einem diskriminierungsfreien Zugang zu den Arbeitsplätzen in Israel ein erster Schritt sein, um die tiefe Spaltung der Arbeiterklasse der Region zu überwinden.

In diesen Kampf um kollektive Arbeitsrechte können perspektivisch auch die nicht-arabischen ArbeiterInnen Israels einbezogen werden. Sie haben in den letzten zwanzig Jahren durch die Umstellung der Arbeitsbeziehungen von tarifvertraglich abgesicherten zu einzelvertraglichen Regelungen nahezu alle Schutzrechte verloren, die der Willkür der Unternehmer Schranken setzen. Objektiv haben sie den gleichen Gegner wie die arabischen ArbeiterInnen. Bis sie sich allerdings in diese Auseinandersetzung einschalten, müssen auch sie noch ihre religiösen und nationalistischen Überzeugungen abstreifen, die verhindern, dass sie sich als Teil der Arbeiterklasse begreifen.

Arbeiterpolitik

GFSA e.V.

Postbox 106426

20043 Hamburg

www.arbeiterpolitik.de

webmaster@arbeiterpolitik.de

Rezension

Rezension

Ekkehard Lieberam:

Prekarität ist überall

Mehr Profite – mehr Armut. Die Kluft zwischen arm und reich wird größer. Den DGB erstaunte es unlängst sogar, dass sie größer ist, als er annahm. Ja – was soll man dazu sagen! Am besten man wendet sich Autoren zu, die an die Klassenanalyse mit der Methode von Marx herangehen. Da wäre die kürzlich bei *edition ost* als Eröffnung einer neuen Reihe erschienene Arbeit von Ekkehard Lieberam zu nennen. „*Prekarität ist überall. Kritisches zu einer Debatte*“, so lautet der Titel der Streitschrift, die reichhaltiges analytisches Material enthält. Lieberam wendet sich der „*Unterschichtdebatte*“ zu, die in größeren Abständen immer wieder mal in der Bundesrepublik geführt wurde, aber nunmehr, d.h. seit Oktober 2006, durch eine Infratest-Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) erneut Aufwind bekam. Selbstverständlich fällt der Autor nicht auf den alten Trick herein, mit Hilfe des Begriffes „*Unterschicht*“ die Klassen aufzulösen, indem alle in eine Reihe gestellt werden und insbesondere die Arbeiterklasse verschwindet.

Lieberam analysiert in acht prägnant geschriebenen Kapiteln den Verlauf und die Ergebnisse der Debatte und legt seine Schlussfolgerungen dar. Dass sie überhaupt aufkommt, liegt daran, dass es in unserer sozial tief gespaltenen Gesellschaft eine „*Unterschicht*“ gibt, ein Begriff, den er synonym gebraucht für Armut und Prekarität: Etwa zwölf Millionen Menschen zählen in unserem Land dazu; zu den Armen gehören im besonderen Maße Einzelhaushalte, Arbeiterfamilien mit mehreren Kindern und ausländische Arbeiterfamilien, aber auch 9,3 Prozent der Selbständigen. Dreiviertel der Armen stammen aus den Arbeiterklassen. (S.36) So lief die „*Unterschichtdebatte*“ zwangsläufig politisch aus dem Ruder. Erkenntnisstand ist nämlich: Prekarität ist überall (damit wird jener Umfang erfasst, den schon Marx diagnostizierte, voraussetzte und der heute die Diskussion

bestimmt). Hier fassen sich soziale Wandlungen in einem Begriff zusammen, der den ökonomischen Gesetzen der kapitalistischen Gesellschaft entspringt und daher durchaus interessegebunden benutzt wird, wie der verharmlosende Begriff der FES „*abgehängtes Prekariat*“ zeigt. (S. 15 ff) „*Begriffe wie wiederkehrende Proletarität, Prekarisierung und Prekariat sind dabei, in den allgemeinen Sprachgebrauch einzugehen. Geradezu programmatische Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den analytischen Aussagen von Pierre Bourdieu zu, die er am 12. Dezember 1977 auf der Tagung des ‚Europäischen Treffens gegen Prekarität‘ in Grenoble machte. ‚Prekarität ist überall‘ erklärte Bourdieu und erläuterte: ‚Es ist deutlich geworden, dass Prekarität heutzutage allgegenwärtig ist (...).‘*“ (S.18) Und Lieberam hebt hervor: „*Gewarnt wird zu Recht vor der Illusion, der in Gang gekommene Prozess einer allgemeinen Prekarisierung werde, wenn der ‚neoliberale Zeitgeist‘ überwunden werden kann, von selbst oder von den Regierenden beendet werden. Ohne massiven Widerstand wird sich dieser Prozess unweigerlich fortsetzen.*“ (S.19)

Lieberams roter Faden ist die Bewegung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit. Bis Mitte der 70er Jahre, vor allem angesichts der Herausforderungen des Realsozialismus, bewegte er sich in Formen, zu denen der Begriff Antagonismus schlecht zu passen schien. „*Aber dieser Gegensatz blieb immer präsent.*“ (S.25) Lieberam interessiert die grundlegende soziale Struktur der 39 Millionen Beschäftigten, von denen zwischen 34 und 35 Millionen abhängig Arbeitende sind. Denn die beständige Tendenz der Scheidung der Produktionsmittel von den arbeitenden Menschen, die Ausprägung des Klassengegensatzes hat sich in den letzten fünf Jahrzehnten beschleunigt. (S. 26) Besonders interessiert Lieberam die Lage der Arbeiterklasse, unter der er vor allem die Industriearbeiterklasse versteht – die unbestritten mehrwertproduzierend ist. Sie sei der Kern der arbeitenden Klasse, der „*Klasse der ‚bloßen Eigentümer von Arbeitskraft‘ (unter*

Abzug der ‚Agenten der Kapitalisten‘)“ (S. 26) Lieberam, der sich an Berechnungen von Jürgen Kuczynski anlehnt, kommt zu dem Schluss: „*Eine grobe Schätzung ergibt, dass der Anteil der Arbeiterklasse an den Erwerbstätigen in den letzten 37 Jahren (...) von 42 Prozent auf einen Prozentsatz irgendwo zwischen 25 und 30 Prozent zurückgegangen ist. In Ostdeutschland wurde die Arbeiterklasse nicht nur wieder zur mehrwertproduzierenden und beherrschten Klasse, sondern regelrecht auch zu einer dahinschmelzenden Klasse. Von den 3,4 Millionen Beschäftigten im Jahre 1989 in der Industrie der DDR blieben bis 2001 gerade noch 549.000 oder 16 Prozent übrig (in den Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten).*“ (S.28 f) Lieberam stellt einen Rückgang der Zahl der Großbetriebe und eine Zunahme von kleineren Betrieben fest. (S. 29 ff) Das sind entscheidende Fragen für die Lage der Arbeiterklasse, die er als arbeitende Klasse unter Prekarisierungsdruck, d.h. unter dem Druck der Unsicherheit der Existenz fasst (Prekarität wird zur Normalität für die arbeitende Klasse). „*Zwei miteinander eng verbundene soziale Übel signalisieren dabei im besonderen Maße gesamtgesellschaftlich die soziale Polarisierung bzw. die Vertiefung des Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit: zum einen die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und zum anderen eine anwachsende Armut.*“ (S. 32) Lieberam belegt beides, nicht zuletzt in Auseinandersetzung mit den Fälschungen der Statistik. (S. 32 ff) Im „*Osten geht Armut augenscheinlich bisher viel stärker mit ‚Abgehängtsein‘, das heißt mit sozialer Isolation und so auch mit dem Gefühl einher, sozial am Rande zu stehen bzw. von der normalen Gesellschaft ausgeschlossen zu sein. Man braucht kein Prophet zu sein, um voraus zu sehen, dass über kurz oder lang diese Tendenz auch im Westen zunehmen wird.*“ (S. 34)

Wer von einer Unterschicht spricht, muss auch von der Oberschicht sprechen. Superreiche und Reiche – Lieberam enthüllt „*das entsetzliche Schicksal*“ dieser „*sozialen Randgruppe, die ebenfalls immer zahlreicher wird*“, es ist: „*die abgehängte Oberschicht*“. So jedenfalls hieß es in der Karnevalsausgabe der Betriebszeitung Pille. Man soll nicht meinen, dass es keine Gewinner des neoliberalen Kurzes gibt. Die oberen 10% der Besitzen-

den verfügen über mehr als 46,8% des Gesamtvermögens in der Bundesrepublik. (S. 41 f) Lieberam nennt die Namen der fünfzehn reichsten Deutschen – an der Spitze diejenigen, die davon profitieren, dass die Lohnsumme in der Summe der notwendigen Lebensmittel ausgedrückt werden kann: die Gebrüder Albrecht (zusammen 30,7 Mrd. Euro) – kurz: die Aldis. (S. 43). Das analytische Material von Lieberam ist ein politischer Kommentar zur These. „Die oberste Oberschicht der Bundesrepublik ist jedoch nicht schlechthin Geldelite. Ihre Vertreter sind ‚personifiziertes Kapital‘, ‚Träger des Kapitals‘ (...) Die ‚Geldmacht‘ verwandelt sich so in ‚Verwertungsmacht‘; die ‚Geldeliten‘ (...) werden zur Kapitalistenklasse“ (S. 44) Empirisch belegt wird: „Die Wohlhabenden und Reichen der Bundesrepublik sind also immer zahlreicher und gleichzeitig immer wohlhabender und reicher geworden.“ (S. 49) Wo aber sind die Ursachen zu suchen? Im Modus der Kapitalakkumulation und in der Kapitaloffensive. (S. 50 ff) Aber auch in der „Globalisierung“, wenn die „mehr oder weniger reale, fortschreitende kapitalistische Globalisierung (als Entwicklung der internationalen Wirtschafts- Handels- und Sozialstruktur unter den Bedingungen der mikroelektronischen Revolution und eines

Kapitalismus, der sich der ihm in der Zeit der Systemauseinandersetzung auferlegten Beschränkungen entledigen konnte) (...) von der ‚Globalisierung‘ als ideologischem ‚Kampfbegriff‘ der Neoliberalen (...) ‚der die Entsolidarisierung zum Programm erhebt“ getrennt wird. (S. 67)

Es ist nur folgerichtig, dass Lieberam in Auswertung aller von ihm dargelegten Ergebnisse die Aufgabe stellt: Gegenmacht schaffen, Gegenmacht von unten. (S. 76 ff) Und wie in der ganzen Untersuchung, so legt er auch hier den größten Wert darauf, sich mit Marx zu beraten. Man folgt Lieberam angesichts seiner Analyse sehr gern, wenn er schreibt: „Nach wie vor ist es die Arbeiterklasse, die über die machtpolitischen Mittel verfügt, die Kapitaloffensive zu stoppen. Sie steht vor allem in den Großbetrieben unmittelbar den kapitalistischen Konzernen gegenüber. Im Falle eines Massenstreiks kann sie das Zentrum und den Nerv des wirtschaftlichen Systems des Kapitalismus lähmen. Auch der Rückgang der Zahl der Großbetriebe und des Umfangs der Arbeiterklasse ändert daran nichts Grundsätzliches. Die Folge ist: Immer weniger Arbeiter verfügen über die Macht, die ganze Produktion still zu legen.“ (S.82) Illusionen verbreitet Lieberam nicht, wenn er zum Stand des Klassenbewusstseins Stellung

nimmt. Und wenn er von der Linken spricht, dann meint er keineswegs schlechthin die Linkspartei, sondern durchaus mehr. Denn die Aufgaben, die er stellt, betreffen insbesondere die marxistische Linke, die Voraussetzungen mitbringt, um sie zu erfüllen: Statt der Haushaltsfrage die Machtfrage stellen; im Verlaufe von Abwehrkämpfen gegen die Untaten des Kapitals jene Gegenmacht praktisch aufzubauen, die für eine Veränderung der Klassenmachtverhältnisse unerlässlich ist. (S. 88)

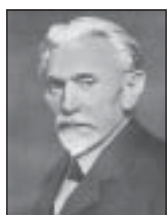
Die Arbeit von Lieberam passt in jede Westentasche. Sie liest sich flüssig und ist aufgrund ihres umfangreichen analytischen Materials eine unentbehrliche Hilfe in der politischen Arbeit für jeden Sozialisten und Kommunisten. Dem Verlag sei für die Initiative, die er mit der Herausgabe der Schrift von Ekkehard Lieberam ergriffen hat, ausdrücklich gedankt. Wie immer geschieht dies zu einem noch bezahlbaren Preis. Man merkt, dass edition ost seine Leser und ihre Gewohnheiten gut kennt.

Die Publikation entstand in Zusammenarbeit mit dem Liebknecht-Haus Leipzig. Und wie der Autor so möchte auch der Rezensent Peter Rath aus Bergkamen für seine Hilfe bei der Materialbeschaffung danken.

Herbert Münchow

Ekkehard Lieberam, *Prekarität ist überall. Kritisches zu einer Debatte*, edition ost 2007, 96 Seiten, Preis: 4,90 Euro, ISBN 978-3-89793-157-2

Rezension



August Bebel:

„Die moderne Kultur ist eine antichristliche Kultur“

In der Buchreihe Klassiker der Religionskritik legt der Aschaffener Verlag Alibri nunmehr seinen neunten Band vor. Die Herausgeber der Klassiker-Editionen stellen jeweils ausgewählte religionskritische Texte bekannter Persönlichkeiten vor, geben Einführungen in Leben und Werk, erklärende Glossarien, Bibliographien und biographische Zeittafeln, sowie editorische Notizen. Der Leser hat somit in komprimierter Form ansprechendes biographisches Material und exemplarische Texte zu weltanschaulichen Positionen der vorgestellten Per-

sönlichkeiten zur Hand. Porträtiert wurden bisher Denis Diderot, Johann Most, Albert Dulk, Jakob Stern, Fritz Lamm, Friedrich Hecker, Peter Maslowski, Rosa Luxemburg und nunmehr August Bebel. Der Herausgeber des Bebel-Bandes Heiner Jesstrabek besorgte schon die Ausgaben von Dulk, Stern und Luxemburg.

August Bebel (1842-1913), gilt als der Stammvater der deutschen Sozialdemokratie, war deren Mitbegründer und Abgeordneter im Deutschen Reichstag. Seine Schriften, u.a. *Die Frau und der Sozialismus*, waren internationale Bestseller. Bemerkens-

wert und bisher nur wenig beachtet ist die Tatsache, dass er sich häufig mit religiösen bzw. religionspolitischen Fragen auseinandergesetzt hat. Die Sammlung präsentiert einige Parlamentsreden Bebels sowie Vorworte und Auszüge aus längeren Schriften, die diese Fragen behandeln. Eine biographische Einleitung führt in die historischen Texte und politischen Diskussionen der Zeit ein. Bemerkenswert bei Bebel war, dass „er ein bekennender Freidenker und Atheist war und dies in seinen populärwissenschaftlichen Werken propagierte (...) Ganz im Gegensatz zu der bei Politikern üblichen

Art, sich öffentlich nur opportunistisch zu verleugnen, bekannte er sich in öffentlichen Reden, sogar vor dem Deutschen Reichstag, zu seinen Überzeugungen.“ Im Deutschen Reichstag bekannte er freimütig 1872: „(...) dann hört natürlich auch die irdische Autorität sehr bald auf, und die Folge wird sein, dass auf politischem Gebiete der Republikanismus, auf ökonomischem Gebiete der Sozialismus und auf dem Gebiete, was wir jetzt das religiöse nennen, der Atheismus ihre volle Wirksamkeit ausüben.“

Der Politiker Bebel vertrat hierbei einen ausgesprochen modernen Standpunkt und grenzte sich von der späteren sozialdemokratischen Haltung, die Kirchen als Bündnispartner anzusehen und ihre Privilegierung mitzutragen, ebenso ab wie von explizit kulturkämpferischen Strategien. Als Standpunkt seiner Partei definierte er den Atheismus, als religionsrechtliches Modell vertrat er den weltanschaulich neutralen, toleranten Staat, der alle Glaubensrichtungen duldet, aber staatliche Einrichtungen und Religion strikt trennen sollte.

1874, in dem Jahr des Kirchenaustritts Bebels, entstand der später berühmt gewordene Briefwechsel zwischen Bebel und Kaplan Hohoff. „Der Briefwechsel zeigte Bebels Stärke als Polemiker: Er verstand es, wie kein anderer seiner Zeitgenossen, seine umfangreichen Kenntnisse der komplexen historischen Vorgänge populär und prägnant darzustellen. Grundlage seiner Reden und Schriften waren stets umfangreiche Materialrecherche und Quellenstudium. Sein Vortrag war aber immer klar, leicht verständlich und traf die Angelegenheit punktgenau. Er hatte eben einen eindeutig oppositionellen Standpunkt und unterscheidet sich somit wohlthuend von den voluminösen Worthülsen und Phrasen, für die Politiker damals wie heute bekannt sind. Dies war sein Erfolgsrezept als Parlamentsredner und begründete seine Popularität als Volkstribun. Viele seiner Reden und Aufsätze, so auch die Polemik mit Kaplan Hohoff, wurden von seiner Partei als Broschüren gedruckt und fanden in sehr hohen Auflagen unter der Arbeiterschaft Verbreitung. Dieser Text hat bis heute nichts an Bedeutung eingebüßt und verdient ungeteilte Aufmerksamkeit.“

Bebel war zu seiner Zeit kein unumstrittener Parteiführer. Gegen Parteioportunismus und Revisionis-

mus musste er sich auf fast jedem sozialdemokratischen Parteitag wehren. „Bebel verteidigte nicht nur den revolutionären Geist der Bewegung, er stritt auch unermüdlich gegen Militarismus und drohenden Krieg, gegen Kapital, Junkerherrschaft und Großgrundbesitzer und gegen die Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus. Insbesondere unter dem letzten Aspekt ist Bebels bewerkenswertes Buch **Die Mohammedanisch-Arabische Kulturperiode** von 1884 zu sehen. Dieses Buch verdient auch noch heute große Aufmerksamkeit, angesichts eines Islambildes, das verzerrt ist durch terroristische islamische Fundamentalisten und US-amerikanische, christlich-fundamentalistisch artikulierte und motivierte imperialistische Kriege. Zu einer historisch gerechten Positionierung der Rolle des Islams trägt Bebels Orientbuch sicher bei.“ Bebels Schreiben an Karl Kautsky vom 31. Januar 1884 wird zitiert, worin er betonte, „dass ihm daran liege, nachzuweisen, dass es Schwindel sei, mit der christlichen Kultur zu prahlen. Dem Christen- und Heuchlertum, das sich breit mache, eins auszuwischen, sei der eigentliche Zweck seines Werkes.“ Das Werk endet mit der prägnanten Aussage: „Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode ist das Verbindungsglied zwischen der untergegangenen griechisch-römischen und der alten Kultur überhaupt und der seit dem Renaissancezeitalter aufgeblähten europäischen Kultur. Die letztere hätte ohne dieses Bindeglied schwerlich so bald ihre heutige Höhe erreicht. Das Christentum stand dieser ganzen Kultur-Entwicklung feindlich gegenüber. Und so kann man denn mit Fug und Recht sagen: Die moderne Kultur ist eine anti-christliche Kultur.“

Der Herausgeber stellt den historischen Bebel auch in die aktuelle politische Diskussion: „Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Religionsfrage zog sich wie ein roter Faden durch deren Selbstverständnissgeschichte. Deren grundsätzliches Dilemma ist der unaufgelöste Widerspruch zwischen marxistischer Theorie – wonach für Deutschland die ‚Kritik der Religion im Wesentlichen beendet, und die Kritik der Religion (...) die Voraussetzung aller Kritik‘ ist, wie Karl Marx in **Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie** schrieb – und den vermeintlichen Erfordernissen einer um Wähler buhlenden Partei mit einer opportunistischen, theorieträgen Parteibürokratie. Bekanntermaßen entschied

sich die Sozialdemokratie in dieser Frage nicht für den Weg Bebels. Die Verhinderung der konsequenten Umsetzung der Forderung nach Trennung von Staat und Kirche in den Verfassungen von 1919 und 1949 sowie der programmatischen Kurswechsel in Bad Godesberg 1959, mit einer völligen Streichung der Forderung nach Laizismus, waren Etappen einer verhängnisvollen Entwicklung. Eine Entwicklung allerdings, die sich nicht auf das Erbe August Bebels und seiner Mitkämpfer berufen kann. Die geneigte Leserschaft mag selbst entscheiden, welchen Platz ein August Bebel innerhalb der heutigen SPD einnehmen würde. Auch wenn ein Jahrhundert zwischen unseren Welten liegt, ist schwer vorstellbar, dass er Sozialabbau bei gleichzeitigen Unternehmenssteuergeschenken, Rentenklau und Privatisierungen bei zeitgleichen Kriegseinsätzen in aller Welt gut geheißen hätte. August Bebels Lebenswerk war der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse und der Kampf gegen Imperialismus, Kriegsvorbereitungen und Militarismus. Seine fundamentale Opposition gegen die herrschenden materiellen und geistigen Verhältnisse drückte er in dem, zum geflügelten Wort gewordenen, Motto aus: **Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!**“

Die moderne Kultur ist eine anti-christliche Kultur – Ausgewählte Reden und Schriften zur Religionskritik.

**Herausgegeben von Heiner Jestrabek
Klassiker der Religionskritik, Bd. 9
160 Seiten, kartoniert, Abbildungen,
13,- €, September 2007 bei Alibri
Aschaffenburg.**



Leserbriefe

Germans to the front!

Dieser 1900 vom Oberbefehlshaber des europäischen Expeditionskorps bei Niederschlagung des chinesischen Boxeraufstands gegebene Befehl kommt einem ins Gedächtnis, wenn man sich die stetige Militarisierung der deutschen Aussenpolitik vor Augen führt.

Mit dem britisch – chinesischem Opium – Krieg (1840 – 42), der Opium-Einfuhr aus Indien durchsetzte und mit dem Friedensvertrag von Nanking endete, begann die Periode der Unterwerfung Chinas unter die ökonomischen Ansprüche westlicher Staaten. Dieser Vertrag war der erste der „Ungleichen Verträge“, die für die folgenden 100 Jahre Grundlage der chinesisch – westlichen Beziehungen waren und bald die Vorherrschaft des Westens deutlich machten und zementierten. Zunehmende Schwäche Chinas veranlasste die imperialistischen Großmächte zu immer aggressiveren Aktionen. Großbritanni-

en, Frankreich, Russland, Deutschland, dazu Japan, nutzten unbedeutende, manchmal bewusst provozierte Zwischenfälle zu weiteren Militärinterventionen, um ihre Vorrechte auszubauen. Es begann eine Jagd nach wirtschaftlichen Konzessionen, Niederlassungen und Flottenstützpunkten, die Ende des 19. Jahrhunderts ihren Gipfel erreichte, der in einer Afrika entsprechenden Aufteilung Chinas zu enden schien. Der Boxeraufstand war 1900 letzter Versuch innerhalb der überkommenen, Gesellschaftsordnung, die Fremden zurückzudrängen, der nach Scheitern zu neuen Chinas Souveränität beschränkenden Demütigungen führte. Weitere „Ungleiche Verträge“ hatten neben Kontrolle der wichtigsten chinesischen Unternehmen durch Auslandskapital, weitere Folgen: Exterritorialität der Fremden mit konsularischer Gerichtsbarkeit unter Anwendung ihres Heimatrechts, Niederlas-

Wir wollen diesen an Deutschlandradio/Deutschlandfunk gerichteten Brief auch unseren Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten.

Überholte Schulsystem

Betreff Radiofeuilleton im Gespräch

Sehr geehrte Redakteure der Sendung, ich höre mir den Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur regelmäßig an, obwohl ich so vielem nicht zustimmen kann. Die heutige Sendung von 9.07 bis 11 Uhr, die ich sehr kritisch verfolgte, erzwingt allerdings ein Reagieren, was wohl nicht so gern gehört wird. Ich kann nicht verstehen, wie ein Christian Pfeifer immer wieder als ein Sachverständiger herangezogen wird, obwohl doch dessen Kompetenz recht beschränkt ist. Dieser Mann war doch der Meinung, dass in der DDR der ange-

liche „Nachttopfzwang“ dazu geführt habe, dass angeblich die Ostdeutschen nicht mit aufrechten Gang gehen würden, dass so die Rechten sich im Osten ausbreiteten. Vielleicht empfehlen Sie diesem mein Buch „Menschenbild“ zu lesen, das im Buchhandel erhältlich ist. Ich nehme aber an, dieser Mann ist derartig selbstgefällig, dass er dies nicht für nötig erachtet. Ich möchte auf einige Fragen eingehen, da ich ah sich keine Frage an einen „Überschlauen“ stellen möchte, sondern die vertretenen Ansichten ergänzen, erweitern oder widerlegen will.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, das in der BRD von den Politikern immer wieder verteidigte Schulsystem ist seit langem überholt. Die Abschaffung der unsinnigen Hauptschule erfolgt aber keineswegs mit den Füßen wie es der Professor behauptete, sondern wird aufrechterhalten durch Politiker, die nicht daran interessiert sind, dass das Volk gebildet ist. Herr Pfeifer sollte sich lieber mit den Folgen der

sungen und Pachtgebiete in China unter fremder Verwaltung und Freiheit der Seeschifffahrt in den chinesischen Hoheitsgewässern.

Beim Boxeraufstand wurde die Hauptstadt Peking durch die „Vereinigte Armee der acht Staaten“ besetzt. Und hier fiel das in Deutschland zum geflügelten Wort gewordene oben genannte Kommando des britischen Oberbefehlshabers, mit dem er einen Angriff des deutschen Kontingents befahl.

Wie sich doch die Bilder gleichen. 100 Jahre später erleben wir die Durchsetzung ökonomischer Interessen durch Aggressionen gegen Afghanistan – Sicherung des Rohstofftransports aus Zentralasien zum pakistanischen Ufer des indischen Ozeans – und Irak – gesicherte Ölversorgung – der westlichen Führungsmacht mit ihrer „Koalition der Willigen“. Und zu dieser gehören – wenn auch in bedeckter Form, bestritten und geschönt – die deutschen Kontingente. Diesmal ist es nicht der britische, sondern der amerikanische Oberbefehlshaber, der den deutschen Einsatz – verschlüsselt und der Bevölkerung als „Verteidigung“ schmackhaft gemacht – anordnet: Germans to the front!

Hans Steuernagel

realen Politik beschäftigen, als die Tatsachen schön zu reden. Ich habe in Sachsen im Schuldienst gearbeitet und weiß um die Realitäten, die man keineswegs als positiv bezeichnen kann wie das der Herr Professor so schön darstellt. Da dieser sehr weltfremd ist, muss ich hier einiges sagen. Ich gehörte nicht zu den Lehrern, die ihre Stunden abhielten und dann das Zimmer verließen. Erst gestern bekam ich wieder eine Einladung zum Klassentreffen mit der Anrede „Hallo, unser allerbesten Lieblingslehrer“. Ich habe mich äußerst intensiv mit der Problematik der Erziehung und Bildung als Einheit auch in meinen Büchern „Literatur, Ökonomie und Gesellschaft“ und in „Medienerziehung?“ beschäftigt, die für den Druck vorbereitet werden. Da steht auch, dass ich mich 1990 als einziger Lehrer an der benannten Mittelschule mit faschistischen Äußerungen auseinandersetzte, wo vom Schüler entschieden behauptet wurde, dass es nie eine Juden-

verfolgung gab, dass die deutschen Soldaten heldenhaft gegen einen übermächtigen bolschewistischen Feind kämpften, dass nun mal im Kriege Menschen sterben müssten. Ich wendete mich an den Schulleiter, der von mir behauptete, ich hätte keinen Kontakt zu den Schülern, der Schule stamme aus einem christlichen Elternhaus. Meine Aussagen könnten keineswegs stimmen, obwohl alle Mitschüler derartige Äußerungen schon seit Jahren kannten. Ich wurde aufgefordert, sofort jegliche „Erziehung“ zu beenden, da ich noch im DDR Denken behaftet sei. Ich wurde dem Schulrat gemeldet, den ich sofort aufsuchte, um die Sache richtig zu stellen. Dieser Schulrat warnte mich, wenn ich weiterhin erziehe, werde ich aus dem Schuldienst geschmissen. Das sind die Realitäten, von denen der Herr Pfeifer nicht spricht. Die Mehrzahl der ostdeutschen Lehrer versuchte, sich den Bedingungen anzupassen, sie lernten keineswegs in der BRD den aufrechten Gang, sondern das Duckmäusertum. Das sächsische Ministerium für Kultus hetzte geradezu die Eltern gegen die Lehrer auf, weil die angeblich alles Kommunisten seien. Diese müssten die Demokratie lernen. (Ich kenne nicht einen einzigen heute unterrichtenden Lehrer, der Kommunist ist.) Aus unwahrscheinlich vielen Gesprächen mit gegenwärtigen Lehrern, die ich alle sehr gut kenne, weiß ich, die Angst, aus dem Schuldienst zu fliegen, ist riesig. Man führt nur noch Anordnungen durch, ohne dass die Eigeninitiative bedeutsam wäre. Außerdem beschwerten sich die Eltern über schlechte Noten, wenn die geforderten Leistungen nicht kommen. Die gibt man nach der Beschwerde in der Grundschule meist nicht mehr. Die Schüler kommen von der Grundschule mit viel zu positiven Noten in die Mittelschule, da sie nicht lernten, an sich Anforderungen zu stellen. Hier wird es nicht besser. Entweder der formal unterrichtende Lehrer, dem der Schüler das Lernobjekt ist, versucht mit verbaler Gewalt etwas zu ändern, was meist sinnlos ist, aber psychische Folgen hat, oder der Lehrer muss Höchstforderungen stellen, die wiederum so mancher nicht verkraftet. Von Bekannten landete der

Sohn, Schüler der neunten Klasse, in der Nervenklinik Rodewisch, weil die Deutschlehrerin ihn ständig schikanierte, wie dumm und faul er

doch sei. Dabei kenne ich diesen Jungen recht gut. Er ist aufgeschlossen, feinfühlig und keineswegs faul. Man verleitete ihm das Lernen. Beim Durchlesen seines Aufsatzes wurde mir klar, seit vielen Jahren bestehen Mängel in der Rechtschreibung, die auf die zweite und dritte Klasse zurück zu führen sind. Man hat einfach keine Fehleranalysen gemacht und intensiv mit dem Jungen gearbeitet. Die Fehlleistungen seit Jahren in der Schule wirken sich katastrophal auf die jungen Menschen aus. Sie werden entweder gewalttätig oder zerbrechen. Es ist schlimm, was gegenwärtig hier geschieht, was man keineswegs mit einer Sendung im Deutschlandradio Kultur abhaken kann. Ich arbeitete in den ersten Jahren meines Lehrerdaseins in der Grundschule, wo meine Schüler immer zu den besten des Kreises gehörten, weil ich mich eben um jeden Schüler gewissenhaft kümmerte, wo keiner unterging, wenn er Schwierigkeiten hatte. Dazu besuchte ich jährlich fast alle Elternhäuser und unterhielt mich, gab Hinweise, ohne als Rechthaber oder Wichtigtuier aufzutreten. In späteren Jahren führte ich das als Deutsch-, Biologie- und Kunstlehrer fort, wobei ich stets bestrebt war, fachlich und methodisch viel hinzu zu lernen. Die Schüler wussten, dass ich kein ausgebildeter Biologielehrer war, dass ich vom befreundeten Fachberater ständig Rat holte. Das trug sogar dazu bei, das Unterrichtsniveau zu heben. Wer hat schon einen Lehrer, der zugibt, ständig lernen zu müssen. Das regt an, sich ähnlich zu verhalten, wie es auch tatsächlich geschah.

Mit der seit der politischen Wende immer stärker auftretenden Tendenz der Vereinzelung, der Verstärkung egoistischer Verhaltensweisen wurde es immer schwerer, mit den Kindern und den Eltern zu arbeiten. Ich übernahm beispielsweise eine 7. Klasse in Deutsch, wo jegliche Voraussetzungen für einen erfolgreichen Unterricht fehlten. Die Rechtschreibung war schon beim oberflächlichen Betrachten eine Katastrophe. In Literatur und Ausdruck fehlte alles, was Voraussetzung war, da der Schulleiter bis zur 6. Klasse eine sehr selbstgerechte Grundschullehrerin einsetzte, die nicht die geringste Ahnung von der Mittelstufe hatte, wie sich immer deutlicher herausstellte. Aber danach bewertete der Chef nicht, sondern wohl nach deren Oberweite. Ich musste allein bis

Weihnachten: alle Deutschstunden nutzen, um in Rechtschreiben wenigstens einige einigermaßen vertretbare Leistung zu erreichen. Nachdem ich dies geschafft hatte (Fehleranalysen, individuelle Förderungen, Hilfe von Mitschülern, immanente Wiederholungen, Orientierung auf Schwerpunkte), begann ich mit dem normalen Unterricht, wobei ich Literatur und Ausdruck in Beziehungen setzte, um aus der dargebotenen Literatur für den Ausdrucksunterricht Lernmöglichkeiten abzuleiten, was ich schon in der DDR erfolgreich praktizierte. Es fehlt aber fast an allem, die „sprachlichen Mittel“ als Ausdrucksmöglichkeit waren völlig unvorstellbar. Jeder glaubte, dass die eigene Ausdrucksweise die einzig mögliche sei. Keiner war bestrebt, vom Nachbarn zu lernen. In einer Atmosphäre der Selbstgenügsamkeit war es unwahrscheinlich schwer, einen anspruchsvollen Unterricht durchzuführen. (Die Ursache für diese negative Entwicklung war in der Politik zu suchen, die in keiner Weise die Realitäten berücksichtigte.) Wie soll man da einen erfolgreichen Literatur- oder Ausdrucksunterricht durchführen?! Wenn man allerdings wie mein damaliger Schulleiter der Meinung ist, dass es genüge, einen Text nachzuerzählen, der hat nicht verstanden, welche Anforderungen der Deutschunterricht stellt. (Aber wir bekamen ja eine ganze Menge dieser selbstgerechten Schulleiter in Ostdeutschland vorgesetzt, die nur die DDR Feindlichkeit demonstrieren mussten, um solch ein Amt zu bekommen.)

Herr Pfeifer spricht wiederholt vom sozialen Denken. Das klingt natürlich gut. Doch er sollte sich auch fragen, wie dieses entsteht. (Dazu habe ich in meinen Büchern ausführlich geschrieben.) Im Elternhaus geschieht das immer seltener, da die Eltern entweder durch die Fahrten zur Arbeit, durch Abwesenheit oder durch Inkompetenz dazu sehr oft nicht in der Lage dazu sind. Durch die Medien werden sie keineswegs befähigt. Das Gespräch mit den Eltern gibt es nur noch in Ausnahmefällen. Die Politiker verbreiten ihre Auffassung, dass jeder für sich verantwortlich sei, was logischerweise in einer hartherzigen Gesellschaft dazu führt, dass man sich zuerst mit sich beschäftigt. Der Egoismus ist für die bundesdeutsche Gesellschaft typisch geworden. Das nötige soziale Denken

ist erreichbar durch eine Literatur, die vom jungen Menschen angenommen wird, und die soziale Erziehung in der Schule, wo alle gleichberechtigt sind, wo sich der Lehrer engagiert. Wo ist das heute noch der Fall? Herr Pfeifer sollte sich die Internetseiten ansehen, wo zum Mord an Lehrern aufgerufen wird, was man nicht verharmlosen kann. Er sollte sich auch fragen, wieso dieser Robert Steinhäuser vom Erfurter Gutenberg Gymnasium so viele Lehrer erschoss? Ich betrachte dessen Verhalten nicht als die Ausnahme, denn die Verhärtung der Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern wurde durch die seltsame Gesetzgebung im entscheidenden Maße ausgelöst. Mich hat das sehr krank gemacht. So mancher Kollege sagte sich, dass er nicht in der Nervenlinik landen will und arbeitete lieber formal. Wer wird sich schon engagieren, wenn er als Nichts betrachtet wird? Das Ansehen der Lehrer wird nur wieder erreicht, wenn nicht die Schwätzer und Wichtig-tuer als Beispiel hervorgehoben werden, sondern die wirklich Engagierten gefragt sind. Dazu müssen die Schulleiter und Schulräte befähigt werden, diese auch zu erkennen. Das ist offensichtlich oft nicht der Fall. Man legt viel Wert darauf, ob einer bei der Projektarbeit „erfolgreich“ ist, ohne zu wissen, welche Möglichkeiten sich dabei ergeben, ohne zu wissen, wie der Erziehungsprozess vor sich geht.

Zur Gewaltbereitschaft muss ich sagen, dass diese sehr verschiedene Ursachen hat, die Herr Pfeifer bestimmt nicht anerkennt, denn diese sind sehr oft sozialer Natur. Wenn die Kultusminister sagen, dass die Schule nicht besser als die Gesellschaft sein kann, so ist das natürlich richtig. Wie wäre es mit der Überlegung, in der BRD ein einheitliches Schulsystem zu schaffen, wo man auch ganztägig erzieht, wo man die gegenseitige Erziehung durch die Mitschüler nicht dem Zufall überlässt, wo man zielstrebig dafür sorgt, dass in den Schulen eine gesunde Arbeitsatmosphäre besteht, ohne Polizei und Sicherheitsdienste, einfach durch die Förderung der Schüler, durch Aufgeschlossenheit, Ehrlichkeit und Vertrauen, das heute so viele Menschen verloren haben, weil sie durch die Politik und die Wirtschaft ins Abseits gedrängt werden?! Sind das nicht Fragen, die in der Sendung keinerlei Bedeutung hatten?

Was nützen uns die „guten Rat-schläge“ einer Straßensozialarbeiterin, die die Konfrontation ablehnt, wenn es gefährlich wird. Ich habe diese nie gesehen und wurde gerade deswegen anerkannt von der Mehrzahl der Schüler und der Eltern, auch von dem jungen Neonazi, der mit vielen anderen Schülern dieser Klasse jahrelang zu mir nach Hause kam, den ich immer wieder auf seine Haltung hin ansprach. Ich galt gerade wegen meiner entschiedenen Auseinandersetzung bei diesen Schülern als derjenige, dem sie vertrauten, ganz im Gegensatz zu den vielen Lehrern, die sich nie ernsthaft mit den Fragen der Schüler beschäftigten. Natürlich sprach ich auch in der DDR die Fragen an, die nicht allen gefielen und wurde deshalb oft versetzt. Wer sich nicht entschieden engagierte und auch heute engagiert, hatte und hat es besser, er brauchte und braucht auch keine Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen. Doch diese Leute überleben alles. Ich nenne diese in meinen Büchern die „Anpasser“ und die „Karrieristen“, die für das nach oben Kommen auch alles tun. Dass das Widersprüche im Leben auslösen muss, ist leicht verständlich, denn keiner lebt für sich.

Obwohl ich zu DDR Zeiten als auch nach der Wende mich sehr für die Schüler engagierte, gelang das nach 1990 immer schlechter. Während zu DDR Zeiten der Lehrer an sich geachtet war, ist es heute so, dass der Lehrer, wenn er streng ist, zu oft als Feind betrachtet wird, wenn er gutmütig ist, als Figur, mit der man alles machen kann. Ich war stets sehr streng, stellte an mich höchste Forderungen, war zur gleichen Zeit aber für die Kinder da, die das täglich spürten. Im Gegensatz dazu stehen „Lehrer“, die sich beliebt machen, keine Forderungen stellen, hinter dem Rücken der Schüler und der Eltern davon reden wie dumm diese angeblich seien. Ich halte das für äußerst unmoralisch. Doch damit kann man auch Schulleiter werden, da die Demagogie heute überall verbreitet ist. Dabei kommt es doch gerade darauf an, das Vertrauen der Menschen wieder zu gewinnen. Das kann man nicht mit Worten, sondern nur durch die Übereinstimmung von Wort und Tat, was bei der Mehrzahl der Politiker unvorstellbar ist. Analog verhält es sich bei den Schulräten, Schulleitern und Lehrern.

Wenn Herr Pfeifer richtig sagt, dass die Entscheidung für den weiteren Schultyp viel zu früh gefordert wird, so sollte er das doch in erster Linie den selbstgerechten Politikern sagen. Ich hörte vor kurzem über den Deutschlandfunk, dass man die Hauptschule nochmals aufspalten wolle. Zu solch einem Unsinn sind die Politiker fähig da sie völlig weltfremd Gesetze machen, deren Auswirkungen sie sich gar nicht vorstellen können. Herr Pfeifer geht nicht auf die Ursachen des Leistungsversagens ein. Einiges habe ich hier angedeutet. In meinem Buch „Menschenbild“ (Buchhandel) gehe ich auf die Frage ein, wie sich die Menschenbilder von Gesellschaft zu Gesellschaft verändern, wie diese vermittelt werden. Ich sage aber auch, dass gegenwärtig wieder viel von der zu erreichenden Moral die Rede ist, ohne dass es Voraussetzungen gäbe, diese zu realisieren. Wie dagegen die Menschen verformt werden, (und das ist besonders für Herrn Pfeifer wichtig,) schreibe ich in „Medienerziehung?“. Die Verbildung erreicht durch die Medien gerade wieder Höhepunkte. Die Eltern sagen berechtigterweise, dass sie kaum noch bei ihren Kindern ankommen, weil diese angeblich über die Medien „Wahrheiten“ vermittelt bekämen, gegen die sie nicht ankämen. Wo bleibt die viel gepriesene Verantwortung der Medien? Da wird bis sehr spät jeglicher Unsinn mit viel Gewalt oder mit Schnulzen angesehen – die Kinder sind übermüdet, können sich am nächsten Tage nicht konzentrieren. Gleichzeitig sind die Eltern als Erziehungsfaktor zu oft ausgeschaltet, weil man jahrelang den Unsinn von der freien Erziehung verbreitete, was man nicht einfach beiseite schieben kann. Vor uns stehen schwierigste gesellschaftliche Aufgaben. Ich stehe zu der Verantwortung durch das Vermitteln meiner Erfahrungen, durch meine Gespräche und durch meine Bücher. Da ich auch Lyriker bin, versuche ich über die Kunst die Menschen zu erreichen. Dabei sind die Lehrer und die Selbsterziehung sehr oft Thema der Gestaltung. („Liebe und Eigenliebe“, Buchhandel). Ich betrachte den Menschen ganzheitlich, als veränderbar, vor allem durch die eigene Kraft, das Arbeiten an sich, wobei der Lehrer nur helfen kann.

Robert Leißig

Die SPD versucht ihr Image „aufzuhübschen“ Stellung beziehen für die Entfernungspauschale

Die stark unter Legitimitätsdruck geratene SPD versucht verlorengangenes Terrain zurückzugewinnen. Da die arbeitnehmerfeindliche Neuregelung der sog. „Pendlerpauschale“ durch mehrere Finanzgerichte in ihrer Rechtmäßigkeit angezweifelt wird und der Bundesfinanzhof durch einen sog. „Vorlagebeschluss“ zu dieser Thematik das Bundesverfassungsgericht beschäftigen muss, ist nunmehr zur Vermeidung eines die neue Pendlerpauschale „kippendes“ höchstrichterliches Urteil „Bewegung“ in die Angelegenheit gekommen. Robuste Interessenvertreter versuchen derweilen mit „grünen“ und sozialdarwinistischen Argumenten Stimmung gegen eine ungekürzte „Entfernungspauschale“ zu schaffen. Hier bietet sich exemplarisch die „Frankfurter Rundschau“ (FR) an, die sich im Mitbesitz der SPD Medienholding befindet, die zuletzt sehr gute wirtschaftliche Ergebnisse für 2006 vorweisen konnte.

Die Pendlerpauschale als „Zersiedlungsprämie“?

FR Redakteur Joachim Wille bietet unter dem anspruchsvollen Label „Analyse“ zur Pendlerpauschale („*Pendler in der Zeitmaschine*“ vom 31.10.07) die vorurteilsbehaftete Begleitmusik. So werden die Pendlerpauschale („*Fernfahrprämie*“) und Eigenheimförderung („*siedlungs und umweltpolitisch kontraproduktiv*“) als umweltfeindliche „Zersiedlungsprämie“ diffamiert, die von Stadtbewohnern, die „auf die grüne Wiese (...) ziehen“ beansprucht wird. So geht es bis zum Überdruß weiter. Der Blick wird vom großstädtischen Raum mit einem vergleichsweise gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr auf eine angeblich ökologisch irreführende Landbevölkerung mit einem relativ schlecht ausgebauten ÖPNV geworfen. Herr Wille begreift nicht, dass der ländliche Raum ebenfalls historisch ge-

wachsen ist. Auch der in der Debatte bemühte und in der vergangenen Zeit richtige Leitspruch „Stadtluft macht frei“ ist Teil einer unqualifizierten Stimmungsmache gegen die „Entfernungspauschale“. In der Stadt FR v. 1.11.2007 wird der Architekt und Vorsitzende des Städtebaubeirates wie folgt zitiert: „(...) Ohne die Pendler könnte die Stadt (gemeint ist Frankfurt am Main, LE) nicht existieren, wie sie augenblicklich existiert. Wollte man umgekehrt sagen, es soll kein Pendler mehr nach Frankfurt kommen, dann müsste die Stadt ungefähr drei mal so groß sein.“ Pendeln ist eine Frage des Arbeitsplatzes und hat wenig mit dem Willen der arbeitenden Menschen zu tun. Und macht es der Arbeitsmarkt und das Damoklesschwert „Hartz IV“ nicht erforderlich, noch fast jeden beruflich veranlassten Fahrtweg zu akzeptieren? Hier ist auch zu vermerken, dass mittlerweile viele abhängig Beschäftigte aus z.B. der Stadt Frankfurt herauspendeln müssen. Es ist erwiesen, dass weder die Pendlerpauschale noch die ehemalige Eigenheimzulage entscheidend auf die Wohnortwahl Einfluß genommen haben.

Ernstliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit

Das Niedersächsische Finanzgericht (Beschluss vom 27.02.2007, 8 K 549/06) sowie das Finanzgericht des Saarlandes (Beschluss vom 22.03.2007, 2 K 2442/06) haben die neue Entfernungspauschale 2007 als verfassungswidrig (Verstoß gegen den Gleichheitssatz) gern. Artikel 3 (1) Grundgesetz (GG) angesehen und das Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung angerufen. Bei der Pendlerpauschale fällt die SPD/CDU Großkoalition „auf die Schnauze“, weil die Absenkung der Pendlerpauschale gegen das „objektive und subjektive Nettoprinzip“ (es dürfen nur die Nettoeinkünfte besteuert werden) verstößt und zuletzt durch den dem Bundesverfassungsgericht vorgelegten Vorlagebeschluss des höchsten Steuergerichtes (Bundesfinanzhof BFH) als verfassungsrecht-

lich stark bedenklich eingestuft wird. Durch die große Koalition wurden die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte umqualifiziert; sie sollen nur noch „wie Werbungskosten“ behandelt werden, also als Privataufwand, den man „geduldet“ zum Steuerabzug zulässt.

Lebensweiseänderung und Akzeptanz von „Ökosteuern“

Herr Wille fragt sich auch nicht, warum die sog. „Ökosteuern“ nicht akzeptiert werden (es handelt sich übrigens steuertechnisch um schnöde Verbrauchsteuern, die ab 1.1.07 noch zusätzlich mit 19%(!) Mehrwertsteuer belegt sind). Weder werden mit „Ökosteuern“ volkswirtschaftlich sinnvolle Projekte (z.B. gut ausgebauten „Mobilitätszentren“ und auch ein auf dem Lande stark profilierter öffentlicher Personennahverkehr) finanziert noch haben sie zu einer umweltverträglicheren Lebensweiseänderung geführt. Ist das nur ein „Konstruktionsfehler“? Werden die Menschen überzeugt und „mitgenommen“? Von der Eigenheimförderung haben sog. „Schwellenhaushalte“ profitiert; also eher finanzschwache Familien. Diese Subvention ist unter maßgeblicher Beteiligung der SPD weggekürzt worden. Auf die verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale besteht ein Rechtsanspruch; Arbeitnehmer können auf die Geltendmachung auch mit Blick auf die finanziellen Bedürfnisse der Familien nicht verzichten!

Von den Qualen der Pendler...

Herr Wille muss mir auch noch erklären, was am Pendeln schön ist. Ist es das tägliche (freiwillige?) Fühlaufstehen? Sind es die verstopften Autobahnen, die das Pendeln so attraktiv machen? Machen die Fahrten in den überfüllten S-Bahnen, Regionalexpressen und anderen Nahverkehrszügen zur Hauptverkehrszeit wirklich Spaß? Ist es der zeitliche Aufwand, der zu einem verlängerten Arbeitstag führt? Sind es die durch „Weltmarkt“ und 19% Mehrwertsteuer stark angestiegenen Spritpreise, die zu erheblichen Mehrbelastungen der Fernpendler bei abgesenkter Pendlerpauschale führt? Sind es die jetzt noch nicht erwerb- und bezahlbaren „3-Liter-Volkswagen“, die

durch Gesetz den Autofabrikanten vorgeschrieben sind? Fragt sich der FR Redakteur nicht auch, warum nicht schon mehr Pendler auf den öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) umgestiegen sind? Liegt es an den attraktiven und preisgünstigen Angeboten der Bahn etc.? Wie steht es um das Angebot der DB für die Landbewohner bei einer (Teil-) Privatisierung? Kann mit schulpflichtigen Kindern der familiäre Mittelpunkt beliebig geändert und mal so in die Nähe des Arbeitsplatzes gezogen werden? Das Pendeln ist eine Qual, es ist eine Last, egal, ob-S Bahn oder Auto benutzt wird.

Was die Entfernungspauschale den Arbeitnehmern tatsächlich bringt

Ab 1.01.2007 wird erst ab dem 21. Kilometer je Entfernungskilometer 0,30 € für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zum Werbungskostenabzug zugelassen. Die 30 Cent werden für den Hin- und Rückfahrtskilometer gewährt; also je gefahrenen Kilometer werden lediglich 15 Cent in Ansatz gebracht. Der nicht auf einen vernünftigen ÖPNV zurückgreifende PKW Pendler erhält wenn der jährliche Werbungskosten Pauschbetrag von 920 € überschritten ist, ca. 30% (das ist der geschätzte individuelle (Grenz)-Steuersatz!) von 15 Cent = 4,5 Cent je gefahrenen km vom Fiskus real zurückerstattet. Das ist weniger als $\frac{1}{10}$ der tatsächlichen PKW Kosten je km bei einer sog. „Vollkostenrechnung“. Der ADAC geht unter Beachtung der Anschaffungskosten (Abschreibung!), der Kfz-Steuer, Kfz-Versicherung und der variablen PKW Kosten (Benzin, etc.) davon aus, dass bezogen auf die Gesamtlebensdauer des PKWs der gefahrene km. zwischen 50-65 Cent kostet. Hier von „Zersiedelungsprämie“ und einer durch den Staat nicht zu finanzierenden Subvention zu sprechen, ist ein allzu durchsichtiges Manöver.

Der Staat kann sich die Subvention nicht leisten und muss eine Neuregelung „aufkommensneutral“ gestalten

Da durch die Vorschläge der SPD die Pendlerpauschale (25 Cent statt wie bisher 30 Cent!) trotzdem

abgesenkt wird, dürfte der Druck auf die Großstädte zunehmen. Da der Mietmarkt ein tatsächlich funktionierender Markt ist, werden absehbar die Mietpreise z.B. auch in der Stadt Frankfurt zu Lasten vor allem der Normalverdiener und Nichtbegünstigten steigen. Die oben kurz skizzierten verfassungsrechtlichen Zweifel veranlassen Politiker wie Struck und Bütikofer zu Forderungen, die Neuregelung der Entfernungspauschale „aufkommensneutral“ also letztendlich abgesenkt zu gestalten. Hiergegen kann eingewandt werden, dass eine die „Deutsche Bank“ stark begünstigende Subvention wie der § 8b Körperschaftsteuer Gesetz (KStG) nicht auf dem Prüfstand steht. Die FR vom 1.11.07 berichtete, dass die Deutsche Bank aus dem Verkauf von Linde und Allianz Aktien alleine 305 Millionen Euro „steuerlich-vorteilhafte“ Gewinne gezogen hat. Beteiligungsverkäufe sind gemäß § 8b KStG von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit. Auch die Nichterhebung der Vermögensteuer ist eine („stille“) Subvention für z.B. die „Deutsche Bank“ und die wirklich Reichen. Zudem ist die Einnahmesituation der öffentlichen Hand konjunkturbedingt und durch die „deftigen“ Steuererhöhungen außerordentlich positiv, so dass hier zusätzlicher finanzieller Spielraum existiert. Auch ist zu berücksichtigen, dass dieser Staat ein Arbeitnehmer finanzierte Gesellschaft ist. Nur die „Massensteuern“ Lohn und Umsatzsteuer, Mineralölsteuern etc. sind die aufkommensstärksten Steuern und machen bezogen auf die Gesamtsteuereinnahmen 2006 von 488,4 Milliarden € einen Gesamtanteil von 63,3% aus.

Da ich unterstelle, dass auch der FR Redakteur Wille keine Zwangsumsiedlung der Landbewohner in die Großstadt (zu den Arbeitsplätzen) präferiert, sind andere Auswege zu suchen. Es steht auf jeden Fall fest, dass neue Regelungen nicht zu Lasten von Arbeitnehmern erfolgen dürfen. Eine wie auch immer abgesenkte Entfernungspauschale würde das hiesige Steuersystem noch ungerechter machen.

Louis Ewald

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 157 Herbst 2007, 36 S.

- Globalisierte Grundstückskrise
- Eine Partei in Panik – SPD in der Krise
- Zum Tarifkonflikt bei der Bahn
- Zur Steuerpolitik der Großen Koalition
- Neonazis in Ostdeutschland
- Gewerkschaften und Rechtsextremismus
- Islamisten, Nationalisten, Neoliberaler – Die Türkei nach den Wahlen
- Rezension – Wer war Susanne Leonhard?

Nr. 156 Sommer 2007, 36 S.

- Venezuela – Sozialismus des XXI. Jahrhunderts?
- Kolumbien – Todesschwadronen hinter demokratischer Fassade
- Blair geht – New Labour auch
- Wandel der gesetzlichen Renten
- Tarifabschluß in der Metall- und Elektroindustrie
- Arbeitende Klasse in Ostdeutschland
- Die Polizeifestspiele von Rostock

Nr. 155 Frühjahr 2007, 32 S.

- Neoliberalismus – Anspruch und Wirklichkeit
- „Die Linke“ und die linke Einheit
- „das rettende Ufer zu erreichen“
- Nachbetrachtungen zum AEG-Streik
- Die Gewerkschaften verlieren weiter an Glaubwürdigkeit
- WSI-Verteilungsbericht 2006
- Wer Renten kürzt – meint Steigerung der Profite
- Sicherheitskonferenz in München

Nr. 154 Winter 2006/07, 44 S.

- Ausverkauf des Staates
- Gewerkschaften 2006
- Zum neuen DKP-Programm
- Die Jahreskonferenz der Gruppe
- Spanien: Sozialismus a la Sozialdemokratie
- Tschechien – doch eine blaue Republik?
- Ungarn 1956
- ein lebenslanger Außenseiter – Fritz Lamm

Nr. 153 Herbst 2006, 32 S.

- Krieg im Nahen-Osten
- Umverteilung nach alten Rezepten
- NPD in Sachsen
- Bildung als Ware
- Zum Spanischen Bürgerkrieg
- Rezensionen: Wer war Peter Maslowski?
- Slowakei: Ficos Ritt auf dem Karpatentiger
- Italien: Linke in schweren Wassern

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!



Materialistische Geschichtsauffassung gegen Ideologie Helmut Fleischer zum achtzigsten Geburtstag

Wer vor über dreißig Jahren innerhalb der westdeutschen Linken seine gewonnene Lesart der Schriften von Marx und Engels überprüfen, verfeinern und methodische Einsichten vertiefen wollte, kam an der Lektüre der Texte von Helmut Fleischer nicht vorbei. Er selbst definierte sich später als „*marxnahen Marxologen*“ mit der Absicht, den historischen Marx kritisch-historisch interpretiert „*aus dem Dickicht der marxistischen Marxe herauszuholen und ihn seiner eigenen Geschichte zurückzugeben.*“

Am 8. November 1927 in Unterrodach/Oberfranken geboren, verschlug es den jungen Kriegsgefangenen 1945 in eine Antifa-Schule östlich von Moskau. Der verabreichte stalinistische Parteistaatsmarxismus führte aber eher zu ungeklärten Fragen, denen er sich ab 1947 im Studium der Philosophie, Geschichte und Psychologie in Erlangen zuwendete. Nach dem Zwischenspiel einer aktiven politischen Phase in der UAP 1951/52, dem Versuch einer Parteigründung jenseits von SPD und KPD, gelangte er über verschiedene Stationen der Dozententätigkeit u.a. in Westberlin auf den Lehrstuhl für Philosophie an der TU Darmstadt. Trotz fortgesetzter Publikationstätigkeit auch nach der Emeritierung ist seine wissenschaftliche Leistung in Bezug auf eine kritische Sichtung des „Marxismus“ und der sich auf ihn berufenden Bewegung gerade bei jüngeren Aktivisten der linken Szene kaum mehr präsent. Im Abflachen politischer Ansprüche kann weiterreichendes Erkenntnisinteresse nicht gedeihen. Anlässlich seines achtzigsten Geburtstages ist es angebracht, mit dem Verweis auf sein Lebenswerk das Interesse an historischer und methodischer Erkenntnis zu wecken, ohne die zielsichere politische Praxis nicht auskommen kann.

Aktuelle Texte oder Bücher zum Verständnis der materialistischen Geschichtsauffassung von Marx und Engels erreichen nach der

verblichenen Renaissance des „Marxismus“ im Gefolge der Studentenbewegung vor vierzig Jahren heutzutage bei weitem nicht die damaligen Auflagen. Und Auflagenhöhe allein garantiert kein breiteres und tieferes Verständnis der geschichtstheoretischen Aussagen von Marx und Engels. Als Einrahmung vulgärster Zerrbilder der Wirklichkeit diente der „Marxismus“ im Westdeutschland der siebziger Jahre den meisten Splittergruppen der „Neuen Linken“ zugleich auch als Leitbanner einer überdrehten scheinrevolutionären Praxis mit alsbald eintretender Ermüdung vieler Aktivisten. Die „Theorie“ hielt nicht, was sie versprach. Genauer: Was man sich von ihr versprechen wollte. Eine weitere Epoche des „Marxismus“ kam zum Erliegen, und es wuchs grünes Gras darüber.

Wieder einmal zeigte sich, daß der Gehalt einer kritischen Theorie der kapitalistischen Produktionsweise nicht verantwortlich ist für ihre ideologische Entstellung. Nur eine nüchterne Sichtweise der Alltagswirklichkeit, die ihren Blick über korrekte Lesarten der Aussagen von Marx und Engels übt und schärft, kann vor Fehldeutung und verfehlter politischer Praxis bewahren. Eine der bis heute nützlichsten Interpretationen der materialistischen Geschichtsauffassung entwickelte Helmut Fleischer Ende der sechziger Jahre in seiner Studie „Marxismus und Geschichte“. Doch wie gesagt verhinderten selbst relativ hohe Auflagen (4. Auflage 21.-27. Tausend 1972) nicht die Irrwege einer „Bewegung“, deren Beteiligte die Revolution hier und jetzt inszenieren zu können vermeinten. Allein ihre subjektiven Voraussetzungen entsprachen bei weitem nicht den Ansprüchen, wie sie Helmut Fleischer im Blick auf die „*Notwendigkeit des Fortschritts*“ in dieser Schrift umriß: „*Die Verwirklichung des praktisch Notwendigen ist durch nichts anderes als durch die Dispositionen und Qualifikationen der dafür engagierten Menschen gewährleistet. Ein geschichtlicher Fortschritt vollzieht sich mit quasi-*

naturhafter Geschehensnotwendigkeit nur dann, wenn eine genügend große, bedeutsame und qualifizierte Zahl von Menschen aufgrund ihrer Erfahrung mit dem Bestehenden sowie einer adäquaten Verarbeitung dieser Erfahrung dahin kommt, eine allen Widerstrebenden überlegene und überdies sehr genau dirigierte Kraft für die Schaffung einer höheren sozialen Form anzubieten. Die Notwendigkeit historischen Fortschritts ist immer konkret-situationsbezogen.“

Der hierauf drängenden Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen misst Helmut Fleischer besondere Bedeutung zu. In seinem Aufsatz „*Warum eigentlich Materialismus?*“ von 1977 verweist er auf politische Konsequenzen, deren Einlösung eine heutige politische Linke kaum mehr auszusprechen wagt: „*Die Produktivkraftmomente reichen von den exekutiven Produktionsfertigkeiten über konstruktive Ingeniosität bis zu den organisatorisch-dispositionellen Kompetenzen in kleineren bis größeren Aktionsradien. In der modernen Arbeitsteilung erbringen gewiß nur alle zusammen den Produktionseffekt, man weiß aber wohl, wie auch die einzelne Komponente ihr spezifisches Gewicht geltend macht. Die Generalthese des modernen Sozialismus ist, dass die kombinierte lebendige Produktivkraft sich sehr wohl ohne das Kommando kapitalistischer Eigentümer selbst organisieren kann. Daß die Produzentengruppe der klassischen Fabrikarbeiter in dieser Richtung nicht ‚alles zu werden‘ vermag, ist offenkundig. Die ‚Revolution der Manager‘ war ein künstliches Konstrukt. Wohl aber ist vorstellbar, daß die vereinigte Produktivkraft der ‚unmittelbaren Produzenten‘ und einer massenhaft gewordenen technisch-konstruktiven, organisatorischen und produktivkraft-qualifizierenden (didaktischen) Intelligenz säkular einen Widerpart gegen die Proponenten der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und ebenso gegen die oligarchischen Fixierungen in den bei begrenzter Produktivkraft installierten sozialistischen Übergangsgesellschaften darstellen kann.*“

Nach dem Zerfall des Realsozialismus und seinen staatsmarxistischen Ausprägungen nimmt Helmut Fleischer den Marxismus in der Retrospektive wahr, bleibt aber gerade deswegen der Aufgabe der Rechenschaftslegung des „Epochenphänomens Marxismus“ verbunden. Womöglich inspirierte ihn unter anderem das Abschlußmotiv, welches Karl Korsch in seinem Anti-Kautsky 1927 im Hinblick auf die „geschichtliche Gestalt“ der „Zweiten Internationale“ formulierte: „Die von der damaligen Bewegung vermeintlich vollständig und unverändert ‚rezipierte‘ marxistische Theorie blieb in Wirklichkeit eine fremde, dem noch wenig entwickelten eigenen Bewusstsein dieser Bewegung nur oberflächlich aufgepfropfte Ideologie, und der im Laufe der Entwicklung immer stärker fühlbare Widerspruch zwischen dieser revolutionären Ideologie und der Praxis wurde gerade für die Vertreter der fortschrittlichen Tendenzen der Bewegung eine Ursache für verhängnisvolle Täuschungen über den wirklichen Stand der Dinge.“ Wenn Marx die Bewegung der industriellen Arbeiterklasse seit der *Deutschen Ideologie* (1846/47) von ihren Voraussetzungen her auffaßte, bleibt dies für Helmut Fleischer Ausgangspunkt seiner zentralen Überlegung: „Der *Marxistisch-,materialistisch*‘ gedachte Praxishorizont war ein **Erwartungshorizont, kein Ziel- und Aufgabenhorizont.** (...) Ich würde die

*Erwartungsprojektionen im Marxschen Horizont auch nicht mehr als ein ‚Projekt‘, sondern als einen **Prospekt** bezeichnen. Es war ein prognostischer Krisenprospekt für die Zukunft der kapitalistischen Produktionsweise, und korrelativ dazu ein Prospekt für den mutmaßlichen Fortgang der proletarischen Bewegung.*“ Diese unterliegt jedoch oder reagiert auf quasi naturhaft wirkende ökonomischen Gesetze. Sie zu verstehen, setzt nach wie vor die Fähigkeit zur Kritik der Politischen Ökonomie voraus, die Marx in seinen Kapitalmanuskripten beispielhaft entwickelte.

Angesichts der auf einem Ostberliner Haus angebrachten Leninschen Parole „*Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist*“, bemerkte Bertolt Brecht, es müsse sich um einen Übersetzungsfehler handeln. Müsste es nicht heißen, der Marxismus ist allmächtig, **wenn** er wahr ist? In dieser Logik gedacht erinnert Helmut Fleischer an die Tatsache, dass Vordenker nicht zugleich für die Lösung der Probleme verantwortlich sind. „*Eigentlich aber hat Marx den Marxisten und den Nichtmarxisten eine unaufgelöste Realproblematik hinterlassen, jene, an der er sich selbst abgearbeitet hatte und die jetzt dabei ist, erneut eine ihrer vertrackten Transformationen durchzumachen: die Problematik einer ‚modern-bürgerlichen Gesellschaft‘, die in ihrer Modernität die unheimlichsten*

Archaismen birgt und deren Zivilität noch längst nicht gesichert ist.“

Aktuelle weltweite Prosperität bei gleichzeitiger krisenhafter Akkumulation des Kapitals hier oder dort, imperiale Kriegführung, ökologische Gefährdungen und organisierte Gegenbewegungen der lohnabhängigen Massen stehen zu dieser Aussage nicht im Widerspruch.

Hubert Zaremba

Literatur

- Fleischer, Helmut, *Marxismus und Geschichte*, Ffm. 1969 ff.
 ders.: *Marx und Engels, Die philosophischen Grundlinien ihres Denkens*, Freiburg/München 1972/1974
 ders.: *Sozialphilosophische Studien, Kritik der marxistisch-leninistischen Schulphilosophie*, Berlin 1973
 ders.: *Warum eigentlich Materialismus? in: Theorien des Historischen Materialismus*, Hrsg. U. Jaeggi/A. Honneth, Ffm. 1977
 Fleischer, Helmut: *Marxismus: Sieg der Ideologie über die Ideologiekritik in: Der Marxismus in seinem Zeitalter*, hrsg. Von Helmut Fleischer, Leipzig 1994
 ders.: *Den „Fall Marx“ historisch bearbeiten in: Materialien zum Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus: für W.F. Haug zum 60. Geburtstag*, hrsg. von Frigga Haug u. Michael Krätke, Argument Sonderband, Hamburg 1996

Anzeige

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

Der G8-Gipfel ist vorbei, aber die Repression geht weiter. Die Polizei hat Hunderte von Ermittlungsverfahren gegen G8-GegnerInnen eingeleitet, und für die kommenden Monate stehen Dutzende von Prozessen an. Daher sind wir auf viele Spenden angewiesen, um die Betroffenen unterstützen zu können.

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, die in der BRD auf Grund ihrer politischen

ROTE HILFE e.V.

Bundesgeschäftsstelle
 Postfach 3255, 37022 Göttingen
 Tel.: 0551 - 770 80 08
 (Di. & Do. 15⁰⁰ - 20⁰⁰ Uhr)
 Fax: 0551 - 770 80 09

bundesvorstand@rote-hilfe.de
 www.rote-hilfe.de

Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf und der Kampf gegen die Kriegsgefahr. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die



Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
 Kontonummer: 19 11 00 - 462
 BLZ: 440 100 46
 Postbank Dortmund

deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbote erhalten, vor Gericht gestellt oder zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe e.V. den von der Reaktion Verfolgten in allen Ländern der Erde.

WERDET MITGLIED IN DER ROTEN HILFE

Aus **Freitag** Der rote Oktober 1917 – Mit der Russischen Revolution begann für das 20. Jahrhundert die Zeit der Systemkonkurrenz

Völker hört die Signale

Es herrscht weitgehend Schweigen über die Oktoberrevolution. Als ob sich die Gründe für diese Revolution irgendwo in der Geschichte verloren hätten. Ist ihre einstige Anziehungskraft ganz erloschen? Von den Ideen – nichts mehr da? Weil die Hoffnungen enttäuscht wurden? Oder weil alles in eine Niederlage mündete und Verlierer nicht zählen?

Was 1917 und in den Jahren danach gedacht und erprobt und verloren wurde, ist heute nicht erledigt: Brüderlichkeit, Gleichberechtigung und die Vorstellung von der Kreativität des Volkes, die, wenn sie freigesetzt ist, Erstaunliches hervorbringt. In der Sowjetunion, die sich in übergroßer Anstrengung die „nachholende Industrialisierung“ auferlegte, im Bürger- und Interventionskrieg ausgeblutet, in Blockaden ausgehungert, im Zweiten Weltkrieg fast vernichtet wurde, sich verschanzte und diktatorisch umwandelte, sind später diese Ideen und Prinzipien verdrängt, verboten, verboten worden. Davon erfahren wir am meisten, diese Geschichte soll nun wie eine Regel, die für alle Revolutionen gilt, im kollektiven Gedächtnis festgeschrieben werden. Und aus dem Erschrecken darüber soll eine Art Immunität gegen soziale Utopien und gegen jeden Traum von einer Umgestaltung der Verhältnisse entstehen. Das hoffen Herrschende, die wissen, dass sie stets mit der latenten Bereitschaft zur Veränderung von unten rechnen müssen. Die Oktoberrevolution selbst wird aus heutiger Sicht meist auf das Komplott eines Grüppchens kalter Strategen um Lenin reduziert.

Doch im Jahr 1917 steuerte nicht nur Russland auf die Revolution zu – überall in Europa wurde die Umwälzung der Verhältnisse erwartet. Es war ein Aufwachen der Völker, in



Am 7. November 1917 (nach alter Zeitrechnung Ende Oktober) begann in Russland, was die Geschichtsbücher die „Oktoberrevolution“ nennen. Sie war der Auftakt des größten gesellschaftlichen Experiment des 20. Jahrhunderts. Ihre Vorgeschichte erinnert allerdings daran, dass es sich keineswegs nur um den Putsch einer Minderheit handelte, sondern um eine breite Bewegung

langen Schüben. Der Erste Weltkrieg, der mörderische Kampf der Oberklassen um Märkte und Kolonien, um den „Platz an der Sonne“, um die Hegemonie in Europa teilte jede Nation. „Europa gleicht einem gigantischen Menschenschlachthaus“, hieß es im *Zimmerwalder Manifest* vom September 1915, das eine Minderheit der Sozialistischen Internationale verkündete, während der Hauptteil der europäischen Sozialdemokraten dem nationalistischen Taumel erlegen war und einen „Burgfrieden“ mit dem jeweiligen Kaiser, König oder der Regierung schloss. „Krieg dem Kriege“ war die Losung dieser Radikalen, die später in allen Ländern die Kommunistischen Parteien gründeten. Lenin gehörte dazu.

Die erste Revolution gab es in Russland schon 1905. Deren Anfang

brannte sich ins Gedächtnis ein: Mit Heiligenbildern zog eine unübersehbare Menge von Petersburger Arbeitern bittend zum Zaren, sie wurden mit Schüssen empfangen. Der „Blutsonntag“. Es folgte ein zwei Jahre dauernder sozialer Aufstand, der in Wellen, ohne eine Lenkung oder Führung über das ganze Riesenland zog. Die Erinnerung an die Pariser Kommune und ihre sozialistische Vision erneuerte sich. Zum ersten Mal wählten Arbeiter und Soldaten ihre Räte, die Sowjets, die zwölf Jahre später, im Oktober 1917, die entscheidende Wende in die Geschichte des 20. Jahrhunderts brachten. In jenen Kämpfen erstarkten die revolutionären Organisationen Russlands. Sie studierten die neuen Widerstandsformen, bearbeiteten ihre Erfahrungen in Gefängnissen, in der Verbannung und im Exil.

Das Dröhnen der Geschichte

Beim Lesen über diese Ereignisse ist wieder das Dröhnen der Geschichte zu vernehmen. Von diesem Dröhnen haben viele gesprochen, es begleitete Alexander Block in den Wochen des Januar 1918, während er sein Poem *Die Zwölf* schrieb, es ist bei Majakowski zu hören, bei Pasternak, Eisenstein, und beim amerikanischen Journalisten John Reed in seinem damals weltweit gelesenen Buch *Zehn Tage, die die Welt erschütterten*.

Die Revolution 1917 hat wie eine späte Saat der Gewalttat vom „Blutsonntag“ begonnen: Die Petrograder Arbeiter gingen am 9. Januar zum Gedenken auf die Straßen, sie

forderten „Schluss mit dem Krieg“. Ähnliche Kundgebungen gab es in Moskau, Baku, Nishni Nowgorod, Charkow, Woronesh – in den städtischen Zentren des ausgedehnten Zarenreichs. Es zeigten sich die ersten Spuren der bolschewistischen Aufklärungsarbeit und Agitation. An den Fronten kam es zur Verbrüderung russischer und österreichischer Soldaten.

Polizei trieb die Mengen schießend auseinander, aber der Aufruhr war nicht mehr einzudämmen. Das beunruhigte auch die britischen und französischen Kriegsverbündeten. Endlich ließ Zar Nikolaus II. auf ihr Drängen zu, dass die suspendierte Duma, das ständisch gewählte Parlament, zusammentrat. Gleich die erste Sitzung am 14. Februar endete im Tumult, als Alexander Kerenski, später Justiz-, dann Kriegsminister und bis zum Oktober Ministerpräsident einen Separatfrieden mit Deutschland vorschlug. Er tat es nie wieder, trieb im Gegenteil die erschöpfte Armee in eine neue Offensive.

Indessen wuchs die Not. Nahrungsmittel wurden rar, Preise stiegen, Hungernde füllten erregt die Straßen, Polizei montierte auf Dächern Maschinengewehre, Soldaten desertierten von der Front. Als 30.000 Streikende der Putilow-Rüstungswerke in Petrograd ausgesperrt wurden, steigerte sich die Empörung bis zum Generalstreik, der die ganze Stadt erfasste. Die Menschen zogen Tage lang mit roten Fahnen, der bolschewistischen Losung „Krieg dem Kriege“ und Liedern über den *News-kij Prospekt*.

Wieder schossen Polizisten auf die Demonstranten, aber es geschah das Ersehnte: die Soldaten verweigerten den Befehl. Nach zwei Wochen Streik verbündeten sich die Garderegimenter unter Jubel mit den Arbeitern, sie holten gemeinsam Waffen aus dem Arsenal, stürmten die Gefängnisse, besetzten Bahnhöfe, die Peter-Paul-Festung, das Telegrafenam. Eine große Zuversicht erfasste die Massen, dass der Umsturz diesmal gelingen werde. Und noch immer war es erst Februar.

Die konservative Mehrheit der Duma erwog, dem Großfürsten Michael, Bruder des Zaren, Vollmachten als Diktator zu geben – aber für

die Rolle fehlte es längst an loyalen Truppen. Am 27. Februar zog der Sowjet, der Arbeiter- und Soldatenrat, in den Taurischen Palais ein, wo auch die Duma tagte, die eine Provisorische Regierung aus zehn Ministern wählte. Es begann die Zeit der „Doppelherrschaft“ von Regierung und Petrograder Sowjet. Als auch in Moskau der Aufstand ausbrach, unterzeichnete Nikolaus II. in der Nacht vom 1./2. März seine Abdankung.

Die Gunst der Stunde

In den acht folgenden Monaten zeigte sich der Willen der Bolschewiki zum Umsturz, ihre Geistesgegenwart bei der Wahrnehmung des historischen Moments und Lenins Fähigkeit, die Veränderungen jeweils rasch zu analysieren. Noch waren sie Teil der Russischen Sozialdemokratie, auch wenn sie schon lange ihre eigene Organisationsstruktur hatten. Die andere Hälfte der Partei, die Menschewiki, waren überzeugt, dass erst einmal die bürgerliche Revolution anstand, die auch Treue zur verbündeten britisch-französischen Entente verlangte, also die Fortsetzung des Krieges wie auch die Verteidigung des Eigentums der Guts- und Fabrikbesitzer. Sie unterschätzten die Energie der Massenerhebung der Arbeiter und Bauern. Die Partei der Sozialrevolutionäre war ebenfalls in einen linken und einen rechten Flügel gespalten und verlor im Laufe des Sommers und Herbstes 1917 viel von ihrem Einfluss in den Sowjets, wo sie anfangs die Mehrheit stellte. Auch die Sozialrevolutionäre konnten sich wie die Menschewiki und die Provisorische Regierung nicht durchringen zu einem »Frieden ohne Annexionen und Kontributionen«. So hieß die Formel der Bolschewiki, mit der sie immer populärer wurden.

Im April 1917 kehrte Lenin aus zehnjährigem Exil zurück, auch viele andere Bolschewiki kamen aus Verbannung, Gefängnis, Illegalität. Lenin stellte gleich die Losung „Alle Macht den Sowjets“ in den Raum, sie wirkte auf die meisten – außer auf die schon erfahrenen Petrograder Arbeiter – befremdlich. Doch die kommenden Monate zeigten, dass die Provisorische Regierung auf die elementaren Probleme des Volkes gar nicht eingehen konnte. Die Forderungen

nach einem Friedensschluss und nach Land für die armen Bauern waren im bürgerlichen System, das sich zu etablieren suchte, ebenso wenig erfüllbar wie unter dem Zaren.

Die Etappen des Machtkampfs waren dramatisch. Die Armee wurde in eine neue Offensive gegen die Deutschen geschickt. Sie endete im Desaster. Am 3. Juli kam es zu einem spontanen Umsturzversuch durch Soldaten, Matrosen aus Kronstadt und Arbeiter in Petrograd. Sie zogen mit Frauen und Kindern zum Sowjet und forderten, er solle die Macht ganz übernehmen. Die Bolschewiki befanden sich in einem Dilemma: diese unvorbereitete Erhebung folgte ihrer Losung, aber sie gaben ihr in diesem Moment keine Chance. Der Sowjet zeigte sich überfordert, er wollte nicht die ganze Macht. Als die Menge sich zu zerstreuen begann, verfolgten sie die Schüsse von regierungsloyalen Truppen.

Zahlreiche Geschichtsbücher nehmen im Ton des Bedauerns die Fehler der bürgerlichen Politiker in diesem Sommer auseinander: Sie hatten noch einmal ihre Chance bekommen und sie vertan. Denn die Bolschewiki wurden verantwortlich gemacht für das Geschehen, ihr Ansehen sank tief, viele wurden verhaftet oder in die Illegalität zurückgezwungen, ihre Druckerei zerstört, die Prawda verboten, Lenin als deutscher Spion diffamiert. Er floh nach Finnland.

Der Nährboden der Revolution

Doch der Nährboden der Revolution blieb. Was ist es, das Menschenmassen zum Aufruhr bringt? Sie dabei verändert und inspiriert? Es geschieht immer wieder in der Geschichte. Als Sklavenaufstände, Ketzerbewegungen, Bauernkriege, Streikbewegungen, antikoloniale Befreiungskämpfe – und immer geht es mit einer Vorstellung von Gleichheit einher, von einer gerechten Verteilung der Güter dieser Welt und der Abschaffung von Herrschaft. Die heutigen Eliten wollen gewappnet sein. Sie lassen jede widerständige Regung aufspüren, wollen kleinste Gruppen innerhalb der ganz und gar kontrollierten Gesellschaft im Griff haben, bevor Bewegungen aus ihnen entstehen könnten. Sie bauen auf die

Spitzentechnologie der Überwachung und perfektionieren fortlaufend die Mittel der Manipulation. Zur Manipulation gehört auch das Löschen von historischen Erinnerungen.

Die Bolschewiki sahen nach dem zerschlagenen Juli-Aufstand auf einem geheimen Parteitag in Petrograd zwei Möglichkeiten der Entwicklung: die sozialistische Revolution oder den totalen Sieg der Konterrevolution. Im August sammelte General Kornilow tatsächlich Truppen zu einem Putsch, um die Verhältnisse insgesamt wieder zurückzudrehen. Der wurde in hundertfacher Anstrengung vereitelt, nicht von der Regierung, sondern wieder von den linken Kräften. Dabei entstand die Rote Garde in Petrograd, Truppen, die direkt dem Sowjet unterstanden, deren Vorsitzender Leo Trotzki war-

de. Er schuf das „militärisch-revolutionäre Komitee“, das die Oktoberrevolution befehligte. Von den Bolschewiki kamen immer wieder die überzeugenden, stimmigen, die Kräfte ausrichtenden Losungen. In allen Sowjets des ganzen Landes stimmten die Delegierten über eine bolschewistische Resolution ab: Für eine Arbeiter- und Bauernregierung, für Friedensschluss, Veröffentlichung der zaristischen Geheimabkommen, Abschaffung der Eigentumsrechte der Gutsbesitzer und der Todesstrafe. Überall gab es Mehrheiten dafür.

Die Revolution wurde offen vorbereitet. In Petrograd standen 40.000 Kämpfer unter Waffen. Auch das Datum des Beginns war kein Geheimnis: Der Vorabend des Zweiten Allrussischen Sowjetkongresses, der am 25. Oktober, nach heute gültigem

Julianischen Kalender der 7. November, beginnen würde. So geschah es. Die Regierung im Winterpalais wurde verhaftet. Als Lenin im Kongress-Saal der Sowjets auftauchte, war nach dem minutenlangen Jubel sein erster Satz: „Wir beginnen jetzt mit dem Aufbau der sozialistischen Ordnung.“

Marina Achenbach

Freitag

Verlag und Redaktion: Zeitungsverlag

»Freitag« GmbH,

Potsdamer Straße 89, 10785 Berlin

AVZ GmbH, Aboservice Freitag,

Storkower Str. 127 A, 10407 Berlin.

Fax: 030 428040-42

aboservice@avz-berlin.de

Alle Daten nach dem Gregoriani-

schen Kalender, der bis 1918 in

Russland galt.

Aus LEIPZIGS NEUE

Die Russische Revolution 1917 in der Sicht Rosa Luxemburgs



Die vermeintlichen „Sieger der Geschichte“ samt ihres vielfältigen Gefolges – auch wenn sie sich gelegentlich auf Luxemburgs Kritik berufen – beurteilen die russische Revolution von ihren aktuellen politischen Interessen aus, nicht aus dem Blickfeld der damaligen Situation, sondern allein vom heutigen Ergebnis her, ein ideologisches Urteil am ahistorischen Maßstab also – wie eh und jeh.

In der heutigen Diskussion um die russische Revolution von 1917 begegnen uns sehr widersprüchliche Wertungen, die mit dem Verständnis von Permanenz der Revolution beginnen, sich auf die Deutung von „Sowjet-(Räte)macht“ und „proletarischer Diktatur“ beziehen und mit der Interpretation von „sozialistischer Demokratie“ enden. All diese Fragen begegnen uns schon in der großen Arbeit von Rosa Luxemburg „Zur Russischen Revolution“, die heute gern als Steinbruch für den Beleg kritischer Positionen gegenüber den Bolschewiki genutzt und auf die historisch nicht eingeordnete Wiedergabe der Anmerkung reduziert wird: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der Gerechtigkeit, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die Freiheit zum Privilegium wird.“

Diese Aussage ist indessen in die Gesamtsicht Rosa Luxemburgs auf die historische Situation und die Strategie der Bolschewiki eingebettet und wird mit einer insgesamt positiven Würdigung der damaligen bolschewistischen Politik verbunden; sie darf aus diesem Zusammenhang nicht herausgelöst und verabsolutiert werden.

Hinsichtlich der Permanenz der Revolution beruft sich Luxemburg auf die Grundlehre aller großen Revolutionen, wonach sie rasch und entschlossen vorwärtstürmen, Hindernisse niederwerfen und ihre Ziele immer weiter stecken müsse, „oder sie wird sehr bald hinter ihren schwächlichen Ausgangspunkt zurückgeworfen und von der Konterrevolution erdrückt.“ Insofern habe die russische Revolution nach wenigen Monaten vor der Alternative gestanden: „Sieg der Konterrevolution oder Diktatur des Proletariats, Kaledin oder Lenin.“

Luxemburg kritisierte Kautsky und seine russischen Anhänger Dan und Zereteli dafür, dass sie den bürgerlichen Charakter der ersten Revolutionsphase nach dem Februar bewahren wollten, indem sie sich auf

die parlamentarischen Spielregeln und auf die „noch fehlende Mehrheit“ beriefen. Dagegen verteidigte Luxemburg die auf Vertiefung der Revolution gerichtete Politik der Bolschewiki, die auf Eroberung eben dieser Mehrheit abzielte: *„Die wirkliche Dialektik der Revolutionen stellt aber diese parlamentarische Maulwurfsweise auf den Kopf. Nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg.“*

Im Hinblick auf das Verhältnis von proletarischer Diktatur – im Marx'schen Verständnis – und Sowjetmacht bestätigt sie den Bolschewiki, dass allein die Sowjetmacht die Demokratie retten und die Revolution vorantreiben konnte.

Die ganze Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern, in die Hände der Sowjets zu legen, das sei der Ausweg aus den Schwierigkeiten der Revolution, *„das war der Schwertstreich, womit der gordische Knoten durchhauen, die Revolution aus dem Engpaß hinausgeführt und vor ihr das freie Brachfeld einer ungehemmten weiteren Entfaltung geöffnet wurde.“*

Zudem räumte Rosa Luxemburg den Bolschewiki ausdrücklich ein, gegen den Widerstand konterrevolutionärer Kräfte durch Entziehung politischer Rechte und wirtschaftlicher Existenzmittel *„alle Maßregeln des Drucks“* einzusetzen.

Aber zugleich widersprach sie der Sicht Lenins und Trotzki auf die *„formale Demokratie“*, die ein *„Götzendiens“* sei, wodurch der Unterschied zwischen sozialem Kern und politischer Form der bürgerlichen Demokratie verwischt werde. *„Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.“*

Sowjets oder Konstituante

Zum Kulminationspunkt in der Demokratiedebatte wurde die Stellung zur *„Konstituierenden Versammlung“*, deren Einberufung die Bolschewiki zur Vertiefung des revolutionären Prozesses zuerst vehement gefordert hatten, während die *„Provisorische Regierung“* deren Wahl verschleppte, weshalb sich deren Einberufung sogar bis nach der

Oktoberrevolution verzögerte. Daran zeigt sich erneut, dass Verschiebungen in der Konstellation der Klassenkräfte auch Veränderungen in der Haltung zu politischen Institutionen nach sich ziehen.

Die am 12. (25.) November nach Listen vom September 1917 endlich gewählte Versammlung, die am 5. (18.) Januar 1918 zusammentrat, entsprach in ihrer Zusammensetzung (25% Bolschewiki, 62% Sozialrevolutionäre und Menschewiki, 13% Kadetten u.a.) bereits nicht mehr dem gewandelten politischen Kräfteverhältnis nach dem II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß (25./27. 10. bzw. 7./9. 11.). Als die *„Konstituante“* mehrheitlich die Zustimmung zu den Dekreten des Kongresses über *„Grund und Boden“*, *„Über den Frieden“* und zur *„Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“* ablehnte, die existentielle Grundsatzdokumente der Revolution darstellten, wurde sie folgerichtig am 6. (19.) Januar 1918 vom Gesamtrussischen ZEK aufgelöst.

Man sollte sich in diesem Kontext der Aussagen Lenins in seinen *„Thesen zur Konstituierenden Versammlung“* erinnern, in denen er unmittelbar nach dem Oktoberaufstand anmerkte, dass die Konstituierende Versammlung wohl die *„höchste Form des Demokratismus“* in der bürgerlichen Republik sei, während im Übergang zur Diktatur des Proletariats, zur sozialistischen Etappe der Revolution, die Republik der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten eine *„Form demokratischer Einrichtungen von höherem Typus“* darstelle. Die Konstituierende Versammlung, die nach Wahllisten vor der Oktoberrevolution gewählt wurde, musste – nach dieser Revolution – mit dem Willen wesentlicher Teile werktätiger Klassen und Schichten kollidieren. Da die Interessen der Revolution höher stünden als die formalen Rechte der Konstituante, war laut Lenin *„jeder direkte oder indirekte Versuch, die Frage der Konstituierenden Versammlung vom formalen, juristischen Standpunkt aus, im Rahmen der gewöhnlichen bürgerlichen Demokratie, unter Außerachtlassung des Klassenkampfes und des Bürgerkrieges zu betrachten, Verrat an der Sache des Proletariats, bedeutet*

Übergang zur Position der Bourgeoisie.“

Als sich die Konstituante anschickte, *„alle akuten, alle herangereiften Fragen und Aufgaben, die ihr die Sowjets vorgelegt haben“* aufzuschieben, *„da antworteten wir, daß es keine einzige Minute Aufschub geben kann. Und durch den Willen der Sowjetmacht wird die Konstituierende Versammlung, die die Macht des Volkes nicht anerkannt hat, aufgelöst“* (Lenin).

Zustimmend bemerkt Rosa Luxemburg, dass diese Konstituante *„in ihrer Zusammensetzung das Bild der überholten Vergangenheit, nicht der neuen Sachlage spiegelte, so ergab sich von selbst der Schluß, daß sie eben die verjährte, also totgeborene Konstituierende Versammlung kassierten und – so Luxemburg – ungesäumt Nachwahlen zu einer neuen Konstituante“* verfügen sollten.

Das taten Lenin und Trotzki jedoch nicht, da sie – in Anlehnung an die Pariser Kommune – anstelle parlamentarischer Demokratie eine andere politische Organisationsform der Gesellschaft, die Räte- bzw. Sowjetdemokratie setzen wollten, die proletarische Schichten gegenüber (klein-)bürgerlichen Schichten privilegierte – ähnlich früheren bürgerlichen Zensus-Wahlssystemen, wodurch defacto das Wahlrecht bestimmter sozialer Schichten beschnitten wurde.

Die Kritik Rosa Luxemburgs an den Bolschewiki bestand nicht schlechthin darin, dass sie die Konstituierende Versammlung auflösten, sondern darin, dass sie an deren Stelle kein den neuen Bedingungen entsprechendes demokratisches Wahlrecht setzten. Jedes Wahlrecht, so Luxemburg andererseits, sei indessen nicht an beliebigen Schemen von *„Gerechtigkeit“* zu messen, *„sondern an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, auf die es zugeschnitten ist.“* Das von der Sowjetregierung ausgearbeitete Wahlrecht sei eben *„auf die Übergangsperiode von der bürgerlich-kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsform berechnet, auf die Periode der proletarischen Diktatur.“* Es müsse aber so bald wie möglich korrigiert werden.

Das grundsätzliche Festhalten an der Institution des allgemeinen und gleichen parlamentarischen Demokratismus hätte freilich in einem

kleinbürgerlich dominierten Land wie Russland existentielle Gefahren für die sozialistische Umwälzung hervorrufen können.

Sowjets und Bürokratismus

Die Bolschewiki bevorzugten dagegen das in den russischen Revolutionen von 1905 und 1917 entstandene Rätssystem als Organisationsform der politischen Machtausübung. Schon in der Revolution von 1905 hatte Lenin erkannt, dass sich die Sowjets als Organe des Proletariats und seiner Verbündeten zu einer „provisorischen revolutionären Regierung“ entwickeln könnten, die ihre Macht auch zur Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten „konstituierenden Versammlung“ nutzen könnte. Während der sozialistischen Oktoberrevolution, bei einer veränderten Konstellation der Klassenkräfte, setzten die Bolschewiki nunmehr auf die alleinige Macht der Sowjets, zumal sich die Konstituante als Hemmnis für die Vertiefung der Revolution erwies. Die insgesamt noch ungenügende Reife des subjektiven Faktors der Revolution – der proletarischen Klasse – verhinderte, dass die Sowjets wirklich demokratisch funktionierten, sich nicht als Selbstverwaltungssystem von unten nach oben entwickelten, sondern sich statt dessen als administrativ-bürokratisches Kommandosystem einer kommunistischen Funktionärselite von oben nach unten etablierten.

Insofern behielt Rosa Luxemburg letztlich mit ihrer Warnung vor den Gefahren recht, die aus dem Verzicht auf allgemeine und gleiche Wahlen erwachsen: „*Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Instanz, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.*“ Eine kleine Führungselite regiere und dirigiere, „und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats“, sondern die Diktatur weniger Politiker im bür-

gerlichen Sinne einer Jakobinerherrschaft.

Auch Lenin erkannte durchaus die Gefahren eines ererbten wie neuen Bürokratismus, den man nur besiegen könne, wenn die Massen dank eines hohen Kulturniveaus wirklich aktiv an der Verwaltung teilnehmen. Ein geringes Kulturniveau bewirke, „*daß die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung durch die Werktätigen sein sollen, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung für*

die Werktätigen sind.“ Andererseits aber unterschätzte er wohl die Bedeutung verfassungsrechtlicher Freiheiten, die das Schalten und Walten der autoritären Funktionärselite hätten verhindern können.

Die prophetische Vorahnung Rosa Luxemburgs, die sich schließlich schlimmer als von ihr befürchtet erfüllte und im diktatorischen Herrschaftsmodell des Stalinismus, dem „Personenkult“ um Stalin kulminierte, der – quasi in russischer Tradition

Was für ein Erbe hatten die Bolschewiki angetreten?

300 Jahre hatte der Zar regiert, der größte Großgrundbesitzer, den die Welt jemals sah. Ihm gehörten Ländereien eines Gebietes so groß wie Frankreich, Deutschland, Österreich, Belgien, Luxemburg, Holland und die Schweiz zusammengenommen.

Einer der ersten Milliardäre der Weltgeschichte ...



Die Goldarbeiter an der Lena forderten: Achtstundentag - Krankengeld - Entlassung nur im Sommer



In den russischen Dörfern „lebten“ vier Fünftel der Bevölkerung. Verschuldung, Hunger und Elend waren ihr Los.

zaristischer Selbstherrschaft – eine „Sowjetdemokratie“ durch die fast absolutistische Alleinherrschaft des Generalsekretärs ersetzte.

Sowjets und fatale Bedingungen

Der aktuelle Streit sollte sich nicht um die Frage „parlamentarisches oder Sowjetsystem“ drehen – diese strukturelle Machtfrage war 1917/19 in Sowjetrußland wie in Deutschland und Ungarn praktisch zugunsten einer „Rätemacht“ entschieden –, sondern darum, warum und unter welchen historisch konkreten Bedingungen ein basisdemokratisches System zu einem gleichsam hierarchisch-etatistischen und bürokratischen Absolutismus der Macht einer obersten Führungsetage mutieren konnte.

Unausgesprochen taucht hier das spätere Problem der Verselbständigung einer politisch-administrativen Oberschicht im Sozialismus auf, das vor allem in den 60er Jahren zur Diskussion über die Formierung einer „neuen Klasse“ und das Erfordernis „sozialistischer Selbstverwaltung“ führte, eine Problematik, die im „realen Sozialismus“ jedoch nirgends gelöst wurde und letztlich zur Implosion des osteuropäischen „Realsozialismus“ beitrug.

Rosa Luxemburg verteidigte dennoch die Politik Lenins und der Bolschewiki und hoffte darauf, dass diese so bald wie möglich zu einer

proletarischen Diktatur finden würden, die „in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung“ bestünde, wenn sie vom Zwang des Weltkrieges, der deutschen Okkupation und damit verbundener Schwierigkeiten befreit wären. Ihr Fazit zur Oktoberrevolution ist unstrittig solidarische Parteinahme für Lenin und die Bolschewiki: „Die Binsenweisheit, daß Revolutionen nicht mit Rosenwasser getauft werden, ist an sich ziemlich dürftig. Alles, was in Rußland vorgeht, ist begreiflich und eine unvermeidliche Kette von Ursachen und Wirkungen, deren Ausgangspunkt und Schlußsteine: das Versagen des deutschen Proletariats und die Okkupation Rußlands durch den deutschen Imperialismus ist.“

Man könne von Lenin und Genossen nicht verlangen, dass sie „unter solchen Umständen die schönste Demokratie, die vorbildlichste Diktatur des Proletariats (...) hervorzubringen.“ Zugleich warnt sie vor den Gefahren, die dort begonnen, „wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.“

Zudem betonte Rosa Luxemburg ausdrücklich, dass die Bolschewiki „ihre Politik gänzlich auf die Weltrevolution des Proletariats stellten“, was Ausdruck ihres Weitblicks und ihrer Treue zum Internationalismus sei.

Heutigen Kritikern der bolschewistischen Politik, die anscheinend von damals ganz normalen Verhältnissen ausgehen, schreibt sie vorausahnend ins Stammbuch, dass „eine mustergültige und fehlerfreie proletarische Revolution in einem isolierten, vom Weltkrieg erschöpften, vom Imperialismus erdrosselten, vom internationalen Proletariat verratenen Lande“ ein Wunder wäre.

Insofern richtet sich die aktuelle Kritik letztlich weniger gegen die Bolschewi-

ki damals als – ungewollt – eher gegen heutige Positionen einer Kritik, die sich im Nachgang damaligen antisowjetischen Positionen anschließt.

Übrigens findet in der russischen Linken heute wiederum eine Diskussion über Inhalte, Formen und die Kontrolle eines neuerlich angestrebten demokratischen Sowjetsystems statt, das die historischen Lehren beherzigen soll.

Freilich vollzog sich die Verwandlung der Sowjets aus basisdemokratischen Organen zu etatistischen Kommandostrukturen frühzeitig, im Übergang von der euphorischen Vorstellung von einer sozialistischen Selbstverwaltung am Vorabend der Revolution zu den Zwängen der Machtausübung nach ihrem Sieg. Das ist schon deutlich am Vergleich von Lenins Positionen in „Staat und Revolution“ und in „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ abzulesen.

Die Sicht Rosa Luxemburgs auf die russische Revolution, die einer doppelten Optik folgt, nämlich sowohl hinsichtlich der inneren wie der internationalen Umstände, unterscheidet ihre kritische Analyse grundsätzlich vom aktuellen Verdikt der Oktoberrevolution.

Die vermeintlichen „Sieger der Geschichte“ samt ihres vielfältigen Gefolges – auch wenn sie sich gelegentlich auf Luxemburgs Kritik berufen – beurteilen die russische Revolution von ihren aktuellen politischen Interessen aus, nicht aus dem Blickfeld der damaligen Situation, sondern allein vom heutigen Ergebnis her, ein ideologisches Urteil am ahistorischen Maßstab also – wie eh und je.

Ernstgert Kalbe



LEIPZIGS NEUE

linke Zweiwochenzeitung für Politik, Kultur und Geschichte.
redaktion@leipzigs-neue.de,
Tel.: 0341/2132345
Redaktion „Leipzigs Neue“
Braustrasse 15, 04107 Leipzig



Aus der Personenstandskarte des letzten Zaren (Nikolaus II.): „Beruf: (...) Herrscher über ganz Russland, Hauptbeschäftigung: (...) Herr der russischen Erde, Nebenbeschäftigung: (...) Grundbesitzer

Literaturliste

- K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition** eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag 1983, 234 Seiten , 14,00 €
- Die Bremer Linksradikalen** 66 Seiten, 2,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Fluchtpunkte**, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung 316 Seiten, 20 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- August Thalheimer and German Communism** – Revolutionary History 320 Seiten, 15 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
 € 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der Gruppe Arbeiterstimme

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema unzähliger Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der **Arbeiterstimme** in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

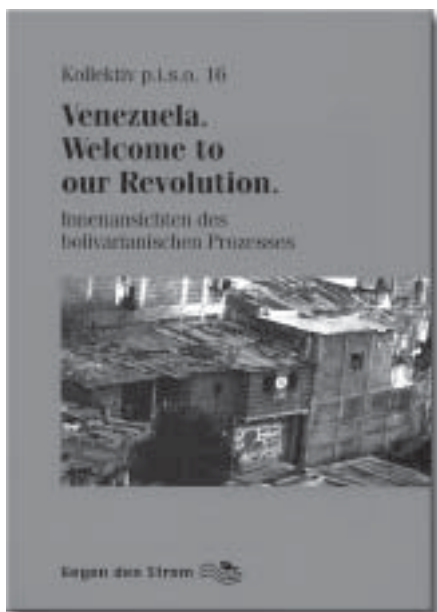
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten,
 Paperback,
 € 20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela - Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
 € 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
 Schwanthalerstraße 139
 80339 München
 gds-verlag@gmx.de

oder:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg



624 Seiten,
 Paperback,
 € 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg